



HESSISCHER LANDTAG

06. 03. 2007

124. Sitzung

Wiesbaden, den 6. März 2007

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	8591	Frage 717 – Abg. Petra Fuhrmann	8600
<i>Entgegengenommen</i>	8595	Arbeitszimmer für Lehrkräfte	
Präsident Norbert Kartmann	8591, 8595	Petra Fuhrmann	8600
Mathias Wagner (Taunus)	8591	Ministerin Karin Wolff	8600
Ministerpräsident Roland Koch	8592	Frage 718 – Abg. Martin Häusling	8600
Axel Wintermeyer	8593, 8595	Gentechnisch veränderte Pflanzen auf Domänen-	
Reinhard Kahl	8593	flächen	
Nicola Beer	8594	Martin Häusling	8600, 8601
Frank-Peter Kaufmann	8595	Minister Wilhelm Dietzel	8600, 8601
		Tarek Al-Wazir	8601
1. Fragestunde		Frage 719 – Abg. Roland von Hunnius	8601
– Drucks. 16/6861 –	8595	Büroflächen für Landesbehörden	
<i>Abgehalten</i>	8606	Roland von Hunnius	8601
Präsident Norbert Kartmann	8606	Minister Karlheinz Weimar	8602
Frage 711 – Abg. Karin Hartmann	8595	Frage 720 – Abg. Bernd Riege	8602
Optionsmodell „Neue Wege“ im Kreis Bergstraße		Förderung von Ganztagschulen	
Karin Hartmann	8595, 8596	Bernd Riege	8602
Ministerin Silke Lautenschläger	8595, 8596	Ministerin Karin Wolff	8602
Norbert Schmitt	8596	Frage 721 – Abg. Sarah Sorge	8602
Marcus Bocklet	8596	Sanierung der Uni Marburg	
Frage 712 – Abg. Dorothea Henzler	8596	Sarah Sorge	8602, 8603
Abiturprüfungen		Minister Udo Corts	8602, 8603
Dorothea Henzler	8596, 8597	Michael Siebel	8603
Ministerin Karin Wolff	8596, 8597	Frage 722 – Abg. Reinhard Otto	8603
Frage 713 – Abg. Dorothea Henzler	8597	Betretungsrecht im Wald	
Schulform Oberstufengymnasium		Reinhard Otto	8603
Dorothea Henzler	8597	Minister Wilhelm Dietzel	8603, 8604
Ministerin Karin Wolff	8597	Martin Häusling	8603
Frage 714 – Abg. Armin Klein (Wiesbaden)	8597	Bernhard Bender	8603
Bewerbung zum UNESCO-Weltkulturerbe		Frage 723 – Abg. Sigrid Erfurth	8604
Armin Klein (Wiesbaden)	8597, 8598	Anweisungen für ÖPNV-Personal bei Unfällen	
Minister Udo Corts	8598	Sigrid Erfurth	8604
Frage 715 – Abg. Kordula Schulz-Asche	8598	Minister Dr. Alois Rhiel	8604
Kleine Anfrage Drucks. 16/6077		Frage 724 – Abg. Klaus Peter Möller	8604
Kordula Schulz-Asche	8598	Gentechnisch veränderter Mais	
Minister Stefan Grüttner	8598, 8599	Klaus Peter Möller	8604
Frank-Peter Kaufmann	8599	Minister Wilhelm Dietzel	8604
Frage 716 – Abg. Roland von Hunnius	8599	Frage 725 – Abg. Michael Siebel	8604
Geopark Bergstraße-Odenwald		Kuranlagen des Staatsparkes Wilhelmsbad	
Roland von Hunnius	8599	Michael Siebel	8604, 8605
Minister Wilhelm Dietzel	8599, 8600	Minister Udo Corts	8605
Ursula Hammann	8600		

	Seite		Seite
Frage 726 – Abg. Marcus Bocklet	8605	Klaus Peter Möller	8607
Vergabe von Heroin als Medikament		Minister Volker Bouffier	8607
Marcus Bocklet	8605, 8606	Günter Rudolph	8612
Ministerin Silke Lautenschläger	8605, 8606	Jürgen Frömmrich	8617
Frage 272 – Abg. Brigitte Hofmeyer	8606	Jörg-Uwe Hahn	8623
Zurverfügungstellung von Losholz		Birgit Zeimetz-Lorz	8628
Brigitte Hofmeyer	8606	Tarek Al-Wazir	8632
Minister Wilhelm Dietzel	8606	Vizepräsident Lothar Quanz	8632
2. Regierungserklärung des Hessischen Ministers des Innern und für Sport betreffend „ Hessen so sicher wie noch nie: Aufklärungsquote auf Rekordniveau – Straftaten weiter gesunken “	8606	60. Nachwahl eines weiteren stellvertretenden Mit- glieds des Hauptausschusses	
<i>Entgegengenommen und besprochen</i>	8632	Wahlvorschlag der Fraktion der FDP für die Nach- wahl eines weiteren stellvertretenden Mitglieds	
29. Große Anfrage der Abg. Faeser, Hartmann, Hof- meyer, Rudolph, Waschke (SPD) und Fraktion be- treffend Stellenausstattung der Polizeipräsidien in Hessen	8606	– Drucks. 16/6992 –	8633
– Drucks. 16/6830 zu Drucks. 16/5610 –	8606	<i>Gewählt als weiteres stellvertretendes Mitglied:</i>	
<i>Antwort besprochen</i>	8632	<i>Abg. Ruth Wagner (Darmstadt)</i>	8633
47. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Beleidi- gung von hessischen Polizeibeamten und Gewerk- schaftlern durch den Hessischen Minister des Inn- ern und für Sport, Volker Bouffier	8607	Vizepräsident Lothar Quanz	8633
– Drucks. 16/6955 –	8607	54. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Teilzeitstudium an hessischen Hochschulen	
<i>Abgelehnt</i>	8632	– Drucks. 16/6924 zu Drucks. 16/6813 –	8633
61. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Zehntes Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicher- heit und Ordnung (HSOG)	8607	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	8633
– Drucks. 16/6975 zu Drucks. 16/5773 –	8607	Vizepräsident Lothar Quanz	8633
<i>In zweiter Lesung abgelehnt</i>	8633	62. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts- ausschusses zu dem Antrag des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs betreffend Rechnung über den Haushalt des Hessischen Rechnungshofs – Epl. 11 – für das Haushaltsjahr 2005	
		– Drucks. 16/6974 zu Drucks. 16/6732 –	8633
		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	8633
		Vizepräsident Lothar Quanz	8633

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann

Vizepräsident Lothar Quanz

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch

Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner

Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier

Minister der Finanzen Karlheinz Weimar

Minister der Justiz Jürgen Banzer

Kultusministerin Karin Wolff

Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts

Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel

Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel

Sozialministerin Silke Lautenschläger

Staatssekretär Dirk Metz

Staatssekretärin Oda Scheibelhuber

Staatssekretär Harald Lemke

Staatssekretär Dr. Walter Arnold

Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer

Staatssekretär Prof. Dr. Ralph Alexander Lorz

Staatssekretär Karl-Winfried Seif

Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesende Abgeordnete:

Michael Denzin

Volker Hoff

Christoph René Holler

Hans-Jürgen Irmer

Silke Tesch

(Beginn: 14.05 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 124. Sitzung des Hessischen Landtags und heiße Sie alle herzlich willkommen. Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. – Dem wird nicht widersprochen, dann ist es so.

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Am 11. Februar verstarb im Alter von 59 Jahren der frühere CDU-Landtagsabgeordnete Christoph Greiff in Berlin.

Geboren wurde Christoph Greiff am 4. Juli 1947 in Eickelborn in Nordrhein-Westfalen. Nach seinem Abitur studierte er Sozialwissenschaften, Theologie und Religionspädagogik in Darmstadt, Mainz, Frankfurt am Main und Düsseldorf. 1970 nahm er seine Lehrtätigkeit an der Berufsschule in Lampertheim auf. Dem Landtag gehörte Christoph Greiff von 1976 bis 1995 an.

Unsere besondere Anteilnahme gilt seinen Angehörigen.

Im Alter von 83 Jahren verstarb am vergangenen Freitag in Köln der ehemalige FDP-Landtagsabgeordnete Dieter Fertsch-Röver.

Geboren wurde Dieter Fertsch-Röver am 18.02.1924 in Frankfurt am Main. Über 30 Jahre lang leitete er gemeinsam mit seinen Brüdern ein Textilunternehmen. Er trat 1951 in die FDP ein, war von 1952 bis 1956 Stadtverordneter in Frankfurt am Main und gehörte von 1983 bis 1987 dem Hessischen Landtag an.

Unser Mitgefühl gilt ganz auch hier ganz besonders seiner Familie.

Der Hessische Landtag wird Christoph Greiff und Dieter Fertsch-Röver ein ehrendes Andenken bewahren. – Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie uns nun in die Tagesordnung eintreten, indem wir einige Dringliche Anträge behandeln, die Ihnen vorliegen – zunächst die, zu denen Einvernehmen besteht, und dann einen, zu dem eine Geschäftsordnungsdebatte folgen wird.

Die Tagesordnung vom 27. Februar 2007 sowie ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 62 Punkten liegen Ihnen vor.

Wie Sie dem Nachtrag der Tagesordnung entnehmen können, sind vier Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde eingegangen. Das sind die Tagesordnungspunkte 56, 57, 58 und 59. Wir verfahren ab Donnerstag, 9 Uhr, mit fünf Minuten je Aktuelle Stunde, wie wir es immer wieder gut geübt haben. – Dem widerspricht niemand, dann verfahren wir so.

Noch eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Klimaschutz in Hessen endlich wirksam voranbringen, Drucks. 16/6996. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 63. Wir können ihn mit Punkt 49 aufrufen, wenn nicht widersprochen wird. – Das ist so, dann verfahren wir so.

Weiterhin eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend bildungspolitische Chaostage der Landesregierung beenden, Drucks. 16/6997. Erst einmal die Frage: Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird er als Punkt 64 auf die Tagesordnung gesetzt.

Dazu habe ich eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Herr Kollege Wagner, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bitte schön.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beantragen, den eben für dringlich erklärten Antrag zu den bildungspolitischen Chaostagen der Landesregierung unmittelbar nach der Fragestunde zu behandeln.

(Zurufe von der CDU)

Die Frage der künftigen Schulstruktur in unserem Land duldet keine Unklarheit, sondern hier müssen wir als Hessischer Landtag und als Landesregierung unmittelbar erklären, was Sache ist und was nicht Sache ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Nach den bildungspolitischen Chaostagen der Landesregierung vom Wochenende hätten wir eigentlich erwartet, dass die Kultusministerin hier heute selbst das Wort ergreift und den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes in einer Regierungserklärung darstellt, was sie mit unseren Schulen in der Zukunft vorhat. Da die Ministerin dazu nicht in der Lage oder nicht willens ist, wollen wir als Landtag diese Debatte herbeiführen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Dieser Antrag ist aus unserer Sicht dringlich und duldet keinen Aufschub. Er sollte heute noch behandelt werden, weil viele Eltern, nein, alle Eltern der Schülerinnen und Schüler in der 4. Klasse in diesen Tagen die Entscheidung über den weiteren Schulweg ihrer Kinder treffen. Weil das so ist, brauchen diese Eltern, brauchen die Schülerinnen und Schüler Klarheit, was diese Landesregierung in Zukunft mit dem Schulsystem vorhat. Deshalb muss das heute im Anschluss an die Fragestunde behandelt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

In einer so zentralen Frage darf es keine Unklarheit geben, welchen Kurs die Landesregierung steuert.

(Michael Boddenberg (CDU): Das haben Sie schon einmal gesagt!)

Die Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land mussten am Freitag lesen, dass die Experten von Frau Wolff der Meinung sind, dass ihr dreigliedriges Schulsystem gescheitert ist und dass wir ein anderes Schulsystem in unserem Land brauchen. Daraufhin erklärt die Ministerin, es bleibt bei einem gegliederten Schulwesen. Was denn jetzt? Haben die Experten recht, oder haben Sie recht, Frau Ministerin?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Birgit Zeimet-Lorz (CDU): Was hat das mit der Geschäftsordnung zu tun? – Axel Wintermeyer (CDU): Geschäftsordnung!)

Der Fraktionsvorsitzende der CDU im Landtag erklärt in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 3. März: „Wir halten ausdrücklich am dreigliedrigen Schulsystem fest.“ Was denn jetzt?

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Steht das in der Geschäftsordnung, Herr Kollege? – Axel Wintermeyer (CDU): Geschäftsordnung!)

Meine Damen und Herren, diese Fragen müssen dringlich hier und heute geklärt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb beantragen wir diese Aussprache unmittelbar im Anschluss an die Fragestunde. Frau Ministerin, Sie täten gut daran, diese Aussprache selbst zu eröffnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Unruhe)

Präsident Norbert Kartmann:

Entschuldigen Sie bitte, Herr Ministerpräsident. – Meine Damen und Herren, die Überraschung war so groß, dass etwas Unruhe herrscht. Ich bitte um Aufmerksamkeit.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Da wir über zwei Ressorts reden, dachte ich, ich mache das im Auftrag und im Namen der Landesregierung gerade selbst.

Es sind zwei Punkte zu sagen. Erster Punkt. Wir legen als Landesregierung größten Wert darauf, und ich werde das gleich begründen, den Hessischen Landtag mit dem zu konfrontieren, was die Erfolge im Kampf für die innere Sicherheit in unserem Bundesland sind. Deshalb ist die Tagesordnung mit der Regierungserklärung von Herrn Kollegen Bouffier aus der Sicht der Landesregierung heute sehr wichtig.

(Beifall bei der CDU)

Zweiter Punkt. Jedes Informationsbedürfnis der Opposition oder einer Oppositionsfraktion über die Meinungsbildung und Planung der Hessischen Landesregierung in der Schulpolitik kann selbstverständlich jederzeit gern erfüllt werden. Deshalb bestehen seitens der Landesregierung überhaupt keine Bedenken, wenn Sie es wünschen, dass auch Frau Kollegin Wolff im Rahmen dieser Plenarsitzungen zu den Sie interessierenden Fragen eine Regierungserklärung abgibt und mit Ihnen debattiert. Es wird nicht das Geringste daran zu verbergen sein.

Ich will nur hinzufügen: Man wundert sich manchmal schon, Herr Wagner, wie die gleichen Leute sich am Samstagmorgen noch an den Rand eines Pressekonferenzraums stellen, um die völlige Bedeutungslosigkeit eines Treffens der hessischen Schulleiter zu kommentieren,

(Heiterkeit bei der CDU)

um anschließend die dort vorgetragenen Ergebnisse zu einem so dringlichen Punkt der Landtagssitzung zu machen, dass kein anderer Punkt vorher aufzurufen sei.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Ich will ausdrücklich sagen, ich finde es richtig, dass sowohl Frau Kollegin Wolff als auch ich unsere leitenden Mitarbeiter in den Schulen als Erste mit bestimmten Gedanken vertraut gemacht haben, die sich aus der Logik und der Planung der letzten Jahre ergeben.

Auch ist es so, dass sich die Eltern in den nächsten 24 Stunden – bis Ihr Wunsch nach einer Debatte erfüllt worden ist – keine Sorgen darüber machen müssen, ob in den Schulen alles so bleibt, wie es für dieses Jahr vorgesehen ist. Es gibt nämlich keine Veränderungen zum Schuljahreswechsel. Auch das wissen Sie.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Wagner, das zeigt, wie bemüht es an dieser Stelle von Ihnen war, wieder ein bisschen in Gang zu kommen. Dabei sehen Sie doch, dass die Landesregierung – offensichtlich entgegen Ihrer Erwartung – noch eine ganze Menge an neuen Botschaften vorrätig hat. Meine Damen und Herren, wir sind froh darüber, dass Sie das bemerkt haben, und wir werden Ihre Wünsche in dem Zusammenhang gern befriedigen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber so wichtig ist es, ein gegliedertes Schulsystem mit einer sehr profilierten Hauptschule und eine ganztägige Betreuung zu haben, so wichtig ist es auch, dass die anderen Aufgaben erfüllt werden. Deshalb bitte ich um Verständnis dafür, dass die Landesregierung nicht damit einverstanden ist, dass Sie, weil es sozusagen zu Ihrer modernen Art und Weise passt, Themen auf eine Tagesordnung zu setzen, die wichtigen Ergebnisse der Politik der inneren Sicherheit zugunsten Ihrer tagespolitischen Spielchen einfach wegräumen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das kann nicht gehen. Sie – auch diejenigen, die hier gesprochen haben – hatten in diesem Bundesland viele Jahre Zeit –

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Entschuldigung, ich habe mich noch lange nicht so tief in die inhaltliche Debatte begeben, wie es bei dem Vortrag Ihres Kollegen Wagner der Fall war. Als Mitglied der Regierung bin ich im Zweifelsfall sogar privilegiert, was das betrifft.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es bleibt so, dass wir einen Anspruch darauf haben, im Parlament das vorzutragen, was sich über die Jahre geändert hat. Hier gibt es einige Redner, die dabei waren, als wir noch Aufklärungsquoten von Verbrechen hatten, die von den heutigen himmelweit entfernt sind. Sie haben über eine Polizei geredet, deren Zustand weit entfernt von dem war, was derzeit bei der Polizei der Fall ist.

(Beifall bei der CDU)

Diese Regierung ist durchaus stolz darauf, mit den Mitteln, die Sie bewilligt haben, eine ausgezeichnete Bilanz vorlegen zu können. Wir können über die Schule reden.

Das ist uns wichtig. Wir haben gute Programme. Darüber können wir diskutieren.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann denn?)

Aber Volker Bouffier hat auch einen Anspruch darauf, vor dem Hessischen Landtag über die 13.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu berichten, die für diese Ergebnisse verantwortlich waren.

Insofern empfehle ich, dass die Geschäftsführer den Termin für eine zweite Regierungserklärung festlegen. Es muss nicht so sein, dass die Regierung einfach einen Anspruch darauf erhebt. Darüber kann man sich hoffentlich verständigen. Aber ich bitte auch um Verständnis dafür, dass wir Wert darauf legen, dass die Regierungserklärung zur inneren Sicherheit heute abgegeben wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Herr Axel Wintermeyer.

Axel Wintermeyer (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erstens. Zunächst finden wir es gut, dass die Landesregierung der Bitte des Parlaments nachkommt, eine Regierungserklärung abzugeben. Wir freuen uns schon sehr auf die Regierungserklärung; denn das, was Sie von der Opposition – insbesondere vonseiten der GRÜNEN – bezwecken, wird nicht eintreten.

Zweite Feststellung. Die Regierung kann nach der Geschäftsordnung jederzeit eine Regierungserklärung abgeben. Dennoch finden wir es gut, dass Sie den Geschäftsführern die Möglichkeit geben, darüber zu entscheiden.

Ich bedauere sehr – das ist auch an die GRÜNEN gerichtet –, dass man heute Morgen in der Besprechung der Geschäftsführer genau dies nicht angesprochen hat. Ich wusste überhaupt nichts von einem Dringlichen Antrag der GRÜNEN, in dem gefordert wird, eine Regierungserklärung abzugeben. Ansonsten hätten wir uns darauf einigen können, dies im Rahmen unserer Parlamentsdebatten zu gestalten – die ja relativ lang sind, wie wir feststellen können, wenn wir uns anschauen, wie viele Punkte wir wieder auf der Tagesordnung für dieses Plenum haben.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Das glauben Sie doch selbst nicht, Herr Wintermeyer!)

Drittens. Wenn es den GRÜNEN wirklich so wichtig ist, eine Regierungserklärung entgegenzunehmen, schlage ich vor, dass wir uns auf den nächstmöglichen Zeitpunkt verständigen, nämlich auf den Mittwoch, direkt nach der Mittagspause. Das ist ein Angebot. Ich weiß, dass dieser Termin für den Setzpunkt der GRÜNEN vorgesehen ist. Alternativ biete ich Ihnen an, dass wir es am Donnerstag nach der Mittagspause machen. Ich bitte Sie darum, dass Sie sich dazu erklären. Diese beiden Möglichkeiten können wir Ihnen anbieten. Ansonsten müssten wir versuchen, im Ältestenrat eine Einigung herbeizuführen.

Dann darf ich noch sagen – über all das hätten wir heute Morgen in der Besprechung der Geschäftsführer reden können, wenn mit offenen Karten gespielt worden wäre –, dass die Regierungserklärung 20 Minuten dauern sollte

und dass den Fraktionen auch jeweils 20 Minuten Redezeit zur Verfügung stehen sollten.

Letzter Punkt. Ich beantrage, dass der Antrag der GRÜNEN, der eben für dringlich erklärt worden ist, zusammen mit der Regierungserklärung behandelt wird. An und für sich hat er sich erledigt, und die GRÜNEN könnten ihn zurückziehen, wenn sie es wollten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommt darauf an, was sie sagt!)

Aber wenn sie es nicht tun, beantrage ich rein vorsorglich, diesen Antrag zusammen mit der Regierungserklärung aufzurufen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Herr Kollege Kahl.

Reinhard Kahl (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute etwas ganz Neues erlebt, nämlich dass auf die Frage nach der Platzierung eines Antrags der Herr Ministerpräsident sofort aufspringt und hier Stellung dazu nimmt.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Wie hätten Sie es denn gern?)

Deswegen kann ich nur sagen: Herr Abgeordneter, dass Sie zur Platzierung Stellung nehmen, ist schon eigenartig – um es klar und deutlich zu sagen.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Hat er doch gar nicht! – Anhaltende Zurufe von der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, wir sind in einer Geschäftsordnungsdebatte. Alles andere wird das Protokoll klären. Danke. – Herr Kahl, die Zeit rechne ich Ihnen nicht an. Bitte schön.

Reinhard Kahl (SPD):

Hoffentlich haben Sie gut zugehört. Der Herr Präsident hat aufgefordert, über die Platzierung dieses Antrags zu reden, nachdem dessen Dringlichkeit festgestellt worden ist. Als Erstes meldete sich – so kann ich es nur ausdrücken – Herr Abg. Koch, um zu sagen, wo es langgeht, nicht aber der parlamentarische Geschäftsführer der CDU.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU – Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Das ist vielleicht in der SPD so! – Michael Boddenberg (CDU): Unglaublicher Vorgang! – Ministerpräsident Roland Koch: Es ging um die Regierungserklärung!)

– Nein, Herr Ministerpräsident, es ging um die Platzierung. – Es ist immer noch so, dass über die Aufstellung der Tagesordnung dieser Landtag entscheidet, nicht aber die Regierung.

(Beifall bei der SPD – Ministerpräsident Roland Koch: Es ging um eine Regierungserklärung!)

– Herr Ministerpräsident, selbstverständlich können Sie eine Regierungserklärung abgeben. Nur, von Ihnen kam doch kein Vorschlag, eine Regierungserklärung dazu abzugeben. Sie wurden von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dazu aufgefordert.

(Zurufe von der CDU)

– Sie können ruhig einmal zuhören. – Jetzt ging es um die Frage, an welcher Stelle die Regierungserklärung platziert werden soll. Das zu entscheiden ist die alleinige Aufgabe dieses Parlaments – um es klar und deutlich zu sagen. Dann sind wir uns doch schon einig.

(Beifall bei der SPD)

Selbstverständlich sage ich für meine Fraktion zu

(Michael Boddenberg (CDU): Sagen Sie doch etwas dazu! Machen Sie das einmal!)

– mache ich doch –, dass wir die Regierungserklärung des Herrn Ministers hier entgegennehmen und dass wir auch einiges dazu zu sagen haben werden.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist aber nett!)

Wir werden deutlich machen, dass das, was Sie in dem Titel ausgedrückt haben, eben nicht den Realitäten entspricht. Die rot-grüne Vorgängerregierung hat in diesem Bereich vieles vorzuweisen, und das werden wir deutlich machen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahn-
tal) (CDU): Wann war denn das? – Fortgesetzte Zu-
rufe von der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, es gibt ein paar Grenzen für Zwischenrufe, vor allem wenn sie im Chor erfolgen.

Reinhard Kahl (SPD):

Danke schön, Herr Präsident. Die Unruhe auf der rechten Seite des Saals scheint relativ groß zu sein.

(Lachen bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, die Unruhe auf der anderen Seite ist genauso groß – auch wenn der Geräuschpegel andere Ursachen hat.

Reinhard Kahl (SPD):

Außerdem stelle ich für meine Fraktion fest, dass wir eine Regierungserklärung der Kultusministerin zu diesem Thema selbstverständlich entgegennehmen. Wir sind gern bereit, darüber zu debattieren.

Nur, was eine Regierungserklärung zu dem betrifft, was am Samstag abgelaufen ist, so sage ich für meine Fraktion auch: Das, was am Samstag abgelaufen ist, hat in der Substanz relativ wenig mit einer Regierungserklärung zu tun. Das muss ich sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Fragen Sie in dem Zusammenhang die beteiligten Schulleiterinnen und Schulleiter, was sie von dieser Veranstaltung halten. Das Urteil der Presse war ziemlich eindeutig:

Etwas Neues gab es auf dieser „Schulleiterdienstversammlung“ eben nicht zu berichten. Deshalb kann man sagen, dass es das war, als das wir es immer bezeichnet haben: eine reine Wahlkampfveranstaltung dieser von der CDU getragenen Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Aus diesem Grunde haben wir eine Aktuelle Stunde dazu beantragt. Dorthin gehört dieses Thema. Wir mussten nämlich an dieser Stelle feststellen, dass die Regierung nicht bereit war, im Voraus eine Regierungserklärung dazu anzumelden. So ist es.

Herr Kollege Wintermeyer, deswegen sagen wir: Die Regierung will jetzt eine Regierungserklärung abgeben. Das kann sie. Daran werden wir sie selbstverständlich nicht hindern.

(Dr. Christean Wagner (Lahn-
tal) (CDU): Können Sie auch nicht!)

Sie sollen dazu Stellung nehmen. Wir sind gespannt, ob dabei noch irgendetwas Neues herauskommt und wie Sie mit Ihren eigenen Widersprüchen umgehen. Was die Platzierung betrifft, schlage ich Ihnen vor – da meine Fraktion rechtzeitig eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema beantragt hat –, dass diese Regierungserklärung am Donnerstag nach dem Setzpunkt und nach den Aktuellen Stunden stattfindet. Dann haben wir zunächst die Aktuelle Stunde und anschließend die Regierungserklärung. Meine Damen und Herren, wir freuen uns auf das, was die Frau Kultusministerin aussagen wird. Was wir am Samstag gehört haben, war substanzlos und widersprüchlich und hat nichts mit einer fortschrittlichen Bildungspolitik in Hessen zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat die parlamentarische Geschäftsführerin der FDP, Frau Beer.

Nicola Beer (FDP):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die FDP-Fraktion hat eine Reihe von Fragen an die Hessische Landesregierung und an die Kultusministerin, die sowohl die Sinnhaftigkeit oder Nicht-Sinnhaftigkeit des Schulleiterkongresses als auch die Konzepte oder Nicht-Konzepte der Landesregierung im Hinblick auf unser Schulsystem betreffen. Vor allem aber geht an die Landesregierung die Frage, was denn die Konzepte sind, die noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden sollen – für diese Legislaturperiode ist die Landesregierung gewählt –, und was davon Vorbereitung des CDU-Landtagswahlprogramms ist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
So ist es!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir als FDP-Fraktion bestehen darauf, dass unser Gesetzentwurf zur Veränderung des HSOG, der heute auf der Tagesordnung steht, an dieser Stelle mit beraten wird. Von daher denke ich, dass es sinnvoll wäre, mit dieser Regierungserklärung auf einen der beiden anderen Plenartage zu gehen. Ich persönlich halte den Vorschlag des Kollegen Wintermeyer für ausgesprochen charmant, es anstelle der Versalzung der Werra zu diskutieren,

(Beifall bei der FDP)

da wir zu diesem Tagesordnungspunkt in der nächsten Woche noch eine Anhörung dieses Landtags organisieren, die den Steuerzahler eine Menge Geld kosten wird. Ich habe nicht so richtig verstanden, warum die GRÜNEN-Fraktion dieses Thema hochzieht, bevor die Ergebnisse der Anhörung vor Ort vorliegen,

(Beifall bei der FDP)

kann mich aber auch damit einverstanden erklären – notfalls, quasi in zweiter Abfolge, hilfsweise –, diesen Tagesordnungspunkt am Donnerstag, dann aber sicherlich nicht vor dem Setzpunkt der FDP zur Gesundheitsreform, aufzurufen. – Danke.

(Beifall bei der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danach!)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, keine weiteren Wortmeldungen zur Geschäftsordnung?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich denke, wir können uns einigen!)

– Wenn Sie zur Einigung beitragen, gebe ich Ihnen gerne das Wort. – Herr Kaufmann hat das Wort.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, man kann sich einigen, und das sollte man auch tun. Wir sollten wechselseitig vor den Setzpunkten anderer Respekt haben, weil wir sonst möglicherweise in Rechte eingreifen, was uns hinterher leid tut.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was Sie da machen, ist stillos! – Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Sie hätten es früher erklären können!)

Deswegen ist mein Vorschlag, der beim Kollegen Kahl schon angeklungen ist – Kollegin Beer hat dankenswerterweise gesagt, dass sie auch damit leben könne –, die Regierungserklärung für Donnerstag nach dem Setzpunkt der FDP, wenn also alle Setzpunkte und Aktuellen Stunden vorbei sind, anzusetzen. Dann können wir gut darüber verhandeln. Ich denke, das wäre vernünftig. Ansonsten sind wir mit Ihren Daten völlig einverstanden. Ich finde es gut, dass die Landesregierung ihren Fehler eingesehen hat und uns jetzt ihre Konzeption darstellen wird.

(Beifall des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Wintermeyer noch einmal dazu.

Axel Wintermeyer (CDU):

Wie ich das sehe, sind wir uns nun alle einig. Nur in einem Punkt sind wir uns noch nicht einig: Der Setzpunkt der FDP findet am Donnerstag vor der Mittagspause statt, sodass wir die Regierungserklärung nach der Mittagspause entgegennehmen sollten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das zeigt sich dann! Nach dem Setzpunkt der FDP!)

Bei einer Redezeit von 20 Minuten könnten wir ansonsten am Donnerstag keine Mittagspause machen. Ich denke, wir können die Regierungserklärung durchaus nach der Mittagspause entgegennehmen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, auch Bildungspolitik nährt ihren Mann und ihre Frau. Das könnte man ersatzweise als Mittagspause machen. Aber jetzt Spaß beiseite. – Es gibt Konsens, die Regierungserklärung nach den Aktuellen Stunden und dem Setzpunkt zu setzen. Ob sie nun vor oder nach der Mittagspause stattfindet, wird der Tag zeigen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt zu dem von mir genannten Zeitpunkt auf die Tagesordnung aufgenommen.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass wir einen Konsens über die Tagesordnung haben. Ich frage: Ist jemand gegen die Feststellung dieser Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Dann ist sie in Kraft getreten.

Wir tagen heute bis 18 Uhr. Wir beginnen mit der Fragestunde, und dann folgt die Regierungserklärung des Innenministers. Damit werden die Tagesordnungspunkte 29, 47 und 61 aufgerufen – für alle, die sich darauf vorbereiten. Tagesordnungspunkt 60 – Nachwahl eines weiteren stellvertretenden Mitglieds des Hauptausschusses – wird zum Ende der Sitzung aufgerufen.

Herr Kollege Staatsminister Volker Hoff fehlt heute entschuldigt.

Jetzt – um halb drei – das Angenehme dieses Tages. Wir feiern einen sehr populären runden Geburtstag. Ich darf unserer Kollegin Frau Petra Müller-Klepper zu diesem Geburtstag herzlich gratulieren. Von diesem Hause alles Gute für Sie und Ihre Zukunft.

(Allgemeiner Beifall – Präsident Norbert Kartmann überreicht einen Blumenstrauß. – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der Chef persönlich!)

– Herr Kollege Hahn, im neuen Jahr umarme ich Sie dann wieder.

Ich komme nun zu **Tagesordnungspunkt 1:**

Fragestunde – Drucks. 16/6861 –

Ich rufe die **Frage 711** auf. Frau Abg. Hartmann, SPD-Fraktion, bitte schön.

Karin Hartmann (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Ist der Landesregierung der Prüfbericht bezüglich des Optionsmodells „Neue Wege“ im Kreis Bergstraße bekannt, und welche Konsequenzen müssen daraus gezogen werden?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Sozialministerin Lautenschläger.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Frau Abg. Hartmann, die Landesregierung ist über die Vorgänge unterrichtet. Der Bericht des Revisionsamtes

liegt vor. Konsequenzen wurden seitens des Grundsicherungsträgers Landkreis Bergstraße insoweit getroffen, als der für die Unregelmäßigkeiten und Versäumnisse aus deren Sicht verantwortliche Geschäftsführer von seiner Tätigkeit entbunden wurde. Seit Bekanntwerden des Prüfberichts befindet sich das Sozialministerium als zuständiges Fachressort im Übrigen im Gespräch mit dem Grundsicherungsträger.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hartmann.

Karin Hartmann (SPD):

Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um speziell im Kreis Bergstraße, aber auch in anderen Optionskommunen zu gewährleisten, dass Unregelmäßigkeiten in dieser Form nicht mehr entstehen bzw. rechtzeitig von der Aufsichtsbehörde unterbunden werden können?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Lautenschläger.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Frau Abgeordnete, über die Entscheidung selbst muss der Kreistag des Landkreises Bergstraße befinden. Das Hessische Sozialministerium hat in diesem Zusammenhang den Trägern der Grundsicherung, d. h. sowohl den Optionskommunen als auch den Arbeitsgemeinschaften für Arbeitssuchende in Hessen, in zwei weiteren Rundschreiben noch einmal präzise Vorgaben an die Hand gegeben, wie mit bestimmten Regelungen umzugehen ist.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Kollege Schmitt.

Norbert Schmitt (SPD):

Sind der Landesregierung über den Fall im Kreis Bergstraße hinaus ähnliche Vorgänge bei Optionskommunen bekannt, bei denen man von einer gewissen Verschwendung von öffentlichen Mitteln sprechen kann?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Ministerin.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Herr Abg. Schmitt, ich mache mir Ihre Aussage nicht zu eigen. Aber das Revisionsamt des Kreises Bergstraße hat darauf hingewiesen, an welchen Stellen Ausschreibevorgaben z. B. nicht richtig durchgeführt wurden. Darauf haben wir alle noch einmal hingewiesen. Uns liegen im Moment keine anderen ähnlichen Berichte eines Revisionsamtes vor.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Bocklet.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Ministerin, ist denn nach Ihrer jetzigen Aussage – wir haben es ja schon im Sozialpolitischen Ausschuss besprochen – davon auszugehen, dass dem zuständigen Ersten Beigeordneten diese Richtlinien nicht bekannt waren, um zu erklären, dass es zu diesen Unregelmäßigkeiten gekommen ist? Sie haben jetzt gesagt, Sie wollten noch intensiver beraten und informieren. Offensichtlich war er demnach nicht informiert.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Lautenschläger.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Herr Abg. Bocklet, wer sich vor Ort um die Einhaltung der Richtlinien gekümmert hat, muss der Landkreis Bergstraße bzw. der Kreistag selbst feststellen. Das Revisionsamt des Kreises Bergstraße ist genau an dieser Stelle tätig geworden. Es hat noch einmal Hinweise zur Einhaltung beispielsweise von Vergabevorschriften gegeben. Nachdem uns der Bericht des Revisionsamtes vorlag, haben wir auch noch einmal darauf hingewiesen, dass auch alle anderen diese Ausschreibevorschriften beachten müssen.

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Frage, **Frage 712**, Frau Abg. Henzler.

Dorothea Henzler (FDP):

Ich frage die Landesregierung:

Wie steht sie dazu, Abiturientinnen und Abiturienten in der Prüfungsphase an den Tagen zwischen den einzelnen Prüfungen schulfrei zu geben, anstatt sie verpflichtend am regulären Unterricht teilnehmen zu lassen?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Wolff.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Frau Kollegin Henzler, in der dezentralen Abiturprüfung dauerte die Prüfungsphase im schriftlichen Abitur in der Regel maximal fünf Tage, wobei jeder einzelne Prüfling an drei Tagen eine Prüfung absolviert hat. Mit der Einführung des Landesabiturs wird die Prüfungsphase auf insgesamt elf Tage ausgedehnt, um allen möglichen Kombinationen von Prüfungsfächern gerecht werden zu können. Es bleibt aber bei drei Prüfungen pro Prüfling. Daher wird innerhalb des Prüfungszeitraums von elf Tagen jeder einzelne Prüfling an acht Tagen nicht von Prüfungen betroffen sein. Der Ablaufplan gestaltet sich aber jeweils individuell.

Zum Beispiel hat ein Prüfling mit den Prüfungsfächern Englisch als Leistungskurs, Deutsch als Leistungskurs und Mathematik als Grundkurs am 16., am 20. und am 21. März 2006 jeweils eine Prüfung. Bis zum Ferienbeginn am 30. März 2006 hat er dann keine weitere Prüfung.

Deswegen hat das Ministerium auf eine generelle Regelung verzichtet. Stattdessen wurde den Schulen unter der Prämisse, dass auch die Prüfungsphase als reguläre Unter-

richtszeit gilt, anheimgestellt, zur Gestaltung des Unterrichts der Prüflinge in der Prüfungsphase eigene, d. h. für jeden Prüfungstag wechselnde Festlegungen zu treffen. Es ist in die Verantwortung der jeweiligen Schule gestellt, über die geeignete Umsetzung wie z. B. Studientage, eigenverantwortliches Arbeiten oder das Abhalten von Wiederholungs- und Vertiefungsphasen usw., zu befinden.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin Henzler stellt eine Zusatzfrage.

Dorothea Henzler (FDP):

Frau Ministerin, habe ich das richtig verstanden? Die Schule kann entscheiden, ob sie unterrichtet oder ob sie wiederholend unterrichtet. Die Schüler müssen aber auf jeden Fall zu den vorgegebenen Stunden in die Schule kommen.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Wolff, Sie haben das Wort.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Die Entscheidung lautet: Diese Zeit ist grundsätzlich auch Unterrichtszeit. Die Schule kann aber darüber befinden, in welcher Form, also auch in welcher individueller Form, der Unterricht stattfindet.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin Henzler stellt eine weitere Zusatzfrage.

Dorothea Henzler (FDP):

Was halten Sie denn von der Regelung in Bayern? Dort bekommen die Abiturienten bereits einige Tage vor den Prüfungen schulfrei. Auch zwischen den Prüfungen erhalten sie schulfrei. Sie können sich damit intensiv auf die Prüfungen vorbereiten.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Frau Kollegin Henzler, das gilt im üblichen Maße vor der mündlichen Prüfung. Nach dem ersten Durchgang wird sicherlich zu überprüfen sein, wie sich dieses Verfahren bewährt hat. Dann werden die entsprechenden Erlasse für die Folgejahre festgelegt werden.

Präsident Norbert Kartmann:

Wir kommen damit zu **Frage 713** der Frau Kollegin Henzler.

Dorothea Henzler (FDP):

Ich frage die Landesregierung:

Aus welchen Gründen kommt das Oberstufengymnasium als eigene Schulform in der Evaluation des Instituts für Qualitätsentwicklung nicht vor?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Wolff, Sie haben das Wort.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Frau Kollegin Henzler, ich gebe zu, nicht sicher zu sein, die Frage verstanden zu haben. Unter den 50 Pilotschulen, die es in dem vergangenen Schuljahr dazu gegeben hat, befand sich auch ein Oberstufengymnasium, an dem die Schulinspektion erprobt wurde. Es war also Bestandteil. Selbstverständlich sind alle Schulformen Bestandteile der Schulinspektion bzw. des sogenannten Schul-TÜV.

Die hessische externe Evaluation basiert auf dem „Referenzrahmen Schulqualität in Hessen“. Dieser schafft für die Schulen die notwendige Klarheit darüber, welche Erwartungen und Anforderungen an die Qualität der Schulen gestellt werden. Außerdem werden dort die schulischen Qualitätsbereiche sowie die Kriterien und die Indikatoren benannt.

Dieser „Referenzrahmen Schulqualität in Hessen“ ist schulformunabhängig. Die Evaluation der Oberstufengymnasien richtet sich daher wie die Evaluation aller anderen Schulformen nach diesem Referenzrahmen.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Abg. Henzler stellt eine Zusatzfrage.

Dorothea Henzler (FDP):

Habe ich das richtig verstanden? Bei den Oberstufengymnasien werden ganz normal wie bei allen anderen regulären Schulformen auch Inspektionsbesuche des Instituts für Qualitätssicherung durchgeführt?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Wolff, Sie haben das Wort.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Selbstverständlich, ja, das ist so.

Präsident Norbert Kartmann:

Wir kommen damit zu **Frage 714** des Herrn Abg. Klein aus Wiesbaden.

Armin Klein (Wiesbaden) (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Was hat sie unternommen, um die Bewerbung der Landeshauptstadt Wiesbaden zum UNESCO-Weltkulturerbe mit Nachdruck zu unterstützen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Corts, Sie haben das Wort.

Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Herr Präsident, Herr Abg. Klein, meine Damen und Herren! Die Landesregierung begleitet die Bewerbung Wiesbadens als Weltkulturerbestätte der UNESCO mit großem Interesse und Wohlwollen. Dies ist allein schon deshalb der Fall, weil es um die hessische Landeshauptstadt geht.

Der Weg in die Aufnahme der Liste der Weltkulturerbestätte ist allerdings sehr langwierig. Die erste entscheidende Hürde, die überwunden werden muss, ist die Aufnahme in die sogenannte Tentativliste. In dieser Liste sind alle möglichen Bewerber eines Staates aufgeführt. In der Bundesrepublik Deutschland wird sie von der Kultusministerkonferenz geführt und aktualisiert.

Eine solche Aktualisierung der deutschen Bewerberliste ist erst wieder für das Jahr 2014 vorgesehen. Etwa vier Jahre zuvor, d. h. im Jahre 2010, also in drei Jahren, sollen die landesinternen Anwärterlisten auf den aktuellen Stand gebracht werden.

Wiesbaden hat seine vollständige offizielle Bewerbung im vergangenen November in meinem Haus eingereicht. Die Vorgespräche zwischen Stadt und Land laufen schon länger.

Allerdings haben in der Vergangenheit auch noch andere hessische Städte Interesse daran signalisiert, Weltkulturerbestätte zu werden. Kassel etwa ist mit seinen fürstlichen Gärten bereits in der deutschen Tentativliste verzeichnet. Neben Wiesbaden interessieren sich auch Darmstadt und Fritzlar für eine Aufnahme in die Liste. Voraussichtlich werden noch weitere Anwärter folgen.

Die Aufgabe des Weltkulturerbebeauftragten der Hessischen Landesregierung – das ist unser Landeskonservator Herr Prof. Weiß – wird es nunmehr sein, ein Ranking unter den Bewerbern zu erstellen, wonach dann die Städte mit den besten Voraussetzungen ganz oben auf der Liste stehen sollen. Nur wenn die Kriterien der UNESCO für das Weltkulturerbe optimal erfüllt sind, besteht angesichts der starken nationalen und internationalen Konkurrenz überhaupt die Chance einer Anerkennung.

Wir haben jetzt noch drei Jahre Zeit, die Qualität der hessischen Bewerbungen zu prüfen. Wir werden die hessischen Bewerber beraten. Das werden wir sorgfältig machen.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Abg. Klein stellt eine Zusatzfrage.

Armin Klein (Wiesbaden) (CDU):

Herr Minister, dieses Verfahren ist sicherlich langwierig. Dessen bin ich mir bewusst. Trotzdem besteht die Notwendigkeit, dass es innerhalb des hessischen Kabinetts zu einer Meinungsbildung kommt. Ist damit zu rechnen, dass in absehbarer Zeit ein Kabinettsbeschluss zur Unterstützung der Bewerbung der Landeshauptstadt Wiesbaden erfolgen wird, und zwar unabhängig von den zeitlichen Abläufen, die Sie eben genannt haben?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Corts, Sie haben das Wort.

Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Herr Abg. Klein, wir werden das Kabinett zu gegebener Zeit damit befassen. Das wird erfolgen, wenn wir alles geprüft haben, und es wird der Vorbereitung der Aufnahme in die Tentativliste dienen. Das wird aber nicht kurzfristig erfolgen.

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Wir kommen damit zu **Frage 715** der Frau Abg. Schulz-Asche.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Weshalb wurde die Kleine Anfrage betreffend Einhaltung existierender rechtlicher Vorschriften zum Nichtraucherschutz in hessischen Ministerien, Drucks. 16/6077, nicht fristgerecht vom Sozialministerium beantwortet?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner, Sie haben das Wort.

(Minister Karlheinz Weimar: Sie haben es vergessen! – Heiterkeit – Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine interessante Antwort der Landesregierung!)

Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Frau Abgeordnete, die Antwort auf die Kleine Anfrage wurde dem Landtag zwischenzeitlich zugeleitet.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin Schulz-Asche, Sie haben das Wort.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Es ist schön, dass die Kleine Anfrage, die im September 2006 gestellt wurde

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin, Sie müssen eine Zusatzfrage stellen.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

– ja – und sich auf die Umsetzung des existierenden Rechts bezog, nunmehr beantwortet wurde. Was haben Sie denn auf die Kleine Anfrage geantwortet, was wir z. B. den Beschäftigten und den Personalräten der verschiedenen Ministerien mitteilen können? Inwieweit wird der § 5 der Arbeitsstättenverordnung – das ist geltendes Recht und bezieht sich auf den Nichtraucherschutz – in den Ministerien, z. B. im Finanzministerium – vom Minister wurde ja gerade eben geantwortet –, umgesetzt? Wie sieht die derzeitige Regelung aus? Was ist im Finanzministerium geplant?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin, mit Verlaub: Die ursprüngliche Frage zielte darauf ab, wo die Antwort bleibt. Jetzt fragen Sie nach den Inhalten. Das ist eine andere Art der Fragestellung. Ich bitte um Verständnis, dass ich Bedenken habe. Denn der Minister könnte jetzt die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage vorlesen. Damit hätten wir aber ein Problem.

Da die Frage beantwortet war, sollte es eigentlich keine Antwort in einem anderen Sachzusammenhang geben. Deswegen würde ich die Frage nicht zulassen wollen, und zwar nicht wegen Ihnen, sondern weil es sonst unter Umständen zu Nachahmern kommen kann.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Nein, Sie können Zusatzfragen an die Regierung stellen. Zu Ihrer ersten Zusatzfrage habe ich entschieden. Jetzt kann natürlich jemand eine Debatte zur Geschäftsordnung darüber verlangen, ob ich richtig liege oder nicht. Wenn der Minister aber eine kluge Antwort findet, können wir die Sache erledigen. – Herr Minister, bitte schön, Sie haben das Wort.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Jetzt also klug antworten!)

Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Die Vorgaben des § 5 Arbeitsstättenverordnung werden in den einzelnen Ressorts umgesetzt. Damit werden wirkungsvolle Maßnahmen zum Nichtraucherschutz getroffen.

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Herr Kollege Kaufmann stellt eine Zusatzfrage.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatsminister, können Sie denn erklären, warum es ein halbes Jahr gedauert hat, bis die Regierung in der Lage war, eine Kleine Anfrage zu beantworten, die nichts weiter tut, als Istzustände abzufragen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Grüttner, Sie haben das Wort.

Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Herr Abgeordneter, auch bei der Beantwortung einer solchen Kleinen Anfrage muss das bei den einzelnen Ressorts abgefragt werden. Dort müssen die Informationen eingeholt werden. Das ist geschehen. Das ging aber nicht innerhalb von drei Tagen.

(Wortmeldung des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kaufmann, Sie müssten jetzt jemand anderen bitten, diese Frage zu stellen, der noch keine Zusatzfrage gestellt hat.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich darf zwei Zusatzfragen stellen! Eine Zusatzfrage habe ich also noch!)

– Nein, nur der Fragesteller darf zwei Zusatzfragen stellen. Bei den anderen Abgeordneten darf jeder jeweils nur eine stellen.

(Zuruf des Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Nein, es müssen zwei verschiedene Personen sein.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung!)

– Okay. – Ab und zu muss Ordnung sein. Danke schön. Wir haben uns verstanden. Ich will nicht, dass da etwas hängen bleibt.

Meine Damen und Herren, ich rufe nunmehr die **Frage 716** des Herrn Kollegen von Hunnius auf.

Roland von Hunnius (FDP):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Auswirkungen wird die Natura-2000-Verordnung auf die Schutzgebiete innerhalb des Geoparks Bergstraße-Odenwald haben?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dietzel, Sie haben das Wort.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Herr Abg. von Hunnius, nach § 61 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. a des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 4. Dezember 2006 wird mit dem Inkrafttreten der neuen Natura-2000-Verordnung nach § 32 Abs. 1 Hessisches Naturschutzgesetz das Landschaftsschutzgebiet Bergstraße-Odenwald aufgehoben. Hinsichtlich der Naturschutzgebiete ergeben sich keine Auswirkungen. Die Verordnungen gelten fort.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege von Hunnius stellt eine Zusatzfrage.

Roland von Hunnius (FDP):

Herr Minister, welche Schutzkategorie nach dem Naturschutzrecht kommt denn dem Geopark Bergstraße-Odenwald zu?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dietzel, Sie haben das Wort.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Herr Abg. von Hunnius, wir müssen dort zwei Dinge beachten. Auf der einen Seite ist es so, dass es jetzt dort auch noch 18 kleine Landschaftsschutzgebiete und etwa 70 Naturschutzgebiete gibt, die fortbestehen werden. Wenn man den Teil von Baden-Württemberg dazunimmt, dann

hat man mit dem Geopark Schutzgebiete in der Größe von 188.000 ha. Das wird nicht geändert werden.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin Hammann stellt eine Zusatzfrage.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister Dietzel, Sie sagten eben, dass die bisher bestehenden Naturschutzgebiete bleiben. Das ist ganz klar. Aber ein Großteil der Fläche wird dann nicht mehr unter Schutz gestellt sein. Denn das Landschaftsschutzgebiet war natürlich wesentlich größer, als es die Naturschutzgebiete sind.

(Zurufe von der CDU: Wie lautet die Frage?)

Unter welchem Schutz steht der Rest der Fläche?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dietzel, Sie haben das Wort.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Frau Abg. Hammann, bei so einem Geopark ist es so, dass er nicht von der Landesregierung anerkannt wird. Vielmehr erkennt die Alfred-Wegener-Stiftung solche Geoparks an. Kriterien für die Anerkennung sind die geologischen Vorkommen und die Kulturlandschaft.

Wir haben keinen direkten Einfluss. Ich denke, das Schutzgebiet ist ausreichend, um das auch in Zukunft unter Schutz halten zu können.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 717, Frau Abg. Fuhrmann.

Petra Fuhrmann (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Ist sie bereit, den Lehrkräften, denen die Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer aufgrund des Steueränderungsgesetzes 2007 nicht mehr steuerlich anerkannt werden, geeignete Räumlichkeiten in Schulen zur Verfügung zu stellen, in denen sie die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts erledigen können?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kultusministerin Wolff, bitte schön.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Frau Kollegin Fuhrmann, aus der Einschränkung der steuerlichen Absetzbarkeit des häuslichen Arbeitszimmers durch den Bundesgesetzgeber unter Mitwirkung Ihrer Partei

(Petra Fuhrmann (SPD): Ihrer auch! – Minister Karlheinz Weimar: Unser aller!)

ergibt sich kein Anspruch auf Räumlichkeiten in der Schule, für die dann der Schulträger zuständig wäre. Die

Arbeitszeit der Lehrkräfte verteilt sich in anderer Weise als die anderer Arbeitskräfte, auch die Zeit am Arbeitsplatz Schule und an anderer Stelle. Lehrkräfte sind selbstverständlich in Absprache mit der Schulleitung zur Nutzung der schulischen Einrichtungen während der Schulöffnungszeiten berechtigt. Doch ist dies nicht der Regelfall. Aus Anlass vieler Schreiben aus Schulen weise ich darauf hin, dass sich die Rechtslage bezüglich der Abzugsfähigkeit von Büromöbeln, Fachbüchern, PC usw. nicht geändert hat.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Fuhrmann.

Petra Fuhrmann (SPD):

Frau Ministerin, denken Sie nicht angesichts der Tatsache, dass zunehmend der Ganztagsbetrieb an Schulen und auch die Ganztagschule das Ziel – letztendlich jedenfalls der SPD – ist, dass man bessere Arbeitsmöglichkeiten für die Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen haben müsste?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin Wolff.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Frau Kollegin Fuhrmann, die Ganztagschulentwicklung wird – wie Sie wissen – durch die Landesregierung intensiv vorangetrieben. Welche Konsequenzen sich für die täglichen Arbeitszeiten von Lehrkräften aus der Schule und jeweils auch externen Partnern der Schule im Rahmen der Zusammenarbeit etwa mit Vereinen, Verbänden, Musikschulen usw. daraus ergeben werden, wird eine nächste Frage sein. Auch hier will ich darauf hinweisen, dass die technische Ausstattung dann Aufgabe der Schulträger ist, mit der sie seither schon sehr unterschiedlich umgehen.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 718, Herr Abg. Häusling.

Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Aus welchen Gründen hat die Landesregierung, die sich als Befürworterin der Agrogentechnik erwiesen hat, einen Passus in den Richtlinien der Hessischen Landgesellschaft zu Verpachtung von Domänenflächen verankert, der besagt, dass es für den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen einer gesonderten Zustimmung bedürfe?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dietzel.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Herr Abg. Häusling, der Zustimmungsvorbehalt bei der Verpachtung domänenfiskalischer Ländereien für gen-

technische Feldversuche hat vorsorgende Gründe wegen noch nicht hinreichend bestimmter Rechtslage zur Frage der guten fachlichen Praxis.

Die Ankündigungen der jetzigen und auch der vorherigen Bundesregierung, klare und transparente Regelungen für ein verträgliches Nebeneinander von gentechnisch veränderten, konventionellen und ökologischen Kulturen zu schaffen und dies durch eine Rechtsverordnung, die die gute fachliche Praxis bei der Erzeugung gentechnisch veränderter Pflanzen definiert, handhabbar zu machen, wurden bisher noch nicht umgesetzt. Dies hat damit auch bisher nicht für die erforderliche Sicherheit bei der Erzeugung gentechnisch veränderter Pflanzen gesorgt.

Mit der Verabschiedung des Eckpunktepapiers durch das Bundeskabinett am 28. Februar 2007 sind jedoch in diesem Jahr konkrete Regelungen zur guten fachlichen Praxis zu erwarten. Im Übrigen bezieht sich der sogenannte Zustimmungsvorbehalt lediglich auf „gentechnische Feldversuche“, nicht dagegen auf Wertprüfungen des Bundessortenamtes, wie sie zurzeit auf Domänenflächen beabsichtigt sind.

Schließlich dient der angesprochene Zustimmungsvorbehalt auch der vorsorglichen Information meines Hauses, da – wie der aktuelle Anlass zeigt – die Diskussion von mit gentechnischen Fragestellungen verbundenen Themen vielfach zum Gegenstand parlamentarischer Behandlungen gemacht wird.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Kollege Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, wenn auf den landeseigenen Flächen der Zustimmungsvorbehalt vonseiten des Verpächters da ist, dann frage ich Sie, warum Sie in anderen Bereichen anderen Leuten geraten haben – wörtliches Zitat –, „den Nacken steif zu halten“.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dietzel.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Herr Abg. Al-Wazir, ich denke, man muss zwei Dinge unterscheiden. Vom Grundsatz her, wenn Landwirte bei mir angefragt haben, ob gentechnisch veränderte Pflanzen in ihrem Bereich ausgepflanzt werden sollten, habe ich ihnen in der Regel geraten, da die Haftungsfrage nicht geklärt ist, dies nicht zu tun und das Risiko nicht einzugehen. Bei dem „Nackensteifhalten“ ging es um ein Stück im Schwalm-Eder-Kreis, wo eine große, nicht so deutsche Firma anbauen wollte, die dieses Risiko offensichtlich eingeplant hat, sodass dort die Frage für mich eine andere war, als wenn ein Ratschlag von mir an einen normalen Landwirt gegeben worden wäre.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Kollege Häusling.

Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, steht nicht im Hintergrund, dass Sie eventuell einen Wertverlust dieser Flächen vermuten, d. h. für folgende Pächter diese Flächen vielleicht sogar ungeeignet sind?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dietzel.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Herr Abg. Häusling, dieses Problem sehe ich nicht. Ich hatte Ihnen eindeutig gesagt, zum einen versuchen wir, weil die Rechtslage so eindeutig nicht geklärt ist, die Übersicht in diesem Bereich zu behalten. Auf der anderen Seite sind bestimmte Dinge nicht geklärt. Das war eben die Frage der guten fachlichen Praxis, die auch ein Punkt dieses Vorschlages vom 28. Februar ist – gute fachliche Praxis: z. B. die Abstände zu anderen Kulturen. Die zweite Frage, die auch nicht geklärt ist, ist die Frage der Haftung in den Bereichen, die auf einer Fachtagung im April diskutiert werden soll.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Häusling.

Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, ich finde es bemerkenswert, dass Sie viele Fragen für noch nicht geklärt halten. Aber wird die Domänenfläche Groß-Gerau für den Anbauversuch der Uni Gießen freigegeben?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dietzel.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Ich sehe keinen Grund für die Universität Gießen, wenn sie will, diese Anbaufläche nicht zu nutzen.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 719, Herr Abg. von Hunnius.

Roland von Hunnius (FDP):

Ich frage die Landesregierung:

Warum beabsichtigt sie, Büroflächen für Landesbehörden hessenweit, wie aufgrund der Anzeige im „Darmstädter Echo“ vom 10. Februar 2007 zu vermuten ist, anzumieten, obwohl mehrere landeseigene Immobilien bisher nicht genutzt werden?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister der Finanzen.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Herr Abgeordneter, hinsichtlich der Unterbringung der Dienststellen des Landes wird grundsätzlich die wirtschaftlichste Option gewählt. Eine generelle Bevorzugung landeseigener oder angemieteter Objekte besteht nicht. Im konkreten Fall ist das Finanzamt Dieburg auf zwei Liegenschaften verteilt untergebracht. Es handelt sich um die landeseigene Liegenschaft Marienstraße 17-19 sowie eine Anmietung in der Aschaffener Straße 1. Die Anmietung entspricht von der Ausstattung und der Qualität her nicht mehr der Anforderung eines Nutzers.

Geeignete Flächen in landeseigenen Liegenschaften stehen nicht zur Verfügung. Zwar stehen derzeit zwei Liegenschaften in Dieburg leer. Diese Liegenschaften sind allerdings auf der einen Seite für die Unterbringung des ausgelagerten Teils des Finanzamtes zu groß, da lediglich ca. 140 m² zuzüglich ca. 120 m² Archivfläche benötigt werden. Auf der anderen Seite sind sie aber zu klein, um das Finanzamt komplett unterzubringen. Die leer stehenden Projekte werden, da eine landesinterne Nutzung nicht mehr möglich ist, in Kürze am Markt angeboten.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 720, Herr Abg. Riege.

Bernd Riege (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Unter welchen Bedingungen können Vollzeitschulformen der beruflichen Schulen in Hessen in das Bundesprogramm zur Förderung von Ganztagschulen (IZBB) aufgenommen werden, wie das an allen allgemeinbildenden Schulen möglich ist?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kultusministerin.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Kollege Riege, gemäß Ziffer 1 der Richtlinie zur Förderung von Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms „Zukunft, Bildung und Betreuung“ von 2003 bis 2007 werden notwendige Investitionen an ganztätig arbeitenden Grundschulen, Schulen der Sekundarstufe I und Sonderschulen gefördert. Eine Förderung von Investitionen an beruflichen Schulen ist nicht möglich. Das war vom Bund ausdrücklich so gewollt.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Riege, Zusatzfrage.

Bernd Riege (SPD):

Es gibt Schulen, die wir Gymnasien nennen und die Sek. I und die Sek. II haben. Sie können deshalb in den Genuss dieser Unterstützung kommen. Ist das Gleiche nicht auch für die Schulformen denkbar, die wir als Vollzeit in beruflichen Schulformen haben?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Ministerin Wolff.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Kollege Riege, es ist selbstverständlich nicht „abtrennbar“, dass Gymnasien, auch die Sekundarstufe II, an der Investitionsausstattung partizipieren. Gleichwohl ist es ausdrücklich vonseiten der damaligen Bundesministerin gewollt gewesen, dass Sekundarstufen II nicht in das Programm einbezogen werden.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Riege.

Bernd Riege (SPD):

Können Sie ausschließen, dass es an den beruflichen Schulen Schulformen der Sekundarstufe I gibt?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kultusministerin.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Nein, aber ich kann nur wiederholen, dass die damalige Bundesministerin ausdrücklich die beruflichen Schulen – und zwar komplett unter Einschluss aller dortigen Bildungsgänge – ausgeschlossen hat.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 721, Frau Abg. Sorge.

Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wird sie die Finanzierung der dringend notwendigen Sanierung der geisteswissenschaftlichen Türme der Uni Marburg, von denen jüngst ganze Fassadenteile heruntergebrochen sind, ganz oder teilweise übernehmen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Corts.

Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Herr Präsident, Frau Abg. Sorge, das HMWK lässt zurzeit gutachterlich die künftige bauliche Entwicklung für alle hessischen Hochschulen, auch die der Philipps-Universität Marburg, untersuchen. Der Umfang der Sanierungsarbeiten an den Gebäuden der Geisteswissenschaften am Krummbogen wird maßgeblich von dem Ergebnis dieses Gutachtens und der nachfolgend erforderlichen Abstimmungsprozesse abhängig sein.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Abg. Sorge.

Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Können Sie uns bitte noch Auskunft darüber geben, wie lange diese Prüfung dauern wird? Bis wann ist sie abgeschlossen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister Corts.

Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Ich werde dafür Sorge tragen, dass wir spätestens im zweiten Quartal 2007 damit fertig sind.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Kollege Siebel.

Michael Siebel (SPD):

Herr Staatsminister Corts, ist es nicht vielmehr richtig, dass Sie uns in der letzten Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zugesagt haben, dass wir am 14. März über die vollständige Planung aller baulichen Notwendigkeiten informiert werden und dass uns dann auch in diesem Zusammenhang berichtet wird?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Corts.

Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Ich bin nicht Herr aller Zahlen. Wir sind dabei, diese Zahlen zusammenzustellen. Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, dass wir für alle Hochschulen ein Gesamtkonzept herstellen. Es kann an der einen oder anderen Stelle sein, dass die Zahlen noch nicht zusammengekommen sind. Ich werde mich bemühen, es schon früher hinzubekommen. Ich wollte aber sichergehen und habe deswegen gesagt: spätestens im zweiten Quartal.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 722, Herr Abg. Otto.

Reinhard Otto (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Hält es die Landesregierung für erforderlich, aufgrund der Windwürfe durch den Sturm Kyrill das Betretungsrecht im Wald einzuschränken, wie es beispielsweise in Nordrhein-Westfalen erfolgt ist?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dietzel.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Herr Abg. Otto, das Hessische Forstgesetz regelt in § 24 Abs. 3 und 5 sowie mit der 2. Durchführungsverordnung

zu § 3 des Hessischen Forstgesetzes die Ausnahmen vom Betretungsrecht des Waldes. Hierbei wird nach der Sperrung von Waldflächen und Waldwegen unterschieden.

Erstens. Der Waldbesitzer kann Sperrungen vornehmen, wenn „aus sonstigen Gründen eine Gefahr für das Leben oder die Gesundheit der Waldbesucher besteht ...“ Die Sperrung darf er bei „Gefahr im Verzuge“ sogar ohne Genehmigung durch die untere Forstbehörde vornehmen. Diese muss jedoch anschließend unverzüglich eingeholt werden.

Zweitens. Die untere Forstbehörde kann Waldflächen und Waldwege auf Antrag des Waldbesitzers sperren, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind, z. B. bei Gefahr für Leben oder Gesundheit der Waldbesucher.

Da der Orkan Kyrill Schäden unterschiedlichen Ausmaßes im Wald hinterlassen hat, sind die vorstehend genannten Rechtsnormen geeignet, um auf die jeweiligen örtlichen Situationen angemessen zu reagieren. Eine landesweite Regelung wird als nicht zielführend erachtet.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Kollege Häusling.

Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, reicht das Personal von Hessen-Forst aus, um die Orkanschäden aufzuarbeiten, und haben Sie den normalen Einschlag eingestellt?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Herr Abg. Häusling, das war zwar nicht Gegenstand der Frage, die Herr Abg. Otto gestellt hat, aber ich kann Ihnen das trotzdem beantworten.

Wir sind der Meinung, dass das Personal bei Hessen-Forst ausreicht, um diese Sturmschäden in Hessen aufzuarbeiten. Inzwischen haben wir bei Hessen-Forst mehr als 70 Vollernter im Einsatz. Die arbeiten gut, und ich denke, damit kann die Arbeit geschafft werden, vor allem vor dem Hintergrund, dass wir keine Veränderung der Personalentwicklung vornehmen wollen. In Zukunft sollen 60 % der Arbeit im Wald von eigenem Personal durchgeführt werden, 40 % durch Private.

Weil Sie das auch gefragt haben: Wir müssen etwa 4 Millionen Festmeter Sturmholz aufarbeiten. Davon sind 90 % Fichtenholz. Der Einschlag an Fichte ist im Staatsforst eingestellt worden.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Kollege Bender.

Bernhard Bender (SPD):

Herr Minister, Sie haben eben in der Beantwortung der Frage auf die gesetzlichen Grundlagen nach dem Hessischen Forstgesetz hingewiesen. Gehen Sie mit mir darin

einig, dass dies nicht ganz ausreichen wird, sondern dass hier auch allgemeine Gefahrenabwehr durch die Gemeinden notwendig sein wird und hierfür das HSOG herangezogen werden muss?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dietzel.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Herr Abgeordneter, ich denke, wir müssen hier über das Genannte hinaus nichts vorsehen. Sie wissen so gut wie ich, von den 4 Millionen Festmetern liegen etwa 900.000 Festmeter im Kreis Waldeck-Frankenberg, 850.000 Festmeter im Landkreis Marburg-Biedenkopf und ein großer Teil im Vogelsbergkreis, woher Sie kommen. Ich denke, dort kann vor Ort entschieden werden, ob wir ein Betretungsverbot für den Wald brauchen oder nicht. Darüber hinaus sind keine Maßnahmen zu veranlassen.

Präsident Norbert Kartmann:

Ich rufe die **Frage 723** auf. Frau Abg. Erfurth, bitte.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Gibt es verbindliche Anweisungen für das im öffentlichen Personennahverkehr eingesetzte Personal für das Verhalten bei Unfällen oder Schadensfällen, die Fahrgäste während einer Fahrt im Fahrzeug erleiden, z. B. beim Sturz eines Fahrgastes im Bus oder in der Bahn?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dr. Rhiel.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Ja, solche Anweisungen gibt es, nämlich die allgemeinen Dienstanweisungen. Diese sind vom Unternehmer gemäß § 3 Abs. 2 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr zu erlassen, die Fahrgäste mit Kraftfahrzeugen oder Omnibussen befördern, soweit sie den Vorschriften des Personenbeförderungsgesetzes unterliegen – und das ist in der Regel der Fall.

Die allgemeine Dienstanweisung enthält unter anderem auch Bestimmungen über das Verhalten des Fahr- und Betriebspersonals während des Dienstes, insbesondere „Anweisungen über Maßnahmen, die bei Betriebsunfällen und -störungen getroffen werden müssen“. Das regelt im Einzelnen § 3 Abs. 3 dieser Verordnung.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Erfurth.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Gibt es besondere Schulungen für Fahrpersonal, das in Bussen und Bahnen eingesetzt wird, und gibt es einen besonderen Befähigungsnachweis, den das Personal vorlegen muss, bevor es eingesetzt werden kann?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dr. Rhiel.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Zum einen gibt es nach dem Personenbeförderungsgesetz die Aufsicht. Sie wird vom Regierungspräsidium wahrgenommen. Aber im Rahmen des hessischen Ausschreibungskonzepts haben wir bei den Ausschreibungsbedingungen zusätzlich Wert darauf gelegt, dass die Qualität, die Ausbildung und damit die Befähigung der Mitarbeiter gewährleistet sein müssen.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 724, Herr Abg. Möller.

Klaus Peter Möller (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Welche besonderen Gefahren gehen nach Kenntnis der Landesregierung vom Versuchsanbau zugelassener gentechnisch veränderter Maissorten aus, wenn dieser in der Nähe von Wohngebieten angelegt wird?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dietzel.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Herr Abg. Möller, vom Anbau von Maispflanzen, die eine gentechnischrechtliche Genehmigung für das Inverkehrbringen besitzen, geht für die Schutzgüter des Gentechnikgesetzes – also Mensch, Tier, Pflanze und Umwelt – keine Gefahr aus. Das Fehlen einer solchen Gefährdung ist eine entscheidende Voraussetzung für die Erteilung der betreffenden Genehmigung.

Präsident Norbert Kartmann:

Frage 725, Herr Abg. Siebel.

Michael Siebel (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche sachlichen Gründe haben den Minister für Wissenschaft und Kunst, Herrn Staatsminister Corts, dazu bewogen, die seit Monaten vorliegenden schriftlichen Fragen und Einladungen des Bürgermeisters der Stadt Hanau, Herrn Kaminsky, bezüglich des Sanierungsfortschrittes an den Kuranlagen des Staatsparkes Wilhelmsbad zu ignorieren und stattdessen eine kurzfristige Einladung des CDU-Landtagsabgeordneten Lenz anzunehmen, ohne die städtischen Vertreter hinzuzuladen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Corts.

Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Herr Präsident, Herr Abg. Siebel, meine Damen und Herren! Der Hanauer Oberbürgermeister Kaminsky hatte mich in der Tat am 17. November 2006 angeschrieben, dabei seine Einschätzung zum Stand der Sanierungsmaßnahmen in den Kuranlagen Wilhelmsbad dargelegt und einen Ortstermin angeregt. Dieses Schreiben habe ich am 13. Dezember 2006 beantwortet und ihm mitgeteilt, dass ich Anfang 2007 bereits einen Termin für eine Besichtigung vorgesehen habe.

Am 9. Januar 2007 waren zunächst Mitarbeiter meines Hauses und der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Hessen vor Ort, um meinen Besuch der Kuranlage vorzubereiten. Der Anregung des Kollegen Lenz, mich vor Ort über den Stand und die Probleme dieser Maßnahme zu informieren, bin ich – nach verschiedenen Terminverschiebungen auf beiden Seiten – am 23. Februar 2007 nachgekommen.

Verehrter Herr Siebel, selbstverständlich bin ich jederzeit auch zu einem Gespräch mit Herrn Oberbürgermeister Kaminsky bereit.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Siebel.

Michael Siebel (SPD):

Herr Staatsminister, können Sie eine Aussage darüber treffen, zu welchem Zeitpunkt – im Zusammenhang mit dieser Sanierung – das Puppenmuseum an seinen alten Standort zurückkehren kann?

Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Es gibt da zwei Möglichkeiten. Nach dem zweiten Bauabschnitt könnte das Puppenmuseum zurückkehren. Aber wir haben mit Vertretern des Puppenmuseums darüber gesprochen und halten es für erforderlich, noch einen dritten Bauabschnitt, eine Renovierungsmaßnahme, einzuschleppen, sodass sich das verzögern könnte. Darüber ist mit dem Vorsitzenden des Puppenmuseums einvernehmlich gesprochen worden. Wir werden dies im Laufe des Jahres noch in die Haushaltsberatungen einbringen.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Siebel, jetzt bitte ich Sie aber, eine Frage zu Ihrer Frage zu stellen. Das Puppenmuseum spielte hier keine Rolle, das wissen Sie. – Ich war zu langsam, aber das hat nichts damit zu tun. Bitte etwas mehr Disziplin. Bitte schön, Herr Siebel.

Michael Siebel (SPD):

Ich beziehe mich auf die Beantwortung meiner Frage, Teil eins, von Herrn Staatsminister Corts. Darf ich Ihre Einlassung dahin gehend richtig verstehen, dass Sie bereit wären, auf Einladung von Herrn Oberbürgermeister Kaminsky oder jemand anderem nach Hanau zu kommen,

um über die Fragen der Realisierung der Bauabschnitte zu berichten?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister.

Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Herr Abg. Siebel, wir sollten das Schloss dort in der Stadt lassen – wenn Sie so wollen. Wir als Land finanzieren ausschließlich diese Sanierungsmaßnahme. Ich habe den Direktor der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten, Herrn Weber, nach meinem letzten Besuch nochmals ausdrücklich gebeten, bei Fragen Herrn Oberbürgermeister Kaminsky zur Verfügung zu stehen.

Selbstverständlich, wenn die Fragen dann nicht ausreichend beantwortet werden, bin ich auch nochmals bereit, mit Herrn Kaminsky über Einzelheiten zu sprechen. Beispielsweise würde ich mich freuen, wenn man das Engagement der Bürgerinnen und Bürger von Hanau noch weiter honorieren würde – so wie wir das tun, indem wir dieses Engagement anerkennen und sagen, wir finanzieren noch einen dritten Bauabschnitt – und die Stadt Hanau da Farbe bekennen und ebenfalls einen finanziellen Beitrag leisten würde.

Präsident Norbert Kartmann:

Danke schön. – Jetzt kommt die **Frage 726**. Herr Kollege Bocklet.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wann ist mit der Einbringung der von Herrn Ministerpräsidenten Koch unterstützten Bundsratsinitiative Hamburgs bezüglich des Gesetzes zur Ermöglichung der Vergabe von Heroin als Medikament zu rechnen?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Sozialministerin Lautenschläger.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Herr Abg. Bocklet, nach Bekanntwerden einer möglichen Bundsratsinitiative von Hessen und Hamburg ist auch in Berlin nochmals Bewegung aufgekommen. Daher warten wir momentan ab, ob sich die Koalitionsfraktionen schon im Vorfeld einigen. Ansonsten gibt es noch keinen genauen Zeitpunkt für die Einbringung, aber sie würde, wenn, natürlich rechtzeitig erfolgen.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Herr Abg. Bocklet.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Es besteht also kein Zweifel daran, dass es zu einer Bundsratsinitiative kommen wird?

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Wenn es notwendig ist, wird sie rechtzeitig eingebracht werden.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Was meinen Sie – –

Präsident Norbert Kartmann:

Halt, halt, langsam. – Bitte schön, Herr Bocklet.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich bitte um Entschuldigung. – Was meinen Sie mit „rechtzeitig“? Noch vor der Sommerpause, um ein Auslaufen des geltenden Gesetzes zu verhindern?

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatsministerin.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Das würde bedeuten: vor der Sommerpause. Gleichzeitig aber heißt das natürlich auch, wenn vorher eine Einigung auf Bundesebene, ohne eine Bundesratsinitiative, gefunden werden kann, sind wir daran genauso interessiert.

(Wortmeldung des Abg. Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Präsident Norbert Kartmann:

Danke, Sie haben schon zwei Zusatzfragen gestellt. Sie können eine neue Kleine Anfrage stellen.

Ich rufe die **Frage 727** auf. Frau Abg. Hofmeyer.

Brigitte Hofmeyer (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Ist beabsichtigt, auch in diesem Jahr Losholz in der gewohnten Qualität – Buche oder andere Laubhölzer, gespalten und in Meterlänge – den Losholzinteressenten aus den Kommunen zur Verfügung zu stellen?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dietzel.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Frau Abg. Hofmeyer, der Landesbetrieb Hessen-Forst ist mit Erlass vom 12. Dezember 2006 angewiesen, im Hinblick auf das noch laufende Gesetzgebungsverfahren zur Aufhebung des Losholzgesetzes das von den berechtigten Gemeinden bestellte Losholz auch für das Jahr 2007 noch auszuliefern.

Das Holz wird in gewohnter Qualität und dem fortschreitenden Mechanisierungsgrad der Waldarbeit entsprechend in der Regel in langer Form bereitgestellt. Eine Aufarbeitung als aufgesetztes Schichtholz ist – wie auch in

den vergangenen Jahren schon – sowohl aus arbeitsergonomischen als auch aus ökonomischen Gründen nur noch im Ausnahmefall möglich.

Eine Beschränkung auf bestimmte Holzarten oder Sortimente sieht das Losholzgesetz nicht vor.

Präsident Norbert Kartmann:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hofmeyer.

Brigitte Hofmeyer (SPD):

Herr Minister, Sie sagen, dass das Holz in bisheriger Qualität in Meterlänge vorgehalten wird. Wie erklären Sie sich dann, dass aus einigen Forstämtern Briefe an Kommunen herausgegangen sind, in denen es heißt, dass aufgrund des Orkans Kyrill diese Leistung nicht mehr möglich ist und dass den Losholznutzern nur noch Nadelholz in einer Länge von 3 m zur Verfügung gestellt werden könne?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatsminister Dietzel.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Frau Abg. Hofmeyer, das wird in bestimmten Bereichen durchaus so sein. Deshalb habe ich gesagt, dass das Losholz in der Regel nicht als Meter-Holz und in aufgestapelte Form zur Verfügung gestellt wird, sondern als Langholz. Das hat aber nicht unbedingt etwas mit dem Sturm Kyrill zu tun, sondern das ist in den letzten Jahren überwiegend so gehandhabt worden.

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, das war die Fragestunde.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich etwas nachholen, was wir in der letzten Plenarrunde noch nicht tun konnten. Wie Sie wissen, hat uns Herr Ministerpräsident Koch mit Schreiben vom 31. Januar 2007 mitgeteilt, dass er Herrn Staatssekretär Prof. Dr. Leonhard in den einstweiligen Ruhestand versetzt und Herrn Prof. Alexander Lorz mit Wirkung vom 15. Februar 2007 zu seinem Nachfolger im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst ernannt hat. Ich will heute die Gelegenheit nehmen, Sie, lieber Herr Staatssekretär, herzlich zu begrüßen und Ihnen alles Gute und viel Freude an Ihrem Amt zu wünschen. Seien Sie in unserer Mitte herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Regierungserklärung des Hessischen Ministers des Innern und für Sport betreffend „Hessen so sicher wie noch nie: Aufklärungsquote auf Rekordniveau – Straftaten weiter gesunken“

Außerdem rufe ich die **Tagesordnungspunkte 29, 47 und 61** auf:

Große Anfrage der Abg. Faeser, Hartmann, Hofmeyer, Rudolph, Waschke (SPD) und Fraktion betreffend Stellenausstattung der Polizeipräsidien in Hessen – Drucks. 16/6830 zu Drucks. 16/5610 –

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Beleidigung von hessischen Polizeibeamten und Gewerkschaftern durch den Hessischen Minister des Innern und für Sport, Volker Bouffier – Drucks. 16/6955 –

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Zehntes Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) – Drucks. 16/6975 zu Drucks. 16/5773 –

Zur Berichterstattung hat Herr Kollege Möller das Wort.

Klaus Peter Möller, Berichterstatter:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Innenausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung abzulehnen.

Der Gesetzentwurf war dem Innenausschuss in der 108. Plenarsitzung am 13. Juli 2006 überwiesen worden.

Der Innenausschuss hat am 24. Januar 2007 eine öffentliche mündliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchgeführt.

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 28. Februar 2007 behandelt und mit den Stimmen der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD und der FDP die zu Beginn dieses Berichts wiedergegebene Beschlussempfehlung gefasst.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Möller. – Jetzt erteile ich Herrn Staatsminister Bouffier zur Abgabe einer Regierungserklärung das Wort.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die aktuelle Kriminalstatistik liegt vor, und die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache.

Erstens. Hessen ist so sicher wie noch nie.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Die Zahl der Straftaten ist gesunken.

Drittens. Die Aufklärungsquote klettert von Jahr zu Jahr auf Rekordniveau.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung hat seit ihrem Amtsantritt 1999 Hessen nachweislich sicherer gemacht. Wir sind seinerzeit angetreten, Hessen sicherer zu machen und die Kriminalität konsequent zu bekämpfen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir einen Blick auf die Zahlen werfen, dann können wir feststellen, dass wir unsere ehrgeizigen Ziele erreicht haben. Die absolute Zahl der Straftaten ist 2006 im Vergleich zu 2005 um 3,3 % gesunken. Mit ca. 427.000 Straftaten im Jahr haben wir einen positiven Spitzenwert erreicht, der zu rot-grünen Regierungszeiten in keinem einzigen Jahr erreicht wurde.

(Beifall bei der CDU)

Im Gegenteil, in dieser Zeit mussten wir im Schnitt zwischen 20.000 und fast 70.000 Straftaten pro Jahr mehr verzeichnen.

Das Ergebnis ist noch bemerkenswerter, wenn man sich Folgendes vor Augen hält. In der Statistik 2006 sind 19.000 Straftaten aufgeführt, die zu rot-grünen Regierungszeiten überhaupt nicht erfasst wurden. Es handelt sich bei diesen Straftaten zum einen um das Ergebnis der von uns eingeführten Schleierfahndung und zum anderen um die Delikte, die in Hessen von Amts wegen verfolgt werden, nämlich um Straftaten der häuslichen Gewalt.

Meine Damen und Herren, gerade die zuletzt genannten Delikte gab es auch früher. Sie wurden aber nicht erfasst. Wenn man diese Sondereffekte berücksichtigt, die rund 4 % der gesamten Straftaten ausmachen, dann muss man feststellen: Wir hatten im Jahre 2006 in Hessen die niedrigste Kriminalitätsbelastung der letzten 20 Jahre.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein Ergebnis, über das wir uns alle freuen können.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ja, wir alle!)

– Wir alle, so ist es, Kollege Wagner. – Das gilt auch, wenn wir uns nicht nur die Entwicklung in Hessen anschauen, sondern uns ansehen, wo wir im Ländervergleich eigentlich stehen. Hessen ist das viertsicherste Bundesland dieser Republik. Nach der sogenannten Häufigkeitszahl, nach der bundesweit einheitlich die Kriminalitätsbelastung, jeweils auf 100.000 Einwohner bezogen, gemessen wird, waren wir bereits im Jahre 2005 auf dem vierten Platz. Im Jahre 2006 haben wir eine noch bessere Häufigkeitszahl, und deshalb kann ich Ihnen mit Sicherheit schon heute sagen, dass wir auch im Jahre 2006 Hessen in der Spitzengruppe der sichersten Bundesländer etablieren konnten. Das ist ein großer Erfolg, und das ist auch ein Beleg für die Richtigkeit der Sicherheitspolitik dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Es ist aber nicht nur die Kriminalitätsbelastung zurückgegangen, sondern gleichzeitig haben wir Jahr für Jahr die Aufklärungsquote gesteigert. Wir haben jetzt den besten jemals in Hessen erreichten Wert von über 55 % aufgeklärter Straftaten erzielt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein Rekordniveau. Herr Kollege Kahl, Sie haben vorhin ein Stichwort geliefert: Das ist Lichtjahre von dem entfernt, was unter Ihrer Regierungsverantwortung erzielt wurde.

(Beifall bei der CDU)

Das ist aber vor allen Dingen – darauf lege ich größten Wert – deshalb eine wichtige und gute Nachricht für die Bürger, weil hinter diesen Zahlen die Aussage steht: Die Zahl der Opfer sinkt immer mehr. Das ist die wichtigste Botschaft überhaupt. Über diese Botschaft können und dürfen sich alle freuen.

(Beifall bei der CDU)

Hessens Bürger können sich in ihrem Heimatland sicher fühlen. Das will ich anhand einiger weniger Beispiele demonstrieren, gerade anhand der Delikte, die das Sicherheitsgefühl besonders berühren. Ich erwähne beispielhaft die Zahl der Diebstähle. Sie ist seit 1999 um rund ein Viertel zurückgegangen. Die Zahl der Diebstähle ist auf dem

niedrigsten Stand seit 1977. Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist im Vergleich zu 1999 um knapp die Hälfte gesunken. Zu den Autodiebstählen: Wurden 1999 noch 6.600 Autos in Hessen gestohlen, haben wir diesen Wert fast halbiert. Das ist der niedrigste Wert, der in Hessen jemals gemessen wurde.

(Beifall bei der CDU)

Auch bei den Straftaten, die die Menschen besonders betreffen, weil sie auf der Straße begangen werden, z. B. Körperverletzung, Handtaschenraub, räuberische Erpressung und Raubüberfälle, haben wir, wenn Sie die Zahlen der Jahre 1999 und 2006 in ein Verhältnis setzen, die Zahl der Delikte um über 20 % senken können.

Eine so herausragende Bilanz ist kein Zufall. Sicherheit kommt nicht von ungefähr. Sie ist das Ergebnis strategischer Grundüberlegungen, politischer Schwerpunktsetzungen und der sehr guten Arbeit der hessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

(Beifall bei der CDU)

Es ist mir natürlich ein Anliegen, mich bei all denjenigen sehr herzlich zu bedanken, gerade bei den Beamtinnen und Beamten, die diesen Dienst leisten. Sie können stolz sein auf das Ergebnis, und wir können stolz sein auf diese Polizei.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung hat seit 1999, zunächst gemeinsam mit den Freien Demokraten, die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Wir haben dann unter der Verantwortung der Union diesen Weg konsequent fortgeführt. Die Strategie der qualifizierten Verbrechensbekämpfung im Rahmen einer neuen Sicherheitsarchitektur ist aufgegangen. Das bedurfte einer großen Anstrengung. Um die Polizei effektiv und erfolgreicher im Kampf gegen das Verbrechen zu machen, haben wir enorm und im großen Umfang investiert. Hierzu ein Vergleich. Im Jahre 1999, dem Jahr des Regierungswechsels, belief sich der gesamte Sach- und Personalhaushalt – ohne Beihilfe und Versorgung – auf 770 Millionen €. Wir geben in diesem Jahr 950 Millionen € für diesen Bereich aus. Das ist in Zeiten knapper Kassen eine gewaltige Kraftanstrengung, aber auch eine bewusste Entscheidung für die Sicherheit in diesem Lande. Ich bedanke mich bei diesem Parlament, dass wir dafür eine entsprechende Zustimmung bekommen haben.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Sicherheitsarchitektur stützt sich auf drei Säulen: das rechtliche Instrumentarium, eine sehr gut ausgebildete Polizei und eine exzellente Ausstattung. Wir haben in Hessen das modernste Polizeirecht aller Bundesländer. Alles, was wir dort gemacht haben, ist in der Regel gegen den erbitterten Widerstand von Rot-Grün beschlossen worden.

(Beifall bei der CDU)

Einige Beispiele: Wir haben als erstes Bundesland bereits im Jahre 2000 die Videoüberwachung eingeführt. Wer sich an die damaligen Debatten erinnert und heute einen Moment innehält und daran denkt, was dem kleinen Mitja in Leipzig widerfahren ist, was die schnelle Enttarnung der Kofferbomben-Attentäter gebracht hat, der kann nach meiner Überzeugung keine ernste Debatte mehr darüber führen, ob Videoüberwachung sinnvoll und nutzbar ist. Ich bin dankbar und froh, dass wir das so gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Ein anderes Beispiel. Wir haben die Schleierfahndung in diesem Lande eingeführt – gegen Ihren erbitterten Widerstand.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Verdachtsunabhängige Kontrollen, heißt das!)

– Herr Kollege, das ist richtig. Aber ich habe jetzt den eingeführten Begriff genommen. – Wir haben im vergangenen Jahr fast 11.000 Straftaten registriert, die wir durch dieses Fahndungsinstrument aufgedeckt haben: Schleuserkriminalität, Drogenkriminalität. Über 8.500 Verdächtige haben wir auf diese Weise überprüft. Was wäre eigentlich passiert, wenn wir dieses Fahndungsinstrument damals nicht eingeführt hätten?

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Es wäre gar nichts passiert. Die Straftaten wären unentdeckt geblieben. Die Straftäter wären weiterhin unbehelligt auf freiem Fuß und könnten weiterhin Straftaten begehen. Das kann doch nicht richtig sein, schon gar nicht in einem Land, das den meisten Transitverkehr Europas hat, mitten in Deutschland. Deshalb haben wir mit diesem Fahndungsinstrument ein Stück des Dunkelfeldes aufgehellt. Auch wenn wir uns durch diese Kontrollen viele Straftaten in die Statistik holen, ist es richtig und ein effizientes Instrument zur Bekämpfung der Kriminalität.

(Beifall bei der CDU)

Andere Beispiele: die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für den Einsatz von automatischen Kennzeichenlesegeräten, die Befugnis für die Datenerhebung mittels Kommunikationsüberwachung zur Abwehr von gegenwärtigen Gefahren für Leib oder Leben, die Ortung von Handys mittels IMSI-Catcher und manches andere mehr.

Da wir in einer verbundenen Debatte sind, mache ich auch eine kurze Bemerkung zu dem Gesetzentwurf der Freien Demokraten zur Frage der Änderung des HSOG. Meine Damen und Herren, auch die Beratung im Innenausschuss hat an der Position der Landesregierung dazu nichts verändert. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass eine Änderung des HSOG in diesen Fragen jetzt nicht vorgenommen werden sollte. Aus Zeitgründen bitte ich um Verständnis, wenn ich mich zur Begründung auf meine Ausführungen in der ersten Lesung beziehe.

Meine Damen und Herren, die Polizei darf nicht hinter den technischen Möglichkeiten der Kriminellen zurückstehen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben deshalb nicht nur die rechtlichen, sondern auch die tatsächlichen Möglichkeiten geschaffen, um unsere Polizei stets auf Augenhöhe mit den Verbrechern zu halten. Damit bin ich bei der Ausstattung der Polizei. Die Technikoffensive, die wir 1999 beim Regierungswechsel gestartet haben, ist absolut beispiellos und hat sich bewährt. Deshalb kann ich in aller Gelassenheit sagen: Die Hessische Landesregierung hat Hessens Polizei zur modernsten und am besten ausgestatteten Polizei in Deutschland gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Im Landeshaushalt 2007 sind über 230 Millionen € für Sachausgaben der Polizei notiert. Zum Vergleich: Das ist das Zweieinhalbfache dessen, was wir von Ihnen seinerzeit übernommen haben. – Die Ausgaben haben sich auch

bezahlt gemacht. Mit POLAS und COMVOR haben wir die modernsten Fahndungs- und Vorgangsbearbeitungssysteme in Deutschland. Bei der erkennungsdienstlichen Behandlung nehmen wir eine führende Rolle in Deutschland ein. Unsere Live-Scanner, die Fast-ID-Systeme und manches andere sind Spitze. Sie verkürzen die Bearbeitungszeit für die Beamten drastisch, und – was auch nicht gering zu schätzen ist – sie halten den Grundrechtseingriff für den Bürger so gering wie möglich.

Als besondere Erfolgsgeschichte erweist sich auch die DNA-Technik. Seit Beginn der Auswertung im Jahre 2001 konnten aufgrund hessischer Daten insgesamt fast 6.000 Treffer erzielt werden. Dadurch konnten allein in Hessen bereits 59 Morde und Totschlagsdelikte aufgeklärt, 84 Sexualstraftäter ermittelt, fast 4.000 Diebstahlsdelikte und über 340 Raub- und Erpressungsdelikte aufgeklärt werden. Hessen liegt, was die Treffermeldungen und die Aufklärung dadurch angeht, auf Platz zwei in Deutschland.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Super!)

Auch das ist etwas, worüber wir uns gemeinsam freuen können.

(Beifall bei der CDU)

Die massive Verbesserung der erkennungsdienstlichen Behandlungen und die hohe Trefferquote bei der DNA-Analyse haben auch etwas mit der Aufklärungsquote zu tun.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es!)

An diesem Beispiel kann man zeigen, dass es nicht um Zufälligkeiten geht, sondern dass eine Strategie dahintersteht. Wir wollen uns aber auf diesen Erfolgen gar nicht ausruhen, sondern wir wollen weiter in die Polizeitechnik investieren. Deshalb ist es mir eine besondere Freude, dass ich noch in diesem Monat den Grundstein für das neue DNA-Labor beim Landeskriminalamt legen kann. Hessen baut das modernste DNA-Labor in Europa – eine Leistung, auf die wir stolz sind.

(Beifall bei der CDU)

Das ist aber nicht alles. Als Baustein einer modernen Polizei erwähne ich beispielhaft die Online-Wache und die mobile Wache – beides außerordentlich gut angenommen und in anderen Ländern jetzt, worüber wir uns freuen, zum Teil nachgemacht.

Nicht vergessen werden darf bei der technischen Ausstattung auch die vollkommene Neuausstattung der Streifenwagenflotte. Meine Damen und Herren, wir haben die größte Beschaffungsaktion für Streifenwagen in Deutschland durchgeführt, die es je gegeben hat. Wir erneuern den Fuhrpark kontinuierlich. Das kostet eine Menge Geld. Ich will aber auch ausdrücklich sagen: Wenn man bedenkt, wie viel Zeit ein Polizeibeamter, eine Polizeibeamtin im Streifenwagen zubringt, dass der Streifenwagen praktisch das Hauptarbeitsgerät der Polizei ist, dann halte ich es für richtig, dass wir unseren Bediensteten auch moderne Fahrzeuge zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Technik ist wichtig, aber nicht alles. Hinter der Technik stehen Menschen. Auf diese kommt es an. Die hessische Polizei ist personell besser aufgestellt als jemals zuvor. Wir haben deutlich mehr Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen im Einsatz, als das unter Rot-Grün der Fall war. Heute stehen rund 14.000 Beamtinnen und Beamte für den polizeilichen Einsatz zur

Verfügung. Zu Ihrer Erinnerung: 1999 waren es 12.750. Das sind rund 10 % weniger. Bei dieser Rechnung ist die Erhöhung der Arbeitszeit völlig außen vor. Also zur Erinnerung: Wir haben heute 1.000 mehr, als wir damals von Ihnen übernommen haben. Das ist auch nicht das Ergebnis stellentechnischer Zufälligkeiten, sondern einer beispiellosen Ausbildungs-offensive geschuldet.

In der Spitze hat diese Landesregierung über 600 Polizeianwärter im Jahr eingestellt. Auch in diesem Jahr werden wieder über 400 Polizeibeamte zur hessischen Polizei hinzukommen. Meine Damen und Herren, damit unterscheiden wir uns wesentlich von anderen Bundesländern, die teilweise überhaupt keine neuen Beamtinnen und Beamten einstellen.

Was mir besonders wichtig ist: Bei der hessischen Polizei gibt es keine unbesetzten Stellen mehr. Hinter jeder Stelle steht ein Polizist oder eine Polizistin. Das war in Hessen früher nicht so. Es ist gut, dass es jetzt so ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben aber nicht nur in Quantität, wir haben auch in Qualität investiert. Hessen ist nach wie vor das einzige Land der Republik, das die zweigeteilte Laufbahn konsequent umgesetzt hat. Das heißt, unsere jungen Polizisten studieren drei Jahre an der Verwaltungsfachhochschule und steigen als Kommissarinnen und Kommissare in den Beruf ein.

Bei den Anwärtern setzen wir auf besondere Qualifizierung. So gibt es – einmalig in Deutschland; das gibt es nur bei uns – erstmals auch die Möglichkeit des Direkteinstiegs in die Kripo, damit wir die Arbeit dort noch besser erledigen können.

Hessen – und die hessische Polizeiausbildung – hat einen einmaligen Standard in Deutschland, was niemand ernsthaft bestreitet. Deshalb denke ich, auch das ist ein Grund, auf den wir gemeinsam stolz sein können.

Meine Damen und Herren, trotz aller eingesetzten Mittel und der großen Erfolge bei der Aufklärung von Straftaten bleibt es aber die vornehmste Aufgabe, die Entstehung solcher Straftaten zu verhindern. Das ist genau der Grund, warum die Kriminalprävention einen so hohen Stellenwert bei dieser Landesregierung hat. Wir können hier die Probleme an der Wurzel packen. Wir können sie frühzeitig erkennen und hoffentlich eingreifen, bevor es zu Straftaten kommt. Von zentraler Bedeutung hierbei ist das „Netzwerk gegen Gewalt“. Das haben wir bereits 2002 eingerichtet. Dieses Netzwerk wird als Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe unter Bündelung aller gesellschaftlichen Gruppen verstanden. Das reicht von der Schule bis zum Sportverein, um dem Phänomen Gewalt noch wirkungsvoller entgegenzutreten.

Aus der Fülle der Dinge will ich drei kurze Beispiele nennen. Das eine ist das Projekt „Prävention im Team“. Kennzeichnend dafür sind das Anti-Gewalt-Trainingsprogramm mit Schülerinnen und Schülern sowie die Teambildung mit allen im schulischen Umfeld, also den Lehrkräften, den Eltern, den Jugendämtern und der Polizei. Das Projekt hat sich bewährt. Wir wollen das im nächsten Schuljahr in ganz Hessen anbieten.

Weit über Hessens Grenzen hinaus gibt es die Projekte „Gewalt – Sehen – Helfen“ oder „SMOG“. Letzteres wurde gerade vom Bundespräsidenten als besonders vorbildlich ausgezeichnet.

Meine Damen und Herren, mit dieser Struktur greifen wir aktuelle Entwicklungen auf und entwerfen entsprechende Handlungsanleitungen. Derzeit fokussieren wir uns dort auf Aktivitäten in Richtung einiger Stichworte, die Sie vielleicht kennen. Jugendliche kennen sie alle: Happy Slapping, Snuffvideos, Killerspiele. – In diesem Zusammenhang eine Bemerkung. Meine Ansicht dazu ist klar. Killerspiele braucht eigentlich keiner, am wenigsten Kinder und Jugendliche. Ich hätte auch nichts dagegen, Killerspiele zu verbieten. Nach meiner festen Überzeugung würde das keinem Jugendlichen schaden. Aber es geht nicht nur darum, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu setzen. Wichtiger ist, dass wir die Medienkompetenz der Eltern stärken, und – das sage ich in vollem Ernst – wir müssen darauf hinarbeiten, dass Eltern wissen, was ihre Kinder am PC treiben. Wir müssen Eltern befähigen, dass sie erkennen und verstehen, was sich ihre Kinder auf das Handy laden. Sie müssen auch darauf achten, was sie mit ihren Freunden austauschen. Wir können den Eltern die Verantwortung nicht abnehmen. Aber den Eltern dabei helfen, wie sie diese Dinge erkennen können, das begreifen wir als einen Teil der Gewaltprävention. Deshalb werden wir uns auf diesem Gebiet sehr intensiv anstrengen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Prävention bedeutet auch die Verhinderung von Tatgelegenheiten. Genau hier gehört hinein, was wir auch schon des Öfteren diskutiert haben: unsere Programme „Raus aus der Wache, ran an den Täter“ und „Schutzmann vor Ort“. Dies alles sind Instrumente und strategische Grundentscheidungen, die sämtlich zum Ziel haben, intensiver mit dem Bürger in Kontakt zu kommen, ihn direkt anzusprechen, Informationen zu erhalten, das Sicherheitsgefühl zu stärken und Tatgelegenheiten zu verhindern.

Meine Damen und Herren, das sind alles Dinge, die es früher nicht gegeben hat. Wenn wir darüber sprechen, insbesondere über die Prävention, dann kommen wir zwangsläufig zur Erfolgsgeschichte des freiwilligen Polizeidienstes. Wir haben diesen im Jahre 2000 eingeführt. Heute gibt es ihn in knapp 100 Städten und Gemeinden mit rund 700 Helfern. Das sind 700 Menschen, die den Bürgern für ihre Fragen und Sorgen in puncto Sicherheit zur Verfügung stehen und als Bindeglied zur Polizei das Sicherheitsgefühl der Bürger stärken.

(Beifall bei der CDU)

Ich frage Sie allen Ernstes: Was kann man dagegen haben? – Die freiwillige Polizei ist bürgernah, die Helferinnen und Helfer sind keine Rambos in Uniformen, sondern Nachbarn in Uniform, die sich ehrenamtlich um das Wohl und die Sicherheit ihrer Mitmenschen kümmern. Sie werden von den Bürgern mit Freundlichkeit und großem Interesse aufgenommen, und deshalb ist der freiwillige Polizeidienst ein Erfolgsmodell und wird weiter ausgebaut.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das strategische Ineinandergreifen von Repression und Prävention macht Hessen, mit einer Vielfalt von Einzelelementen, die nicht zufällig sind, sondern eingebunden in eine Sicherheitsarchitektur, so sicher wie noch nie. Das ist ein Umstand, der eigentlich alle freuen müsste – sogar die Opposition. Nun habe ich aber festgestellt: Sie können sich offensichtlich nicht freuen. Sie nehmen weder Fakten, Erklärungen noch Sonstiges zur Kenntnis, sondern bleiben in den gesicher-

ten Schützengräben Ihrer Ideologie und auch teilweise Ihrer Ignoranz.

(Beifall bei der CDU – Günter Rudolph (SPD): Nicht so bescheiden!)

Herr Kollege Rudolph, ich finde es jedes Jahr bemerkenswert – deshalb trage ich das noch einmal vor, Sie kennen meine Rede, ich habe sie Ihnen gestern zugeschickt –, was gerade die SPD immer dann schreibt, wenn wir die Kriminalstatistik vorlegen. Ist die Kriminalstatistik positiv – das kann man schon seit Jahren verfolgen, ich könnte es Ihnen vorlesen, aber das lasse ich aus Zeitgründen –, dann lautet es immer: Das ist ausschließlich das Ergebnis der grandiosen Arbeit der Polizei, mit dem Minister hat es jedenfalls nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU und demonstrativer Beifall des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Frömmrich, Sie sind intellektuell auf dem gleichen Niveau.

(Günter Rudolph (SPD): Aber diesen Mechanismus kennen wir doch!)

Ist die Statistik aber negativ, dann schreibt die SPD, das habe überhaupt nichts mit der Polizei zu tun, das sei allein die Sache des Ministers.

(Axel Wintermeyer (CDU): So sind unsere Genossen!)

Wir können das Spielchen weitertreiben; es geht mir aber um etwas anderes. Der Regierungssprecher dieser Regierung ist in Deutschland einmalig, da haben Sie vollkommen Recht. Er ist auch gut.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, jetzt aber zurück zur Sache. Wenn wir Sie ernst nehmen sollen, und das wollen wir, dann müssen Sie sich irgendwann einmal entscheiden und sagen, was denn eigentlich gilt. Denn entweder können der Minister und die Regierung etwas dafür oder nicht. Dieses Pingpongspiel führt jedenfalls nicht zu ernsthaften Betrachtungen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist sehr schade, denn innere Sicherheit ist etwas, was alle angeht. Deshalb wäre ich dankbar, wenn sich die Opposition in diese Debatte inhaltlich einbrächte. Ich muss aber wirklich einmal sagen: Ich kenne seit acht Jahren keinen einzigen strategischen Vorschlag der Sozialdemokratie. Ich kenne nur jede Menge Polemik und eine Menge Geschichtsklitterung, aber ich kenne keinen einzigen Vorschlag. Das ist schade.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich sage dies, weil Sie mich so herausgefordert haben. Das schönste Beispiel hierfür war die Presseerklärung zur Vorlage der Kriminalitätsstatistik 2006. Denn da erklärt die SPD tatsächlich, wir seien nun dort angekommen, wo die SPD schon 1999 gewesen sei. Da muss man sich fragen, was man mehr bewundern soll: die Unkenntnis, die Frechheit oder das kurze Gedächtnis.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Das kann so nicht unwidersprochen bleiben. Auch wenn Sie es nicht hören wollen, sage ich Ihnen ein paar Stichworte.

Meine Damen und Herren, zur Ausstattung der hessischen Polizei von 1999 bis heute lässt sich sagen: Zwischen 1999 und heute liegen Welten, und das kann niemand ernsthaft bestreiten.

(Beifall bei der CDU)

Die technische Ausstattung der hessischen Polizei war weitgehend museumsreif.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
So ein Unfug!)

Haben Sie denn vergessen, wie das war? – Die meisten Beamten haben auf Adler-Schreibmaschinen geschrieben. Im Jahre 1999 gab es zwar auch schon Windows-PCs, doch bloß nicht bei der hessischen Polizei. Sie hatten so gut wie keine Dienst-PCs zur Verfügung gestellt. Der Unterschied zu heute besteht darin: Heute haben wir an jedem Arbeitsplatz die modernste Computerausstattung, die es in Deutschland gibt; und wir werden allein in diesem und in dem nächsten Jahr 10.500 Bildschirme, 11.000 PCs, 9.200 Drucker und 1.000 Laptops ausliefern, um dieses moderne Arbeitsplatzumfeld zu halten.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gleich kommt der Vorwurf, dass wir 1980 noch keinen Internetanschluss gehabt hätten!)

– Herr Al-Wazir, passen Sie auf. Sie waren damals Mitglied einer Koalition, und damals war die IT-Ausstattung – Stichwort: HEPOLAS – eine Ihrer größten Leistungen. Ich weiß, das wollen Sie nicht hören. Sie haben neun Jahre und 140 Millionen DM verbraten, und es ist nicht einmal ein Probeexemplar gelaufen. Wir haben in einem Jahr das modernste Fahndungssystem Deutschlands geschaffen. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wollen Sie allen Ernstes bestreiten, dass der Fuhrpark der hessischen Polizei hoffnungslos überaltert war? – Heute ist er in Deutschland der modernste, das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe erwähnt, dass es zu Ihrer Zeit über 1.000 Polizeibeamte weniger gegeben hat. Aber das ist nicht alles. Sie haben seinerzeit – unter der Verantwortung von Herrn Al-Wazir als Fachsprecher – die Ausbildungskapazität der hessischen Polizei drastisch zurückgefahren. Das hatte dazu geführt, dass Sie keine Anwärter mehr hatten und auf dem Papier Stellen, für die Sie keine Leute mehr hatten. Wir haben eine einmalige Ausbildungsinitiative bekommen.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, wir haben auch – –

(Unruhe)

– Herr Präsident, das macht nichts, ich kann lauter schreien. – Wir haben auch die Bezahlung der Polizeibeamten wesentlich verbessert. Darauf will ich hinweisen, weil das nicht allseits bekannt ist. Hören Sie jetzt gut zu. 1999 gehörten in Hessen noch fast 50 % der Polizeibeamtenstellen dem mittleren Dienst an. Heute sind alle im gehobenen Dienst.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben von 1999 bis 2006 – jetzt hören Sie gut zu – 5.626 Polizistinnen und Polizisten des mittleren Dienstes zu Kommissaren und Oberkommissaren befördert. Das war eine gewaltige Anstrengung. Das kostet im Jahr 34 Millionen € mehr. Das entspricht etwa den Personalkosten für 1.100 weitere Polizeibeamte, die wir – mit gleichem Geld – ohne die zweigeteilte Laufbahn zusätzlich haben könnten. Es war unsere gemeinsame Entscheidung, dass wir die zweigeteilte Laufbahn eingeführt haben, und wir haben sie vollendet. Diese Entscheidung war so gefällt, dass nach wie vor richtig ist, was der frühere Landesvorsitzende der GdP einmal wie folgt formuliert hat – das stammt nicht von der Landesregierung, aber ich habe es gerne übernommen –: „Die hessische Polizei ist die bestausgebildete, die bestausgerüstete und die bestbezahlte Polizei in Deutschland.“ Ich sage Ihnen: Das macht uns stolz, und es zeigt die hohe Wertschätzung der Landesregierung für die Arbeit der Polizei und jeden einzelnen Polizeibeamten und jede einzelne Polizeibeamtin.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang möchte ich eine kurze Bemerkung zu dem Antrag der SPD machen. Die GdP hat mich in einem offenen Brief kritisiert, und ich habe in einem offenen Brief meine Bewertungen hinzugefügt. Wir haben uns verständigt. Ich habe ein Gesprächsangebot gemacht, und die GdP hat dies angenommen. Wenn es klappt, dann werden wir uns in der nächsten Woche aussprechen. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich, und ich habe deutlich gemacht, dass mir nichts ferner liegt, als Polizeibeamte zu beleidigen. Ich denke, damit ist diese Angelegenheit für mich erledigt.

Meine Damen und Herren, ich mache zum Abschluss noch einige wenige Bemerkungen. Hessen ist so sicher wie noch nie. Darauf sind wir stolz, aber darauf können wir uns nicht ausruhen. Wir wollen und müssen noch besser werden. Der Kampf gegen den islamistischen Terrorismus wird uns noch viele Jahre fordern. Es ist die größte sicherheitspolitische Herausforderung der Gegenwart, und die Früherkennung dessen, was dort geschieht, ist die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Gefahrenabwehr. Die deutlich verbesserte Ausstattung des Verfassungsschutzes, verbunden mit der Einrichtung der Koordinierungsstelle zur Früherkennung der Bekämpfung islamistischer Strukturen, sowohl beim Landeskriminalamt als auch bei allen hessischen Polizeidienststellen, dient diesem Zweck. Diesem Zweck dient auch das von mir neu eingeführte Analyse- und Informationszentrum für politisch motivierte Kriminalität in Hessen.

Meine Damen und Herren, wenn wir einen Blick nach vorne werfen, dann stellen wir fest: Der islamistische Terrorismus nutzt – wie auch viele andere Straftäter – die neuen Medien besonders intensiv. Das Internet spielt hier eine außergewöhnlich große Rolle, und es ist sehr schwer, hier eine effiziente Verbrechensbekämpfung durchzuführen. Wir müssen heute feststellen, dass sich das Internet für verschiedenste Kriminalitätsbereiche zu dem zentralen Werkzeug entwickelt hat. Das reicht von der massiven Zunahme der Betrugsdelikte, die mit einer Maßnahme häufig Hunderte von Geschädigten zur Folge haben, über Kinderpornografie, Straftaten von Extremisten wie der NPD bis hin zu Gewaltvideos. Wir haben, um diese Entwicklung noch intensiver zu bekämpfen, in allen Polizeipräsidien entsprechende Bekämpfungseinheiten aufgebaut, und wir bauen zurzeit beim Landeskriminalamt eine Spezialeinheit auf, um im Netz noch intensiver virtuelle Streifen vornehmen zu können, weil uns diese Entwicklung in besonderer Weise Sorgen bereiten muss.

Auch wenn wir in der Kriminalitätsstatistik 2006 zum ersten Mal seit vielen Jahren keinen Anstieg der Zahl der Körperverletzungsdelikte haben – das will ich nicht verschweigen –, haben wir immer noch einen aus meiner Sicht besorgniserregend hohen Grad der Gewaltneigung. Deshalb bleibt es eine Daueraufgabe für uns, diese Gewaltkriminalität zu bekämpfen, und das gilt insbesondere auch bei Jugendlichen.

Meine Damen und Herren, Sicherheit ist ein zentrales Bedürfnis aller Menschen. Freiheit ist die zentrale Botschaft unseres Grundgesetzes. Sicherheit und Freiheit sind keine Gegensätze. Sie bedingen einander, sie sind zwei Seiten einer Medaille. In besonderer Weise hat das in einem Sondervotum zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. April des vergangenen Jahres Frau Richterin am Bundesverfassungsgericht Haas formuliert. Ich zitiere:

Sicherheit ist die Grundlage, auf der Freiheit sich erst vollends entfalten kann. Deshalb sind alle die Sicherheit gewährleistenden Maßnahmen gleichzeitig auch als Maßnahmen zu begreifen, die Freiheitseinfaltung gewährleisten und fördern.

Genau das ist auch das Grundverständnis dieser Landesregierung, wenn es um die innere Sicherheit in Hessen geht. Wir haben erfolgreich gearbeitet, und wir wollen diese außerordentlich erfolgreiche Arbeit mit Ihrer Hilfe weiterführen. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ganz hervorragend!)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das war die Regierungserklärung. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abg. Rudolph für die Fraktion der SPD.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Schlimmste ist, die Regierungserklärung könnte ich im Schlaf schreiben! – Gegenruf des Ministers Volker Bouffier: Die war gut!)

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der ihm eigenen Bescheidenheit hat der hessische Innenminister, wie alljährlich, versucht, eine Erfolgsgeschichte darzustellen. Herr Innenminister, ich war schon Schlimmeres von Ihnen gewohnt, muss ich an der Stelle deutlich sagen.

Zunächst zu den Fakten. In der Tat, die Kriminalitätsentwicklung in Hessen, die Anzahl der Straffälle ist im Jahr 2003 um 3,3 % zurückgegangen. Das ist zum zweiten Mal in Folge ein Rückgang. Wie jeder Rückgang der Kriminalität ist das ein erfreuliches Ergebnis für die Bürgerinnen und Bürger und eigentlich eine gute Nachricht.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig! – Axel Wintermeyer (CDU): Es ist eine gute Nachricht, lassen Sie das „eigentlich“ weg!)

Aber wenn man Herrn Bouffier kennt, muss man wissen: Bei Herrn Bouffier folgt noch etwas anderes. Es ist nämlich nur die halbe Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Bouffier, da wir intellektuell redlich miteinander umgehen wollen – –

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Intellektuell?)

– Herr Wagner, ich habe Herrn Bouffier angesprochen, nicht Sie.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich bleibe bei meinem Fachthema, das beherrsche ich ganz gut. – Herr Bouffier, Sie leiden an der Stelle unter einem Kurzzeitgedächtnis. Wie waren denn die Zahlen? 2002 Anstieg der Kriminalität um 5,4 %, 2003 Anstieg um 5,4 %, 2004 Anstieg um 1,7 % – von wegen Erfolgsgeschichte. Herr Innenminister, das waren in drei Jahren 12,5 % Anstieg der Kriminalität. Das ist wahrlich keine Erfolgsgeschichte, um das sehr deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist die Bemerkung in unserer Pressemitteilung völlig korrekt. Was die Anzahl der Kriminalitätsfälle angeht, sind Sie heute im Jahr 1999 gelandet, für das Gerhard Bökel damals Verantwortung getragen hat. Herr Innenminister, das gehört zur Redlichkeit, darauf bezog sich die Pressemitteilung. Im Jahr 1999 gab es 427.805 Kriminalitätsfälle, und im Jahr 2006 sind es 427.238. Also hält dieser Vergleich völlig stand. Sie sind im Jahr 1999 angekommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2005 hat Hessen im Länderranking den neunten Platz belegt – von wegen Spitzenplatz, eher irgendwo im Mittelfeld.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach dem Motto: Wo wir sind, ist vorn!)

Meine Damen und Herren, wem ist es zu verdanken, dass es zu einem für die Bevölkerung wichtigen und richtigen Rückgang der Kriminalität gekommen ist? Das steht doch außer Frage. Zunächst einmal, weil ich nicht den Eindruck habe, dass das für alle in diesem Hause selbstverständlich ist, wenn ich mir die eine oder andere öffentliche Erklärung der letzten Tage anschau: Das Hauptverdienst gehört den Polizeibeamtinnen und -beamten, denen wir zu Recht für ihr besonderes Engagement für die hessischen Bürgerinnen und Bürger danken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Landesverwaltung, für die Sie, Herr Bouffier, der oberste Dienstherr sind, leisten eine enorme Arbeit, eine gute Arbeit, obwohl die Rahmenbedingungen, die Sie durch Ihre politischen Weichenstellungen festlegen, alles andere als einfach sind.

Der Rückgang der Kriminalitätsentwicklung ist kein hessisches Phänomen. Gelegentlich hat man den Eindruck, alles in Hessen sei toll, und Sie seien einzigartig.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Es ist einfach so, Herr Kollege!)

Das mögen Sie sich einbilden; gelegentlich kommt man dazu. Frau Kollegin Zeimetz-Lorz, es ist ein Trend aus den meisten anderen Bundesländern. Er hängt z. B. wesentlich

mit dem Rückgang bei den Diebstählen zusammen. Daraus folgt auch eine Steigerung der Aufklärungsquote bei aufklärungsschwachen Delikten. In Bayern haben wir eine Aufklärungsrate von 64,9 %, in Rheinland-Pfalz von 62,6 %.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Da kommen wir auch noch hin! – Minister Volker Bouffier: Da wollen wir hin!)

– Da wollen Sie hin, das ist auch gut. Sie sind aber noch nicht da, und es ist nicht die Selbstverständlichkeit, als die Sie es darstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen das alles einmal ins rechte Licht stellen, damit nicht der Eindruck entsteht, dieser hessische Innenminister halte sich in völliger Verblendung für einzigartig. Das mag er aus seiner Sicht sein, er ist es aber nicht in der Realität.

Meine Damen und Herren, die Fälle häuslicher Gewalt sind durch die Änderung des HSOG beeinflusst, die in diesem Haus relativ unstrittig war. Es ist auch notwendig, dass häusliche Gewalt jetzt angezeigt und geahndet wird.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Das hat es früher nicht gegeben!)

Das war früher nicht möglich. Da hat sich auch gesellschaftlich etwas geändert, das ist gut so. Da werden die Täter gleich mitgeliefert.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Aber das hebt die Häufigkeit, Herr Kollege!)

Der Rückgang bei den Delikten rund ums Auto hängt z. B. mit der technischen Fortentwicklung zusammen, Wegfahrsperren und Ähnliches, alles Dinge, die gut und völlig unstrittig sind. Auch das hat etwas mit der Kriminalitätsentwicklung in diesem Land zu tun.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gleiche gilt für das Erschleichen von Sozialleistungen und Abrechnungsbetrug. Da bekommen Sie in aller Regel den Täter mitgeliefert. Auch das führt zum Anstieg der Aufklärungsquote.

(Minister Volker Bouffier: Das gab es doch früher auch alles!)

Das sagt nicht, dass das nicht in Ordnung ist. Aber es gehört zur Redlichkeit dazu.

Herr Innenminister, ein ernsteres Thema ist die Entwicklung der Gewaltkriminalität. Ja, in den letzten Jahren gab es einen starken Anstieg bei Gewaltdelikten gegen Menschen. Das ist in der Tat auch ein gesellschaftliches Problem. Sie haben das Beispiel mit Killerspielen und anderem angesprochen. Möglicherweise trägt das insgesamt zu einem aggressiveren Umfeld bei. Deswegen müssen wir gemeinsam schauen, wie wir als Staat und Gesellschaft dazu beitragen können – das kann nicht allein der Staat leisten, das ist auch eine Aufgabe der Eltern und der Schule –, dass die Gewalttätigkeit bei jungen Menschen nicht zunimmt. Das ist eine Erfahrung, die wir beispielsweise auch in den neuen Bundesländern machen, wenn ich mir Bereiche in Leipzig rund um den Fußball anschau. Das ist eine bedenkliche Entwicklung, und hierauf müssen wir mit vernünftigen Rezepten reagieren, auch im Rahmen der Prävention.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Innenminister, Sorge muss uns auch die organisierte Kriminalität bereiten. Sie haben dazu nichts ausgeführt, wenn ich das richtig mitbekommen habe. Hier ist eine deutliche Tendenz zu einer erheblichen qualitativen Steigerung zu erkennen.

Aber auch die Bereiche der Internetkriminalität und der Kinderpornografie nehmen ständig zu und stellen eine immer größere Bedrohung dar. Gerade im Bereich der Internetkriminalität müssen wir immer deutlicher feststellen, dass immer mehr Kriminelle heimlich Computersysteme ausforschen und missbrauchen. Hier entsteht ein wirtschaftlicher Millionenschaden. Was sagt die Landesregierung, was sagen Sie, Herr Innenminister, in den letzten Jahren bei der Vorstellung der Kriminalitätsstatistik dazu? Sie sagen, das sei alles mehr als berechtigt, man müsse sich Gedanken machen, und Sie würden mit Sorge die Zunahme dieser Delikte sehen. Ja, das ist in Ordnung. Die Aufklärungsquote in dem Bereich liegt unter dem Durchschnitt. Herr Innenminister, Sie haben in den letzten Jahren weitere Anstrengungen versäumt. Jetzt erst fangen Sie an, beim Landeskriminalamt entsprechende personelle Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Guten Tag, dass Sie in der Realität angekommen sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Siebel (SPD): Entwicklung verschlafen!)

Lassen Sie mich etwas zu dem Bereich des Extremismus sagen. Die Bedrohungen durch den islamistischen Terrorismus müssen ernst genommen, und es muss entschieden dagegen vorgegangen werden. Sie haben das auch zu einem Schwerpunkt der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz gemacht.

Aber es gibt auch andere Gefahren für unsere Demokratie. Wir dürfen die Gefahren, die durch den Rechtsextremismus entstehen, nicht unterschätzen. Hier müssen wir in Hessen noch größere Anstrengungen unternehmen. Angesichts der vom Rechtsextremismus ausgehenden Bedrohung und der Gefahr einer sich zunehmend herausbildenden rechtsextremen Jugendszene bleiben staatlich unterstützte Projekte zur Bekämpfung solcher Tendenzen eine Daueraufgabe. Meine Damen und Herren, in diesem Feld verändert sich etwas. Die dumpfen Skinheads mag es noch geben. Aber es gibt auch die Rechtsextremen, die heute mit Anzug und Schlips auftreten und versuchen, insbesondere junge Menschen zu verführen. Dagegen müssen wir geschlossen vorgehen. Es war falsch, dass Sie unseren Haushaltsantrag, 250.000 € für ein Sonderprogramm in diesem Bereich zur Verfügung zu stellen, abgelehnt haben. Es war falsch.

(Beifall bei der SPD – Michael Siebel (SPD): Ein Skandal!)

Die Große Koalition hat 4 Millionen € zusätzlich für solche Projekte auf Bundesebene zur Verfügung gestellt,

(Andrea Ypsilanti (SPD): Auf Antrag der SPD!)

auch für die kommunale Ebene, auf Antrag der SPD-Bundestagsfraktion. Das ist der richtige Ansatz.

Ich will auch sagen, was uns gemeinsam Sorgen machen muss. Da veranstaltet beispielsweise der Kreisschülerrat im Schwalm-Eder-Kreis einen Workshop zu Rechtsextremismus. Als Ergebnis werden Mitglieder dieses Kreisschülerrates im Internet von Rechtsextremen abgebildet

und beschimpft. Dagegen müssen wir mit allen Mitteln des Rechtsstaates vorgehen. Es kann nicht sein, dass diejenigen, die sich für die Verteidigung der Demokratie einsetzen, von solchen rechtsextremen Elementen angegriffen werden. Das ist unerträglich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den wichtigsten Beitrag zur Bekämpfung der Kriminalität aber leisten unsere hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten. Sie leisten einen hervorragenden Dienst bei schweren Rahmenbedingungen. Wie ist die Personalsituation bei Hessens Polizei? Sie sagen, Sie hätten mehr Polizei; wir sagen, wir haben weniger Polizei. Unterstützt wird das durch Aussagen und Belege der Gewerkschaft der Polizei. Das ist übrigens für Sie eine ganz schlimme Organisation, aber darauf kommen wir noch zurück. 1.000 Stellen weniger bei der hessischen Polizei: Sie haben 250 Stellen bei der Wachpolizei von Stellen der Vollzugspolizei umgewandelt, Sie haben 460 Stellen im Angestelltenbereich umgewandelt, und hinzu kommt ein erheblicher Stellenabbau bei den Tarifbeschäftigten.

Meine Damen und Herren, im Kern bedeutet das, dass es unter Ihrer Verantwortung bei der hessischen Polizei weniger qualifizierte Beamtinnen und Beamte und weniger Tarifangestellte gibt. Das ist das falsche Signal auf die Herausforderung, die Kriminalität zu bekämpfen.

(Beifall bei der CDU – Michael Boddenberg (CDU): Sie haben doch die Polizei für ihre Erfolge gelobt! Das passt vorne und hinten nicht zusammen, was Sie da erzählt haben!)

– Dazu kommen wir gleich. – Die Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden – Sie rechnen das in Stellen um; das ist eine Folge, die Sie groß ankündigen – bedeutet eine erhebliche Mehrbelastung für die Menschen, die im Schichtdienst arbeiten.

(Michael Boddenberg (CDU): Arbeitet die Polizei jetzt erfolgreich oder nicht?)

Dabei haben Sie vor der letzten Landtagswahl gesagt, es gebe keine Sonderopfer für Beamte. Das war ein glatter Wortbruch gegenüber den hessischen Beamtinnen und Beamten.

(Petra Fuhrmann (SPD): Und familienfeindlich!)

– Familienfeindlich auch noch. Sehr richtig, Frau Kollegin Fuhrmann. – Die Arbeitsverdichtung, der Hessens Polizeibeamte in ihren Dienststellen ausgesetzt sind, nimmt immer mehr zu. Neue Herausforderungen der Kriminalitätsbekämpfung sowie Aufmärsche von linken und rechten Gruppierungen erfordern von Hessens Polizeibeamten immer mehr Einsätze. Auch unsinnige Kürzungen im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ sind falsche soziale und gesellschaftspolitische Weichenstellungen. Mittelkürzungen für präventive Maßnahmen sind kontraproduktiv. Die Polizei ist teilweise zu einem Reparaturbetrieb geworden, wenn es um die Folgen dieser falschen politischen Weichenstellungen geht. Das ist das falsche Signal.

(Beifall bei der SPD)

Die Einstellungsquote, die Sie festgelegt haben, um den Personalkörper bei der Polizei zu halten, reicht nicht aus. Sie haben in den letzten Jahren für Polizeianwärter 250 neue Stellen zur Verfügung gestellt. Es scheiden aber 300 aus. Im Jahr 2007 werden erstmals 400 Stellen zur Verfügung gestellt, also 150 mehr. Das hat vielleicht etwas mit

dem Wahlkampf im Jahr 2008 zu tun. Wirksam wird diese Maßnahme im Jahr 2010.

(Michael Siebel (SPD): So wird es aussehen!)

Das ist so geschehen, obwohl dieser Innenminister 2001 versprochen hat, es werde 850 neue Polizeianwärter geben. Das ist ein erneuter Bruch von Wahlversprechen – um es an der Stelle sehr deutlich zu sagen. Wie sieht es in Wirklichkeit für Hessens Polizeibeamte aus?

(Michael Boddenberg (CDU): Warum ist die Polizei so erfolgreich, Herr Rudolph?)

– Weil es ein ungeheures Engagement dieser Menschen gibt. Sie setzen sich für die demokratische Gesellschaft in Hessen ein. Das ist der ungeheure Einsatz von Hessens Polizeibeamtinnen und -beamten.

(Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Trotz dieser Regierung! Das will etwas heißen!)

Hinzu kommen viele Sondereinsätze. Wir haben das im letzten Jahr z. B. bei der Fußballweltmeisterschaft und beim Papstbesuch erlebt. Jetzt steht der G-8-Gipfel an. Wenn die Verteidigungsminister in Wiesbaden tagen, bedeutet das für Hessens Polizeibeamte Sondereinsätze und viele Überstunden. Die Arbeit in den Dienststellen wird dadurch nicht einfacher. Die Präsenz vor Ort wird nicht erhöht, wenn die Polizeibeamten zwar 42 Stunden arbeiten, aber ständig neue Aktionen aufgebrummt bekommen. Herr Innenminister, deswegen sage ich Ihnen: Im Gegensatz zu dem, was Sie behaupten, steht eben nicht mehr Polizei zur Verfügung.

Bleiben wir bei dem Beispiel Viernheim, also bei der Zusammenlegung. Abends und am Wochenende ist die Polizeidienststelle in Viernheim nicht mehr besetzt.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Nun gab es vor ein paar Tagen ein durch den Hessischen Rundfunk veranstaltetes Bürgergespräch. Sie – auch der Herr Minister in der Ihnen allen bekanntesten Bescheidenheit – haben das ganz wunderbar dargestellt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich empfehle Ihnen, auf die Onlineseite des HR zu gehen und sich die Beiträge anzuschauen. Dort sind Beispiele dafür aufgeführt, dass es sehr lange dauert – 20 bis 25 Minuten –, bis eine Polizeistreife da ist. In bestimmten Fällen kam sogar überhaupt kein Polizeiwagen. Das ist eben die Konsequenz, wenn nicht genügend Personal zur Verfügung steht. Damit dünnen Sie die Präsenz der Polizei in der Fläche aus. Das ist die Konsequenz. Wir haben Ihnen das immer gesagt. Die Situation in Viernheim ist ein Beispiel dafür.

(Beifall bei der SPD)

Die entscheidende Frage ist, wie viel Personal wir zur Erfüllung dieser Aufgaben brauchen. Jedenfalls brauchen wir mehr Personal, als diese Landesregierung zur Verfügung stellt. Wir haben bei den letzten Haushaltsberatungen mehr Personal gefordert und werden das auch weiterhin tun. Wir sind der Auffassung, dass 500 neue Stellen für Polizeianwärter dringend notwendig sind – und zwar jetzt.

Aber wie geht der oberste Dienstherr mit dem vorhandenen Personal um, mit der wichtigsten Ressource der Polizei bei der Verbrechensbekämpfung? Am 13. Februar 2007 fand ein traditioneller Empfang der Hessischen Landesregierung statt. Sie wollten sich dort für Ihre Wohltaten feiern lassen. Das machen Sie mit der Ausrichtung von

diversen Empfängen und der Überreichung von allerlei Präsenten ganz gut. Darin sind Sie besser als jede andere Regierung zuvor.

Nun erlaubte sich aber die Gewerkschaft der Polizei, just an diesem Tag in Baunatal zu demonstrieren. Der Landespolizeipräsident schreibt – wie immer in vorauseilendem Gehorsam –, er befürchte, demonstrierende Polizeibeamte könnten diese Feierstunde stören. Er wolle sich nicht zu dem immerhin im Grundgesetz verankerten Demonstrationsrecht äußern. Auch wolle er die gewerkschaftliche Arbeit nicht irgendwie in Misskredit bringen. Aber das Ansehen der Polizei könne durch diese Demonstration Schaden nehmen. – Meine Damen und Herren, ich frage mich, eigentlich uns alle: Was für ein Weltbild hat ein solcher Landespolizeipräsident? Welches Bild hat er von den Mitgliedern einer Gewerkschaft?

(Beifall bei der SPD)

Die Mitglieder der Gewerkschaft nehmen schlicht und ergreifend ihr Recht auf Versammlungsfreiheit in Anspruch. Das ist übrigens im Grundgesetz verankert. Man versucht, Polizeibeamte ins Abseits zu stellen.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Nun kann ich das verstehen. Dieser Innenminister lobt sich schließlich. Aber nun wagen es Polizeibeamte, darauf hinzuweisen, dass vielleicht nicht alles so rosarot ist, wie er es darstellt. Man hat den Eindruck, das sei eine Majestätsbeleidigung. Nein, Herr Innenminister Bouffier, zum Wesen einer Demokratie gehört es gerade, dass man Kritik erträgt und auch ertragen muss.

(Beifall bei der SPD)

Dass das nicht immer angenehm ist, hat Kollege Gerhard Bökel erfahren. Er hat nämlich eine Menge für die Polizei getan. Wenn sich dann Polizeibeamte – übrigens in einer anderen Art und Weise – damit auseinandergesetzt haben, mag das geschmerzt haben. Aber in einer Demokratie muss man Polizeibeamte ertragen – mündige Staatsbürger in Uniform –, die zu Recht Kritik äußern.

(Norbert Schmitt (SPD): Das kann man wohl sagen!)

Jetzt kommt der Gipfel der Unverschämtheit. Eben dieser Innenminister, wahrscheinlich leicht verärgert über die demonstrierenden Polizeibeamten, hat abends in der „Hessenschau“ gesagt – Zitat –: Das, was Sie hier sehen, ist doch nicht die hessische Polizei. Das sind ein paar Krawallmacher, die für Gewerkschaftsforderungen eintreten. – Meine Damen und Herren, dieser ungeheuerliche Vorgang hat sich vor wenigen Tagen in Baunatal abgespielt.

(Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Unglaublich!)

Wer die eigenen Beschäftigten als „Krawallmacher“ tituliert, nur weil sie ihrem Unmut über zu lange Arbeitszeiten, Gehaltskürzungen und eine schlechte Personalausstattung Luft machen, hat ein wahrhaft merkwürdiges Politikverständnis und ein wahrhaft merkwürdiges Menschenbild. Herr Innenminister Bouffier, Sie sollten dringend an der Überarbeitung eines solchen Weltbildes arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Offensichtlich haben Sie noch das hehre Bild des Polizeibeamten im Kopf, der alles brav abnickt, was ihm diese Regierung verordnet. Dabei nehmen diese Polizeibeamten einfach nur Rechte in Anspruch, die in dieser Demo-

kratie selbstverständlich sind. Sie sagen: Wir sind mit dem einen oder anderen nicht einverstanden. – Darüber mokiert sich der Innenminister dieses Landes.

Nun hat sich der Vorsitzende der GdP, Herr Bruchmüller, in einem offenen Brief an Sie gewandt und deutlich gemacht, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen in der Polizei – auch die in der GdP organisierten – durch Ihre Äußerungen zutiefst beleidigt fühlen. Dazu sage ich: Recht hat der Mann an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Da ich das für die Grundausrichtung Ihres Politikverständnisses im Umgang mit fast 20.000 Polizeibeschäftigten wichtig finde, möchte ich aus diesem Brief zitieren. In dem offenen Brief steht:

Es sind nämlich die gleichen Kolleginnen und Kollegen, die tagein, tagaus, an Wochenenden und rund um die Uhr für die Bürgerinnen und Bürger da sind und natürlich auch unsere Politiker beschützen. Es sind die gleichen Kolleginnen und Kollegen, die sich von Chaoten und Kriminellen beleidigen und mit Steinen bewerfen lassen.

(Norbert Schmitt (SPD): Die sich von Ministern beleidigen lassen müssen!)

Es sind die gleichen Kolleginnen und Kollegen, die Leib und Leben für den Staat einsetzen.

Herr Bruchmüller fragt dann:

Steht bei so viel Pflichterfüllung dem Polizeibeschäftigten das Grundrecht auf Meinungsäußerung und friedliche Demonstration nicht zu? Haben es unsere Kolleginnen und Kollegen verdient, von Ihnen auf diese übelste Art und Weise beschimpft zu werden?

Nein, Herr Innenminister Bouffier, das haben demonstrierende Polizeibeamte, die ihr Grundrecht auf Meinungsfreiheit in Anspruch nehmen, eben nicht verdient.

(Beifall bei der SPD)

Die Entschuldigung, die dann eigentlich fällig gewesen wäre, ist bis zum heutigen Tage nicht erfolgt. In der „FNP“ war dieser Tage in einem Kommentar so schön zu lesen, Herr Innenminister Bouffier würde sich wie ein Elefant im Porzellanladen aufführen. Gelegentlich kann man den Eindruck haben, dass dem so ist.

Meine Damen und Herren, es geht um die grundsätzliche Frage, welches Demokratieverständnis eigentlich diese Landesregierung hat. Am Wochenende gab es einen Kongress der Schulleiter, der 400.000 € Steuergeld kostete. Man hat versucht, die schlechte und falsche Schulpolitik zu erläutern. Übrigens ist dieser Versuch gründlich misslungen, wie wir aus den Rückmeldungen erfahren haben.

Streifenwagen müssen publikumswirksam übergeben werden. Erst kürzlich hat Frau Staatssekretärin Scheibelhuber 13 Streifenwagen in Kassel übergeben. Die Kolleginnen und Kollegen aus den umliegenden Polizeistationen müssen hinfahren und es über sich ergehen lassen, dass ein Pressebild gemacht wird. Während dieser Zeit können sie vor Ort nicht präsent sein.

(Norbert Schmitt (SPD): Ohne Navigationssystem, habe ich gehört!)

All diese Aktionen sind nichts anderes als Potemkinsche Dörfer. Herr Innenminister, das mag im ersten Jahr Ihrer Amtszeit noch funktioniert haben. Mittlerweile merkt

aber auch der Letzte in Hessen, was das für eine Schaukelpolitik an dieser Stelle ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie führen Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, als ob wir uns noch im letzten Jahrhundert befänden – von wegen mündiger Staatsbürger in Uniform.

Hessens Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf ausreichende Sicherheit. Die kann eben nur mit einer professionellen und gut ausgebildeten Polizei erreicht werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen wieder und wieder – das wird eine unserer ersten Amtshandlungen sein –: Wir werden den freiwilligen Polizeidienst abschaffen. Er ist keine Alternative zu den gut ausgebildeten hessischen Polizeibeamten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Innenminister, da Sie das nicht wahrnehmen: Ich nehme den freiwilligen Polizeidienst als Beispiel. Es geht um die Verlagerung einer Aufgabe auf die kommunale Ebene. Ich führe dann an, dass die Kommunen 7 € pro Stunde zahlen müssen.

(Michael Boddenberg (CDU): Die SPD-Bürgermeister machen das mit!)

– Ja, das sind 100 Kommunen, zum Teil sozialdemokratisch geführt. Wenn etwas falsch ist, wird es nicht dadurch besser, dass es auch Sozialdemokraten gelegentlich machen.

(Zurufe von der CDU)

Das ist relativ einfach. Ich diskutiere relativ offen darüber. Gehen Sie einmal zu Feuerwehrleuten und sagen Sie denen: Die mit 50 Unterrichtsstunden „gut“ ausgebildeten freiwilligen Polizeibeschäftigten verdienen 7 € pro Stunde. Sie verwenden lediglich Pfefferspray und haben keine anderen Kompetenzen als jeder normale Bürger auch. – Sie schaffen ein Ehrenamt erster und ein Ehrenamt zweiter Ordnung. Dann sagen die Feuerwehrleute, dass das ein Skandal ist. Sie haben recht an der Stelle. Herr Innenminister, kehren Sie um. Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der SPD)

Für die SPD ist die Gewährleistung der inneren Sicherheit die Voraussetzung dafür, dass der soziale Friede in unserem Land erhalten bleibt. Es ist die Aufgabe des Staates, die Allgemeinheit vor Gefahren und Straftaten zu schützen. Die Bürgerinnen und Bürger haben gegenüber dem Staat einen Anspruch auf Sicherheit. Deshalb ist das staatliche Gewaltmonopol für uns eine unabdingbare Grundlage des demokratischen Rechtsstaats. Der Gefährdung durch terroristische Aktivitäten muss auch polizeirechtlich begegnet werden.

Im Gegensatz zu Ihnen und zu der CDU wollen wir aber, dass in die Bürgerrechte nicht immer mehr Eingriffsbefugnisse integriert werden, die weder eine konkrete Gefahr voraussetzen noch sich auf einen konkret bestimm- baren Störer beziehen. Es sollten nicht immer diese Geisterdiskussionen stattfinden, zu denen es nach fast jedem Anschlag kommt.

All das muss man erst nehmen. Aber Freiheit und Sicherheit sind zwei Seiten derselben Medaille. Sie können nicht immer nur die Bürgerrechte einschränken wollen. Daher muss der Abbau von Freiheitsrechten immer wieder über-

prüft werden – auch und gerade im Polizeirecht. Dabei geht es darum, zu überprüfen, ob eine Eingriffsform geeignet, erforderlich und damit als geringstmöglicher Eingriff in die Rechte des Einzelnen verhältnismäßig war. Auch das gehört zum Wesen eines Rechtsstaats. Das muss in einer solchen Diskussion deutlich werden.

Da ist es schon erstaunlich, wie der Innenminister und die CDU beispielsweise mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgehen. Wenn eine Mehrheit des höchsten deutschen Gerichts zur Rasterfahndung feststellt, dass unser Grundgesetz verlangt, dass eine angemessene Balance zwischen Freiheit und Sicherheit herzustellen ist, dann muss das auch für den hessischen Innenminister gelten.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

– Frau Kollegin, wenn Sie meinen, über ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts lachen zu müssen, dann ist das Ihre Sache. Im Gegensatz zu Ihnen nehmen wir Urteile des höchsten deutschen Gerichts sehr ernst.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Der Innenminister beruft sich stattdessen auf ein Minderheitsvotum. Das kann man machen. Aber die bundesdeutsche Verfassungswirklichkeit sieht eben anders aus. Wir teilen die Auffassung der deutlichen Mehrheit des Bundesverfassungsgerichts, dass man auch im Polizeirecht bei der Wahl der Mittel zur Erfüllung einer Schutzpflicht des Staates auf diejenigen Mittel beschränkt ist, deren Einsatz mit der Verfassung im Einklang steht.

Herr Innenminister, Sie haben etwas zum FDP-Antrag gesagt, zur Umsetzung von Lauschangriff und Rasterfahndung, zur Überwachung von Wohnungen. Sie sehen da keinen Handlungsbedarf. – Nein, Sie sind schon aufgefordert, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen und mit hessischem Recht in Einklang zu bringen.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Das machen wir auch!)

Sie können nicht so einfach sagen, das geht Sie alles nichts an. Es ist ein sehr nonchalanter Umgang mit der Verfassung, wie Sie das tun.

(Minister Volker Bouffier: Wir haben noch nie vor dem Verfassungsgericht verloren!)

– Aber auch Sie müssen Urteile des Verfassungsgerichts akzeptieren, auch wenn es Ihnen schwerfällt, Herr Innenminister Bouffier.

Meine Damen und Herren, Sie haben von der zweigeteilten Laufbahn gesprochen. Sie haben gesagt, wir haben in Hessen die bestausgebildete Polizei. Das ist übrigens richtig. Aber damit Sie die Geschichtsklitterung, die Sie gelegentlich betreiben, nicht weiter machen können, sage ich Ihnen: Der ehemalige Bundesinnenminister Kanther hat versucht, den ehemaligen hessischen Innenminister Gerhard Bökel daran zu hindern, die zweigeteilte Laufbahn in Hessen einzuführen.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Das müsse man bundeseinheitlich machen. – Gerhard Bökel und die damalige rot-grüne Koalition in Hessen haben das aber umgesetzt. Das ist ein wichtiger Meilenstein für eine gut ausgebildete Polizei.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

Ich weiß, dass Sie mit Herrn Kanther nicht mehr so viel zu tun haben wollen. Das kann ich verstehen. Es ist für Sie etwas unangenehm an der einen oder anderen Stelle, weil da einmal etwas war.

(Minister Volker Bouffier: Reden Sie etwas zur Sache! Wir haben die Leute gefördert!)

Herr Bouffier, wer sich konsequent dafür einsetzt – was richtig sein mag –, dass jedes Schwarzfahren und jeder Ländendiebstahl verfolgt werden, der muss sich gefallen lassen, dass er darauf hingewiesen wird, dass er möglicherweise in der eigenen Partei gewisse Leute hat, die mit dem Gesetz Probleme haben, und zwar bei größeren Kriminalitätsdelikten. So war es mit Herrn Kanther, um das an dieser Stelle einmal sehr freundlich zu formulieren. Und eben diese Person wollte das verhindern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Das war das Erfolgsrezept der SPD schon vor den letzten Wahlen!)

– Herr Boddenberg, vielleicht können Sie mir irgendwann einmal erklären, wie man nicht merken kann, dass man Millionen auf dem Konto hat, wie man gar nicht nachfragt und das Geld trotzdem ausgibt. Ich bin hinter das Erfolgsgeheimnis noch nicht gekommen.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Rezept will ich auch haben!)

Die Parteien leiden unter einem Mitgliederschwund. Deswegen würde unser Generalsekretär, der Kollege Schmitt, sicherlich gerne wissen, wie man das macht: Man kriegt Geld, fragt nicht, woher es ist, und gibt es trotzdem brav aus und sagt: Ich weiß von nichts, mein Name ist Koch oder sonst wie.

Meine Damen und Herren, natürlich entwickelt sich auch im Polizeirecht vieles weiter. Der Einsatz der DNA-Technik ist völlig richtig. Es gibt den Katalog schwerer Straftaten, wo das zum Einsatz kommt. Jedes kriminelle Delikt, das aufgeklärt wird, ist im Sinne des Rechtsstaates gut. Deswegen muss auch der Opferschutz weiterentwickelt werden. Das ist völlig unstrittig. Herr Bouffier, Sie müssen das nicht so hinstellen, als wäre das eine Besonderheit der CDU. Es bleibt dabei, eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung ist und bleibt genügend Personal und vor allem ein vernünftiger Umgang mit diesem Personal. Dass Hessens Polizeibeamtinnen und -beamte und die Tarifangestellten trotz ihrer enormen Arbeitsbelastung ihren Dienst verantwortungsvoll tun, zeigt: Die Mitarbeiter nehmen ihre Aufgabe wahr.

Herr Minister, deswegen ist und bleibt es eine Unverschämtheit, dass Sie demonstrierende Polizeibeamte als Krawallmacher bezeichnet haben. Herr Innenminister, der Hessische Landtag hier und heute ist der richtige Ort, zu sagen: Ich habe mich vergaloppiert. – So etwas kommt gelegentlich vor, quer durch alle Fraktionen.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU) – Norbert Schmitt (SPD): Polizeipferd! – Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ja, Sie haben sogar schon einmal ein Polizeipferd zu Tode geritten. Auch das zu dem Thema, der heutige Innenminister habe damals als Oppositionsführer alles fein aus-

tariert. Ich kann mich an ganz andere Auseinandersetzungen erinnern.

Zum Ernst der Sache zurück: Hier und heute im Hessischen Landtag besteht die Gelegenheit, Ihren schweren Fauxpas rückgängig zu machen. Entschuldigen Sie sich bei den demonstrierenden Polizeibeamten, die nur ihr Grundrecht in Anspruch nehmen. Das wäre eine Geste, die zeigt: Innenminister Bouffier hat verstanden, dass er sich vergaloppiert hat. – Kehren Sie an der Stelle zurück.

Jeder Rückgang der Kriminalität ist gut, aber ich denke, es ist auch deutlich geworden: Viele Dinge haben mit Ihrer Politik eher wenig zu tun. Sie sind im Einklang mit vielen anderen Dingen in anderen Bundesländern. Die Lobhudeleien, die Sie sich seit Jahren permanent selbst geben, entsprechen nicht der Wahrheit in Hessen. Die Stimmung bei den hessischen Polizeibeamten und auch in der Bevölkerung ist eine andere. Deswegen werden wir das bei nächster Gelegenheit ändern. Wir werden es wieder in Einklang bringen. Der Abbau von Bürgerrechten wird mit uns so nicht weitergehen. Wir müssen nämlich wieder die Freiheit des Einzelnen in Einklang bringen mit dem Anrecht des Einzelnen auf Schutz vor Bedrohungen jeder Art. Das muss in einen vernünftigen Einklang gebracht werden.

(Minister Volker Bouffier: Was heißt das?)

Sie wollen alles das umsetzen, was technisch möglich ist. – Das heißt sehr konkret, dass man in einem Rechtsstaat immer Verhältnismäßigkeit und Zweckmäßigkeit überprüfen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Was heißt das bei der Schleierfahndung? Was heißt das bei Rasterfahndung, wo mit einem enormen technischen Aufwand viele Daten erfasst werden und das Ergebnis zum Teil minimal ist? Auch das gehört zu einer Prüfung des Rechtsstaates.

(Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

Meine Damen und Herren, trotz aller Lobhudelei, die Sie hier gebracht haben, ist Ihre Erfolgsbilanz bei Weitem nicht so gut, wie Sie meinen. Unser großer Vorteil ist: Die Menschen in Hessen haben das erkannt. Vor allem Ihre Bediensteten haben einen anderen, einen besseren Innenminister verdient. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Minister Volker Bouffier: Na ja!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Rudolph. – Als Nächster hat Herr Frömmrich für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Rudolph hat es schon in weiten Teilen gesagt: Es war schon erstaunlich, wie der hessische Innenminister hier seine Regierungserklärung zur Kriminalstatistik 2006 vorgelegt hat. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht und die Regierungserklärung von 2005 nachgelesen. Man hätte sozusagen auch die Regierungserklärung von 2005 hier vortragen können. Es war das Gleiche. Aber bei der Art und Weise, wie Sie das in der Ihnen eigenen „Bescheidenheit“ gemacht haben, Herr Bouffier, die Sie

so an den Tag legen, hat mir bei den Beifallsstürmen der CDU noch gefehlt, dass Sie am Schluss in der Aussage gipfeln, dass Sie auch noch über Wasser gehen können.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hätte mir vorstellen können, dass der eine oder der andere aus der CDU dann in noch größere Beifallsstürme ausgebrochen wäre.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Wir wollen es ja nicht übertreiben!)

Herr Innenminister, es ist sehr erstaunlich, wie Sie das hier vortragen. Ich sage aber noch einmal ausdrücklich, dass es durchaus positiv ist, dass die Kriminalitätsbelastung in Hessen um 3,3 % auf 427.238 registrierte Straftaten gesunken ist. Es ist durchaus zu begrüßen, dass die Aufklärungsquote um 0,6 Prozentpunkte auf jetzt 55,1 % gestiegen ist.

(Michael Boddenberg (CDU): Na also!)

Das ist eine durchaus positive Entwicklung, und wir begrüßen das ausdrücklich.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darüber müsste in diesem Hause Einigkeit bestehen.

(Michael Boddenberg (CDU): Ja, Herr Rudolph!)

Herr Innenminister, wir können uns über die Frage streiten – das tun wir auch trefflich; der Kollege Rudolph hat das vorhin schon in weiten Teilen gemacht –, wie man diese Zahlen bewertet und in welchen Kontext man sie stellt. Da brechen wir uns keinen Zacken aus der Krone, Ihnen zu sagen, dass wir froh sind, dass die Kriminalitätsbelastung für die Bürgerinnen und Bürger in Hessen sinkt und dass die Aufklärungsquote steigt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das verhält sich übrigens ganz im Gegensatz zu einem ehemaligen Oppositionsabgeordneten, der heute hessischer Innenminister ist. Ich habe einmal nachgeschlagen, was Sie seinerzeit im Hessischen Landtag zu dem Thema sinkende Zahlen bei der Kriminalitätsbelastung gesagt haben.

(Günter Rudolph (SPD): Jetzt wird es peinlich!)

Da sagte der Abg. Bouffier:

... denn die Menschen verstehen nicht, wie sich jemand wie Ihr Minister

– damals war der Kollege Bökel gemeint –

hier herstellen kann und sagen, wir sind stolz auf eine Entwicklung, die sage und schreibe eine statistisch erfasste Kriminalität von minus 0,9 % im Vergleich zum vergangenen Jahr zeigt. Dazu kann man nur sagen: Wir sind froh, dass es nicht mehr geworden ist. Aber das kann doch kein Anlass dafür sein, sich sozusagen selbst zu feiern.

(Günter Rudolph (SPD): Hört, hört! – Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Minister Volker Bouffier. Es waren damals viel mehr Straftaten!)

Was machen Sie eigentlich, Herr Kollege Bouffier? Sie bereiten eine Feierlichkeit für die Zahlen, die Sie hier vorlegen. Es muss aber ganz deutlich festgestellt werden, dass diese Zahlen nicht vorgelegt werden, weil sie so schön und toll sind, sondern weil die Beamtinnen und Beamten der hessischen Polizei eine hervorragende Arbeit gemacht haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Das hat auch niemand bestritten!)

– Herr Kollege Boddenberg, ich bin etwas erkältet, und auf dem rechten Ohr höre ich ganz schlecht. Das ist wahrscheinlich heute ganz gut so. Da kann ich Sie sozusagen per Krankheit ausblenden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dankenswerterweise hat der Innenminister in seiner Kriminalitätsstatistik Grafiken vorgelegt. Im Übrigen muss hier erwähnt werden, dass die umfangreiche Kriminalitätsstatistik, in der alle Daten und Fakten ausgewertet sind und die normalerweise 200 Seiten umfasst, noch gar nicht vorliegt. Zumindest liegt sie dem Hessischen Landtag noch nicht vor. Herr Kollege Bouffier, wir reden über die Presseausfertigung. Das ist der Umgang des hessischen Innenministers mit dem Hessischen Landtag. Das muss man hier ganz deutlich feststellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Wenn man eine fachliche Debatte führen will, dann sollte man das eine oder andere Detail nachlesen können. Das ist uns als Abgeordneten gar nicht möglich. Wir reden hier über die Pressefassung.

Aber weil wir über die Pressefassung reden, ist ein Blick in die Kriminalstatistik und die von Ihnen vorgelegte Grafik ganz bedeutend, Herr Innenminister. Wir sehen hier eine sinkende Kriminalitätsrate seit dem Jahr 1997. Dann kommt der „Bouffier-Buckel“. Da steigt die Kriminalitätsrate an. In den letzten beiden Jahren ist sie dann wieder gesunken.

(Gerhard Bökel (SPD): Volker, jetzt ist sie wieder auf dem Stand angekommen, den sie bei mir hatte!)

In den letzten beiden Jahren ist sie also wieder gesunken. Herr Kollege Bouffier, ich habe vorhin das von Ihnen stammende Zitat aus Oppositionszeiten vorgelesen. Ich hätte mir gerne angehört, was Sie als Oppositionsabgeordneter gesagt hätten, wenn sich ein Kollege wie Herr Bökel hierhin gestellt und mit solchen Begründungen eine solche Kriminalitätsstatistik vorgelegt hätte. Herr Kollege Bouffier, da hätte ich Sie gerne einmal gehört.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir sollten uns jetzt einmal die Fakten und Zahlen anschauen. Sie haben vorhin schon versucht, ein bisschen vorzubauen. Sie haben erklärt, warum die Zahlen so sind, wie sie sind. Das ist so, weil gewisse Straftaten aufgenommen wurden. Wenn man schon so anfängt, diese Zahlen zu erklären, dann hat das immer einen Haken.

Wir sind jetzt bei den Zahlen für das Jahr 1999 angelangt. Im Jahr 2006 kam es zu 427.238 Straftaten. Im Jahre 1999 lag die Belastung durch kriminelle Straftaten bei 427.805. Herr Kollege Bouffier, Sie sind jetzt gerade wieder bei

dem Wert angelangt, mit dem es 1999 mit Rot-Grün zu Ende ging. Ihre Partei hat im April 1999 die Regierungsverantwortung übernommen. Herr Kollege Bouffier, Sie wollen doch nicht allen Ernstes behaupten, dass andere für das ganze Jahr die Verantwortung für die Kriminalität tragen? Herr Kollege Bouffier, rechnen Sie sich nicht gesund.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte einen Strich unter das ziehen, was Sie gesagt haben. In den Jahren 2002 bis 2004 ist in Hessen eine Zunahme der Kriminalität um 12,5 % zu verzeichnen. In den Jahren 2005 und 2006 ergibt sich ein Minus von 7,7 %. Das macht im Saldo insgesamt ein Plus von 4,8 %. Um das auszurechnen, braucht man gar nicht auf die höhere Schule zu gehen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist Leistung der Hauptschule!)

Es gibt für diesen Innenminister wirklich keinen Grund, sich heute im Hessischen Landtag feiern zu lassen. Das muss hier festgestellt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Bouffier hat auch etwas zur Aufklärungsquote gesagt. Er sagte, es sei erfreulich, dass die Aufklärungsquote gestiegen ist.

(Michael Boddenberg (CDU): Ja!)

Herr Kollege Bouffier, es gibt aber auch da keinerlei Grund, sich feiern zu lassen. Sie sollten sich einmal die Statistik anschauen. Dann werden auch Sie dieser Meinung sein.

Ihnen fehlen die Superlative. Im Jahr 2005 haben Sie z. B. gesagt:

Aufklärungsquote erreicht mit 54,5 % neuen historischen Höchststand

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Das stimmt doch auch! – Minister Volker Bouffier: Das stimmt doch!)

Dieses Mal fehlen Ihnen die Superlative. Diesmal bezeichnen Sie es nur als Höchststand.

(Michael Boddenberg (CDU): Wir steigern uns wieder!)

Herr Kollege Bouffier, was versuchen Sie uns hier zu erzählen.

Eines finde ich denn doch schon. Sie haben sich hierhin gestellt und gesagt, es sei zu einem neuen Rekord bei der Aufklärungsquote gekommen, mit 55,1 % sei der bisher höchste Wert seit Einführung der EDV-gestützten Polizeilichen Kriminalstatistik im Jahr 1971 erreicht. Da muss man sich schon die Frage stellen: Warum ist das eigentlich so? – Ich glaube, wir werden uns relativ schnell darüber einig, dass das auch etwas mit den Kontrolldelikten zu tun hat. Das hat etwas damit zu tun, dass man bei einigen Straftaten den Täter sofort dingfest macht. Herr Kollege Bouffier, im Übrigen zählen dazu auch die Straftaten, die Sie angeführt haben und die die häusliche Gewalt betreffen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist richtig!)

Folgendes sollte doch eigentlich Ihre Richtschnur sein. Sie sollten nicht die Frage: „Wie hat sich das bei uns in den letzten Jahren entwickelt?“, zu Ihrer Richtschnur machen. Natürlich ist das ein Parameter, den man anführen

kann. Sie müsste doch eigentlich interessieren, wie Hessen im Vergleich mit den anderen Bundesländern dasteht.

(Minister Volker Bouffier: Ja! Da haben wir uns gegenüber eurer Regierungszeit verbessert!)

Ich komme jetzt auf die Kriminalitätsstatistik des Bundes für das Jahr 2005 zu sprechen. Da liegt Bayern auf Platz eins mit einer Aufklärungsquote von 65,9 %. In Hessen sind es 55,1 %. Thüringen befindet sich auf Platz zwei. Dort sind es 63,7 %. Wir haben in Hessen eine Aufklärungsquote von 55,1 %. Auf Platz drei befindet sich Rheinland-Pfalz mit 61,3 %. Wir haben in Hessen eine Aufklärungsquote von 55,1 %. Ich könnte das jetzt so weiterführen.

(Minister Volker Bouffier: Bei euch waren wir doch immer auf dem letzten Platz!)

Wir haben mittlerweile den gleichen Wert wie das Saarland. Damit befinden wir uns mit dem Saarland auf Platz zehn. Herr Bouffier, das zu den Daten der Statistik, die Sie vorgelegt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Minister Volker Bouffier: Es ist die beste Statistik, die es je gab! Bei eurer Regierung waren wir immer auf dem letzten Platz! Ihr habt die rote Laterne gehabt!)

Herr Kollege Bouffier, man muss das aber noch weiterführen und dann auch Folgendes sagen. Das betrifft den Rückgang der Straftaten. Da ist etwas erstaunlich. Ich finde, das muss man einfach begrüßen. Bei gewissen Delikten ist die Zahl der Straftaten zurückgegangen. Das ist übrigens nicht erst im Jahr 2006 so gewesen. Das war im vorhergehenden Jahr auch schon so.

Wir haben einen Rückgang bei dem Diebstahl aus Wohnungen zu verzeichnen. Im Jahr 2005 handelte es sich um einen Rückgang um 24,3 %. Im Jahr 2006 betrug der Rückgang 8,6 %.

Wir haben einen Rückgang bei dem Diebstahl der Kraftfahrzeuge zu verzeichnen. Im Jahr 2006 ist ein Rückgang um 31,5 % zu verzeichnen. Im Jahr 2005 waren es schon einmal 16,3 %. Beim Diebstahl aus Kraftfahrzeugen hatten wir im Jahr 2005 einen Rückgang um 13,8 %. Im Jahr 2006 sind es 14,4 %.

Ich könnte das jetzt weiter ausführen. Dazu muss man aber doch feststellen: Das hat nicht nur etwas damit zu tun, dass die Landesregierung in Präventionsmaßnahmen investiert hat.

(Axel Wintermeyer und Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Aber auch!)

Das zu tun ist durchaus richtig. Wir begrüßen das auch. Das hat aber auch etwas damit zu tun, dass die Bürgerinnen und Bürger ihr Eigentum heute besser schützen, als sie das vor zehn oder fünfzehn Jahren getan haben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Gott sei Dank ist das so!)

Die Autos haben heute eine andere Sicherheitstechnik. Die Häuser haben heute andere Sicherheitstechniken. Deswegen ist die Zahl der Straftaten da zurückgegangen. Das ist durchaus zu begrüßen.

Es ist auch durchaus richtig, diese Präventionsmaßnahmen vorzunehmen. Wer heute Morgen das Frühstücksfenster gesehen hat,

(Axel Wintermeyer (CDU): Dazu habe ich keine Zeit!)

der konnte sehen, dass es dort in einem Themenkomplex um die Frage ging: Wie sichere ich mein Haus ordentlich? – Wir haben heute also einen anderen Stand der Technik. Das ist aber nicht das Verdienst dieses Innenministers.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Oh!)

Ein weiteres Problem haben Sie angesprochen. Ich denke, es ist richtig, dass Sie das angesprochen haben. Das betrifft die häusliche Gewalt.

Es ist erschreckend, dass wir 31.000 Fälle seit dem Jahr 2002 zu verzeichnen haben. Es ist auch wirklich richtig, dass wir mit aller Härte und Konsequenz gegen diese Straftaten vorgehen.

(Michael Boddenberg (CDU): Ja!)

Ich möchte auf einen weiteren Punkt zu sprechen kommen, der uns zu denken geben sollte und von dem ich meine, dass wir dazu etwas gemeinsam auf den Weg bringen müssen. Das betrifft die Gewalt an Schulen. Da wird schon etwas gemacht. Wir begrüßen, was im Zusammenhang mit dem „Netzwerk gegen Gewalt“ geschieht. Wir haben da auch noch weitere Präventionsmaßnahmen. Herr Kollege Bouffier, diese Programme sind doch unstrittig. Sie werden von der Mehrheit dieses Hauses unterstützt.

(Michael Boddenberg (CDU): Lieber Herr Kollege Frömmrich, na ja!)

Herr Kollege Bouffier, das machen Sie doch nicht gegen, sondern mit uns. Ich möchte ausdrücklich sagen, dass wir das unterstützen.

Herr Kollege Boddenberg, im Gegensatz zu Ihnen können wir auch zugeben, dass die von der CDU geführte Landesregierung nicht alles falsch macht. Sie macht nicht alles falsch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So viel Größe muss man haben.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Wow!)

Ich komme auf die Kriminalität der Jugendlichen zu sprechen. Das muss uns beschäftigen. Dort ist zwar ein kleiner Rückgang zu verzeichnen, aber der Anteil der Jugendlichen an Diebstählen, Raub, Körperverletzung und Sachbeschädigung ist überdurchschnittlich. Da müssen wir etwas machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte dazu aber auch Folgendes sagen: Wer im präventiven und sozialen Bereich spart, wer z. B. Jugendzentren schließt, wer Familienberatungen dichtmacht und wer Kinder- und Jugendberatungen dicht macht, der darf sich nicht wundern, dass es in einigen Bereichen unserer Großstädte zu Problemen mit genau diesen Jugendlichen kommt. Wer mit der „Operation düstere Zukunft“ 30 Millionen € im Sozialbereich gekürzt hat, darf sich nicht wundern, dass am Ende damit der Polizei die Probleme vor die Tür gekehrt wurden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Durchaus positiv ist z. B. der Rückgang bei dem Delikt sexueller Missbrauch von Kindern zu bewerten. Ich sage ausdrücklich: Das ist zu begrüßen. – Wir haben dort 147 Taten weniger zu verzeichnen. Das ist ein Rückgang um

16,2 %. Wir müssen trotzdem alles tun, gegen diese Art der Kriminalität und auch gegen die entsprechende Internetkriminalität noch wesentlich stärker vorzugehen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal sagen, dass unser Dank den Beamtinnen und Beamten der hessischen Polizei gilt. Diese Beamtinnen und Beamten haben ihren Dienst gut verrichtet. Sie sind dafür verantwortlich, dass die Kriminalitätsstatistik heute mit diesen Zahlen vorliegt. Ihre Arbeit haben sie trotz des Abbaus von 1.000 Stellen geleistet.

(Axel Wintermeyer (CDU): Wieder nennt er falsche Zahlen!)

Ihre Arbeit haben sie trotz der Kürzung des Weihnachtsgelds geleistet. Sie haben ihre Arbeit trotz der Streichung des Urlaubsgelds geleistet. Trotz der Mehrarbeit haben diese Beamtinnen und Beamten sehr engagiert gearbeitet. Dafür danken wir ihnen herzlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Die hessischen Polizisten sind also hoch motiviert, das ist Ihre Schlussfolgerung!)

Herr Bouffier, Sie haben einmal Folgendes gesagt – das steht auch in der Presseerklärung zu der Polizeilichen Kriminalstatistik –:

Wer die Präsenz der Polizei auf der Straße erhöht, macht Hessen für seine Bürgerinnen und Bürger sicherer.

Wir stellen im Gegensatz dazu aber fest: Sie haben nicht mehr Polizei auf die Straße gebracht. Vielmehr haben wir weniger Polizistinnen und Polizisten auf der Straße. Denn Sie haben im Zusammenhang mit der „Operation düstere Zukunft“ 1.000 Stellen gestrichen.

Ich könnte Ihnen jetzt ein Zitat vorlesen, das Sie seinerzeit als Abgeordneter der Opposition gesagt haben. Damals hat Rot-Grün 400 Stellen gestrichen. Ich spare mir das. Ich kann Ihnen aber sagen: Vielleicht sollten Sie sich vor Abgabe mancher Regierungserklärung einmal anschauen, was Sie im Hessischen Landtag als Abgeordneter der Opposition gesagt haben. Wenn Sie das täten, würden Sie an einigen Stellen den Mund nicht so voll nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf: Doch, doch!)

Auch das Schlagwort „Raus aus der Wache“ ist ein wichtiges. Ich finde es durchaus positiv, dass Sie sagen, es sollten mehr Polizistinnen und Polizisten auf der Straße sein, sie sollten raus aus der Wache. Was aber ist passiert? Es geschah: raus aus der Wache, rein in das Ministerium. Das ist passiert. Im Jahr 1992 gab es 32 Stellen für Polizeibeamtinnen und -beamte im hessischen Innenministerium. Im Jahr 2006 gibt es 93 Stellen im Innenministerium für die Polizei. Herr Innenminister, Sie handeln nach dem Motto: raus aus der Wache, rein in das Ministerium. Das wollte ich deutlich machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Bouffier, ich finde es schlichtweg ein bisschen daneben, dass Sie hier allen Ernstes in dieser Art und Weise auf die zweigeteilte Laufbahn zu sprechen gekommen sind. Sie sagten, man habe vor einigen Jahren noch soundso viele im mittleren Dienst gehabt. Herr Bouffier, wir müssen dazu doch eines feststellen – Herr Kollege Ru-

dolph hat das gemacht –: Der Beschluss zur Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn ist einer, der in diesem Haus mit rot-grüner Mehrheit gegen den erbitterten Widerstand des seinerzeit amtierenden Bundesinnenministers Manfred Kanther von der CDU gefällt wurde. Das muss man hier einmal ganz deutlich feststellen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der war hier nicht mehr Mitglied!)

– Er war in Hessen nicht mehr Abgeordneter, aber er war Bundesinnenminister. Um der Redlichkeit willen – er war Bundesinnenminister und meines Wissens Vorsitzender der CDU in Hessen – muss man das doch einmal sagen.

(Zurufe von der CDU)

Herr Bouffier, ich erkenne das ja an. Ich habe im Gegensatz zu Ihnen seine Reden nachgelesen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ich habe sie damals gehört!)

Ich weiß, dass der Kollege Bouffier im Zusammenhang mit der zweigeteilten Laufbahn eine andere Auffassung als Manfred Kanther vertreten hat. Das will ich hier durchaus attestieren.

(Minister Volker Bouffier: Aha! – Beifall des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Damit habe ich überhaupt kein Problem. Aber die Chuzpe zu haben, sich hierhin zu stellen und so zu tun, als hätten Sie die zweigeteilte Laufbahn eingeführt, das ist geradezu eine Frechheit, Herr Innenminister.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Minister Volker Bouffier: Die GdP hat mir dafür eine Auszeichnung geschenkt!)

– Die Auszeichnung haben Sie Ihnen in Baunatal schön wieder gegeben. Dafür haben Sie sich schön bedankt, Herr Innenminister.

(Minister Volker Bouffier: Na, na! Ich bringe das das nächste Mal mit, damit Sie sich einmal ein bisschen beruhigen!)

Jetzt kommen wir zu einem Punkt, den ich ganz erstaunlich finde. Wir alle haben festgestellt – Sie haben das auch festgestellt –, dass die hessische Polizei eine gute Arbeit geleistet hat, dass die Kriminalitätsbelastung sinkt und die Aufklärungsquote steigt, auch weil hessische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ihren Dienst gut verrichten. Herr Innenminister, da ist es geradezu eine Frechheit,

(Minister Volker Bouffier: Na, na, na!)

dass Sie sich in Baunatal hinstellen und hessische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte als Krawallmacher bezeichnen.

(Zurufe von der CDU)

Das weise ich für meine Fraktion ausdrücklich zurück.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Man muss sich das einmal vorstellen: Da werden die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu einem Jahresempfang eingeladen und sollen geehrt werden. Der Innenminister hat eine Presseerklärung mit dem Ministerpräsidenten verteilt, in der es heißt:

Lob und Anerkennung für die hervorragende Leistung im vergangenen Jahr sprachen Ministerpräsi-

dent Koch und Innenminister Bouffier den hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten anlässlich des Polizeiempfanges in Baunatal aus.

(Minister Volker Bouffier: Ja!)

Insbesondere die Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland sei ein beeindruckender Erfolg gewesen. „Das ist auch Ihr Verdienst. Dank Ihres engagierten Einsatzes haben wir eine tolle Fußballweltmeisterschaft erlebt, bei der die Welt stets zu Gast bei Freunden war“, so der Ministerpräsident und der Innenminister beim traditionellen Polizeiempfang.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was ist daran falsch? – Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

Das war die Einladung. Dann gibt es aber 400 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die sich ihr verfassungsmäßig garantiertes Recht herausnehmen,

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Das wissen wir!)

vor einer Veranstaltung zu demonstrieren. Dann geht der Innenminister an diesen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vorbei und bezeichnet sie als Krawallmacher. Wenn das keine Unverschämtheit ist, dann weiß ich es nicht. Sie sollten den Anstand haben, sich bei den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten dafür zu entschuldigen.

(Minister Volker Bouffier: Mein Gott!)

Worum ging es? – Ich habe gerade schon gesagt, dass ich auf dieser Seite ziemlich schwer höre.

(Minister Volker Bouffier: Sie waren gar nicht da!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, worum ging es bei der Demonstration? Bei der Demonstration ging es darum, dass Gewerkschaftsmitglieder ihr Recht wahrgenommen und darauf hingewiesen haben: Austritt aus der Tarifgemeinschaft, 42-Stunden-Woche, Urlaubsgeld weg, Weihnachtsgeld gestrichen. Dagegen haben diese Beamtinnen und Beamte demonstriert und versucht, Sie darauf aufmerksam zu machen.

Herr Innenminister, Sie müssen einfach einmal zur Kenntnis nehmen, dass auch Veranstaltungen der Landesregierung keine Krönungsmessen sind. Auf und bei Veranstaltungen der Hessischen Landesregierung, auch wenn sie vom Innenminister durchgeführt werden,

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

darf in unserem Land demonstriert werden. Protest ist da schon erlaubt. Herr Innenminister, der Straftatbestand der Majestätsbeleidigung ist bei uns in Deutschland schon lange abgeschafft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wird in Hessen aber wieder eingeführt!)

Was für ein Demokratieverständnis haben Sie eigentlich? – Herr Hahn, ich sage einmal, was Ihr Kollege Posch dazu gesagt hat.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ich weiß, was der gesagt hat!)

Ihr Kollege Posch hat gesagt, dass dem Innenminister die absolute Mehrheit zu Kopf gestiegen sei. Das ist auch etwas. In dieser Schärfe kennt man das von Ihrer Seite nicht. Er hat das durchaus zu Recht festgestellt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): So schnell kann man ihn von der Rolle bringen! – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Ich frage Sie trotzdem: Was für ein Demokratieverständnis haben Sie eigentlich, wenn Sie bei einer Demonstration, die ganz normal angemeldet und durchgeführt worden ist, mit solchen Entgleisungen reagieren? Was für ein Bild von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben Sie eigentlich, dass Sie es offensichtlich nicht ertragen können, dass gegen Ihre Landesregierung demonstriert wird?

Was für ein Verständnis hat eigentlich Ihr Polizeipräsident Henning, wenn er sagt, er schäme sich für die demonstrierenden Kollegen, für ihn sei mit der Protestaktion die Grenze der Höflichkeit verletzt worden? Was für ein Verständnis hat eigentlich ein Polizeipräsident in Nordhessen, der so etwas sagt, nur weil Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ihr grundgesetzliches Recht auf Demonstrationsfreiheit ausüben?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Recht schreibt der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei in einem offenen Brief:

Mit großer Bestürzung habe ich in der „Hessenschau“ vom 13.02.2007 zur Kenntnis nehmen müssen, dass Sie im HR-Interview die demonstrierenden Kolleginnen und Kollegen als „Krawallmacher“ bezeichneten.

(Nicola Beer (FDP): Das haben wir heute schon alles gehört!)

Originalton: „Aber ich bitt' Sie, was Sie hier sehen (...), ist doch nicht die hessische Polizei. Das sind ein paar Krawallmacher.“

Jetzt will ich nur versuchen, Sie dafür zu sensibilisieren.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Sensibles Herzchen! – Michael Boddenberg (CDU): Er hat ein Lexikon!)

Was heißt eigentlich „Krawallmacher“?

(Michael Boddenberg (CDU): Ein bisschen Krawall machen Sie heute auch!)

Krawallmacher – im Englischen Hooligan oder Rowdy. Auf dem Niveau bewegt sich der hessische Innenminister.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Krawallmacher Frömmrich!)

Was heute in den Zeitungen steht, was Krawallmacher sind, zeigen die Überschriften: „Kopenhagener Polizei will deutsche Krawallmacher ausweisen“, „Krawallmacher zünden Bus an“, die Demonstration in Paris, „Wieder Gewalt – Sachsenderby vor dem Abbruch“, „Tränengas gegen Krawallmacher“.

(Zuruf von der CDU: Hooligan Frömmrich!)

In diesen Zusammenhang bringt der hessische Innenminister 400 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, nur weil sie von ihrem Recht auf Demonstrationsfreiheit Gebrauch machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Und dann schreibt er:

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist so was von dünn und dürrtig!)

Deshalb bemühe ich mich mit aller Kraft, seit acht Jahren als verantwortlicher Innenminister die Arbeitsbedingungen der hessischen Polizei und die Situation der einzelnen Polizeibeamten ständig zu verbessern. Es liegt mir deshalb mehr als fern, diese Beamten in die Nähe von Chaoten und Gewalttättern zu rücken. Mit meiner Bemerkung wollte ich weder einzelne Beamte noch die Gewerkschaft als solche beleidigen. Mir ging es darum, deutlich zu machen, was ich empfunden habe. Als ich mit Herrn Ministerpräsidenten Koch zur Demonstration ging, empfingen uns schrillendes Pfeifkonzert und der Dauerruf „Koch muss weg!“. Dieses Verhalten und den ohrenbetäubenden Lärm habe ich als Krawall bezeichnet. Dies hat nichts damit zu tun, dass die Bediensteten ihr Demonstrationsrecht selbstverständlich ausüben können.

(Michael Boddenberg (CDU): Also, wo ist jetzt das Problem?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Innenminister, wir kennen das ja. Manchmal geht einem der Gaul durch. Herr Innenminister, aber wenn Sie ein Rückgrat hätten, würden Sie sich heute vor den Hessischen Landtag stellen und würden genau das sagen,

(Michael Boddenberg (CDU): Machen Sie doch keinen Popanz!)

dass Sie sich vergaloppiert haben und für diesen Begriff „Krawallmacher“ bei den Beamtinnen und Beamten der hessischen Polizei entschuldigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Boddenberg, ich glaube schon, dass das gesagt werden muss.

(Michael Boddenberg (CDU): Machen Sie ruhig weiter!)

Ich finde, das passt auch in das Bild des Innenministers: Da, wo er immer versucht, sozusagen die Sonne darzustellen, ist ganz viel Schatten. Wir könnten jetzt über die Verfehlungen und Dinge aus der Vergangenheit reden.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wo Schatten ist, ist auch Sonne!)

Wir könnten über Korruption und Untreue im Präsidium für Technik und Logistik reden, wo der hessische Innenminister die Verantwortung trägt.

(Zurufe von der CDU)

Wir könnten über Verrat der Islamistenrazzia in Frankfurt reden. Wir könnten über Knöllchenbetrug reden. Wir könnten über Geheimnisverrat bei der Soko Wettskandal reden. Wir könnten über die Datenpanne bei der südhessischen Polizei reden.

(Michael Boddenberg (CDU): Und Sie haben Ihre ganze Zeit mit so einem Unsinn verschwendet!)

Weil Sie es mir nicht glauben, sondern eher jemand anderem, zitiere ich noch einmal den Kollegen Hahn, was ich nicht oft tue. Aber in diesem Fall tue ich es gern. Herr Kollege Hahn hat zu diesen Pleiten, Pannen und Skandalen dieses Innenministers gesagt:

Nun bin ich schon 17 Jahre innenpolitischer Sprecher im Hessischen Landtag. Eine derartige Serie von Skandalen habe ich noch nie erlebt.

Dem kann man eigentlich nur zustimmen, Herr Innenminister.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen gehört zu einer Debatte um die innere Sicherheit in Hessen, dass man auch diese Dinge benennt.

(Michael Boddenberg (CDU): Auch der FDP-Hahn findet einmal ein Korn! – Gegenruf der Abg. Birgit Zeimet-Lorz (CDU): Nein, er findet Hühner!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe versucht, das alles in den Kontext zu stellen. Ich habe versucht, Ihnen einmal anhand der Zahlen deutlich zu machen, dass die Kriminalitätsbelastung und die Aufklärungsquote etwas sind, worauf man stolz sein kann, aber dass man diese Zahlen in einen gewissen Zusammenhang stellen muss. Vielleicht gestatten Sie mir noch ein Zitat des jetzigen Innenministers und ehemaligen innenpolitischen Sprechers. Er sagte seinerzeit in Richtung des Kollegen Bökel:

Herr Innenminister, auch zu Ihnen eine kleine Vorbemerkung. Solange Sie so falsche Politik machen und solange in diesem Land so viel Ärger wegen Ihrer Politik herrscht, werden Sie erleben müssen, dass die Opposition in diesem Plenarsaal Sie immer wieder stellen wird; und wenn es notwendig wird, tun wir das noch dreimal.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diesen Bemerkungen von Herrn Bouffier kann ich mich heute vollumfänglich anschließen. Solange Sie jetzt solche Politik gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Land machen, solange Sie Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte als Krawallmacher beschimpfen, solange werden wir als Opposition auf dieses Defizit aufmerksam machen und werden uns mit Ihren Leistungen nicht nur da, wo Sie in der Sonne stehen, auseinandersetzen, sondern wir werden uns auch mit dem auseinandersetzen, wo in den letzten Jahren ganz viel Schatten in Ihrer Politik gewesen ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke sehr, Herr Frömmrich. – Als Nächster hat sich der Fraktionsvorsitzende der Liberalen zu Wort gemeldet. Herr Hahn, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der FDP – Michael Boddenberg (CDU): Das Zitat war bestimmt aus dem Zusammenhang gerissen!)

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns heute Mittag hier getroffen, um uns über eine Regierungserklärung zum Thema „Hessen so sicher wie noch nie: Aufklärungsquote auf Rekordniveau – Straftaten weiter gesunken“ zu unterhalten. Wir haben in der Regierungserklärung des zuständigen Innenministers Volker Bouffier einen Abriss über die Politik des hessischen Innenministers in den zwei Kabinetten, denen er bisher angehört hat, nämlich denen in den Jahren ab 1999 und ab 2003, gehört.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin sehr dankbar dafür, dass Volker Bouffier seine Rede so angelegt hat, wie er das getan hat. Deshalb ist es mir sehr einfach, darauf hinzuweisen, dass es in der Innenpolitik des Landes Hessen verschiedene Phasen gegeben hat. Herr Kollege Frömmrich, Sie können noch so viel nachlesen – aber offensichtlich lesen Sie nur sehr selektiv nach. Die Zeit bis 1999 war jedenfalls in der hessischen Polizei von einer großen Unzufriedenheit gegenüber der amtierenden rot-grünen Landesregierung geprägt.

(Beifall bei der FDP)

Die Zeit bis zum April 1999 war in der hessischen Polizei von einer relativ deutlichen Abneigung gegenüber dem Innenminister und seinem Staatssekretär geprägt.

(Nancy Faeser (SPD): Gehen Sie doch einmal vor Ort!)

– Ich kann schlecht jetzt vor Ort gehen, denn ich habe von der Phase gesprochen, die wir bis zum Februar, März, April 1999 hatten. Wann war das denn, dass sich ein GdP-Landesvorsitzender mit einem Großteil seines geschäftsführenden Landesvorstandes in der Lobby des Landtags des Uniformjacketts entledigte und es zu Füßen des amtierenden Innenministers schmiss? Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, das war im Sommer 1998 drüben in der Lobby, und zwar von der GdP gegenüber Gerhard Bökel.

(Beifall bei der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben sich aber entschuldigt! – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Jetzt will ich mich nicht schon wieder mit dem Spiel auseinandersetzen, sondern sage damals wie heute: Das macht man nicht. – Auf der anderen Seite aber ist es doch sehr deutlich, dass sich die GdP zu einem derartigen Protest veranlasst gefühlt hat, weil sie sich von der rot-grünen Landesregierung nicht mehr verstanden gefühlt hat und sich deshalb dazu hat hinreißen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Alles das also, was die Kolleginnen und Kollegen in Verklärung des letzten Jahrhunderts, des letzten Jahrtausends erzählen, ist wirklich nur Verklärung. Es bestand ein offener Konflikt zwischen der GdP Hessen und dem hessischen Innenminister Gerhard Bökel. Das war ein offener Konflikt zwischen der GdP, der Polizei insgesamt, und der rot-grünen Landesregierung. Herr Kollege Frömmrich, tun Sie doch nicht so, als wäre damals alles gut gewesen. In der Innenpolitik war damals nicht alles, aber fast alles schlecht, und das war einer der Gründe dafür, warum Sie im Februar 1999 abgewählt worden sind.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Birgit Zeimet-Lorz (CDU))

Im Jahr 1999 begann die Phase der Landesregierung unter der Verantwortung von Roland Koch und Ruth Wagner.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Jörg-Uwe!)

– Ja, Herr Kollege, ich war auch dabei: als innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, als Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion und jeden Montagabend als Mitglied der Koalitionsrunde. – Von Anbeginn an haben wir uns geschworen – insbesondere Volker Bouffier, unser Kollege Armin Klein für die Union und ich –, dass wir haargenau das umsetzen, was wir den Wählern im Landtagswahlkampf 1999 versprochen haben.

(Beifall bei der FDP)

Und wir haben eine Menge versprochen. Ich will nicht sagen, dass wir den Mund zu voll genommen haben, aber voll haben wir ihn im Landtagswahlkampf schon genommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben das aber alles Punkt für Punkt abgearbeitet und eingehalten, was wir den Wählerinnen und Wählern im Landtagswahlkampf zugesagt haben.

(Beifall bei der FDP)

Insbesondere sind das fünf Bereiche. Zum Ersten ist das der Bereich Gesetz. Wir haben es nicht verstanden, und ich verstehe es auch heute noch nicht – das ist jetzt auch ein gewisser Vorwurf an die allein verantwortliche CDU –, dass man aus ideologischen Gründen heraus Gesetzesvorgaben beschränkt. Was aber war denn bei Rot-Grün? Die Videoüberwachung war vom Teufel und durfte noch nicht einmal in Zonen eingesetzt werden, in denen klar und deutlich Kriminalität stattfand.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Teufel war damals noch in Baden-Württemberg!)

Wir haben diese Gesetze geändert. Sie waren damals dagegen gewesen. Bei der Lesung des Gesetzentwurfs hatten Sie damals Schaum vorm Mund.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie haben uns damals erklärt – gerade als Liberaler kann ich mich daran noch sehr gut erinnern –, wir als Bürgerrechtspartei würden die Freiheit des Bürgers verraten. Meine sehr verehrten Damen und Herren von Rot-Grün, ich freue mich, dass Sie das heute anders sehen. Aber Sie müssen schon akzeptieren, dass wir Sie daran erinnern, dass Sie vor ein paar Jahren das alles noch ganz anders gesehen haben, als Sie heute sagen, wie Sie es schon immer gesehen hätten.

(Beifall bei der FDP und des Ministers Volker Bouffier)

Ich habe vorhin sehr bewusst den Innenminister mit einem Zwischenruf darauf hinleiten wollen, nicht den Begriff „Schleierfahndung“ zu verwenden. Das ist der Sprachgebrauch der Gegner. Das muss man nicht tun, genauso, wie man auch bei der Wohnraumüberwachung nicht jenes Wort verwendet. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben verdachtsunabhängige Kontrollen eingeführt, und ich sage Ihnen jetzt nochmals dazu: Gerhard Bökel hat das als Innenminister auch schon angeordnet, aber damals war es gesetzeswidrig, schlicht gesetzeswidrig.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt doch gar nicht!)

Da wurde so getan, als ob der Verbandskasten und das Warndreieck gesucht würden. Das war die Begründung dafür, dass Autobahnen dichtgemacht worden sind. – Herr Kollege Al-Wazir, das stimmt. Offensichtlich leiden Sie trotz Ihrer Jugend bereits an Vergesslichkeit, wie man an diesem Beispiel wieder merkt.

(Beifall bei der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): § 18 Abs. 4 HSOG, Sie Eumel!)

Was ist mit dem Thema häusliche Gewalt? Auch heute stellen sich alle hierhin und lassen sich feiern. Aber, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, ob Sie alle es schon verdrängt haben: Es war die FDP-

Fraktion der letzten Legislaturperiode, die damals den Justizminister von Baden-Württemberg, Prof. Goll, eingeladen hat, herzukommen und über die Erfahrungen zu sprechen, die in Baden-Württemberg und Österreich mit dem Modellversuch häusliche Gewalt – also: gegen häusliche Gewalt; damit hier keiner meint, Zwischenrufe machen zu müssen, und sich irgendwie vertut – gemacht wurden. Es gab dann eine gemeinsame Initiative, die letztlich – und da sage ich Danke schön – von allen Fraktionen in diesem Hause getragen worden ist. Aber eines muss klar sein: Den Ball ins Spielfeld in Hessen gegen häusliche Gewalt, gegen alles Unrecht, was dort geschieht, hat die FDP-Fraktion in diesem Hause hineingespielt.

(Beifall bei der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und als die Sonne gestern aufging, war auch die FDP dran schuld!)

– Herr Kollege Al-Wazir, wenn es Ihnen nicht passt, können Sie gerne rausgehen. Aber Ihre unqualifizierten Zwischenrufe sind eigentlich nur negativ für Sie, und mich stören sie, denn sie sind grenzenlos dumm.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Punkt: Technik.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht halten Sie sich einmal ein bisschen zurück! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Hahn, Sie können sich wirklich nicht benehmen! Sie können sich wirklich nicht benehmen! Das ist doch unglaublich hier! Kräht die ganze Zeit dazwischen, und wenn er selbst redet, darf keiner einen Pieps machen! – Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Damen und Herren, ich glaube, eine verbale Abrüstung ist auf mehreren Seiten sinnvoll. – Herr Hahn, Sie haben das Wort.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Ich bewundere Herrn Kollegen Al-Wazir: Wenn er dazwischenruft, schaut er nach hinten und möchte, dass seine Mädels alle klatschen. Das passiert bei der FDP-Fraktion nicht. Das ist schon ein großer Unterschied. Herr Kollege Al-Wazir, das ist der Unterschied zwischen dem Hahn und dem Gockel.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben keine Mädels, das ist Ihr Problem!)

Das ist der Unterschied zwischen dem Hahn und dem Gockel, nicht wahr, Herr Al-Wazir?

Wir wollen zum Thema Technik zurückkommen. Als wir im Jahr 1999 die Verantwortung übernommen haben, haben wir festgestellt, dass es in allen Bereichen der Technik bei der Polizei erhebliche Mängel gab. PC-Ausstattung war ein Fremdwort – und das 1999, als es in anderen Verwaltungen schon lange keines mehr gewesen ist. Die Überlegung der damaligen rot-grünen Landesregierung war es, die wollmilchlegende Eiersau, oder wie auch immer das Ding heißen mag –

(Allgemeine Heiterkeit)

Das habe ich jetzt bewusst gemacht, um euch wieder zum Thema zu holen. Damals sollte die eierlegende Wollmilchsau produziert und HEPOLAS geschaffen werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hatten kein Arbeitsplatzprogramm für Polizeibeamte, sondern wir hatten das System: fünf Durchschläge und sechs verschiedene Bücher, in denen handschriftlich eingetragen werden musste. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, das war ein Millionengrab. Sie haben zu verantworten, dass in der Datenverarbeitung bei der hessischen Polizei mindestens 150 Millionen DM verbrannt worden sind. Das war rot-grüne Politik in diesem Bereich.

(Beifall bei der FDP und des Ministers Volker Bouffier)

Dann war es – daran werde ich mich immer erinnern – Weihnachten, als mich Volker Bouffier in meinem Skiurlaub anrief

(Allgemeine Zurufe: Oh!)

und sagte: Wir müssen das jetzt ändern. Seid ihr damit einverstanden? Ich will noch in diesem Jahr damit beginnen.

Wir haben es gemacht, und zwar mit Erfolg. Um das Arbeitsplatzprogramm der hessischen Polizei beneiden uns viele andere Bundesländer. Vor wenigen Wochen habe ich darüber mit Ingo Wolf gesprochen. Er hat in NRW eine Vielzahl dieser Punkte übernommen. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, da war nichts vorhanden außer einer Ideologie.

Autos – das haben wir schon vom Innenminister gehört. Das schöne Beispiel Hubschrauber – lieber Innenminister, das hast du vergessen. Das Bundesland Hessen hatte bis zum Jahre 2002 keinen nachflugtauglichen Hubschrauber, der musste erst noch beschafft werden. Das haben Sie wohl alles vergessen, auch das, was an menschlichen Schicksalen damit zusammenhing? Beispielsweise Geiselnahmen, die nicht aufgeklärt werden konnten, weil nachts keine hessischen Polizeihubschrauber fliegen konnten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Technik war genauso zu modernisieren wie die Gesetze.

Dritte Bemerkung: Organisation. Ich kann es nicht nachvollziehen, dass es verantwortliche Innen- und Rechtspolitiker über einen derart langen Zeitraum zugelassen haben, dass wir dieses Durcheinander bei den Zuständigkeiten der Flächenpräsidien, -direktionen usw. hatten. Auch da haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, gewütet, als der Vorschlag kam, die Flächenpräsidien einzuführen, zusätzlich die zwei oder drei technischen Präsidien. Heute ist das unstrittig. Überall landauf, landab meint jeder, er sei der Vater oder die Mutter dieser Organisationsänderung. Ich kann mich daran erinnern, dass Armin Klein, Volker Bouffier und Jörg-Uwe Hahn sowie Udo Corts als der damals zuständige Staatssekretär zunächst ganz schön Prügel dafür abbekommen haben, dass wir diese Umorganisation angedacht und umgesetzt haben.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU) – Minister Volker Bouffier: Erhebliche!)

Wo war denn da der Mumm von Rot-Grün? Wo war da die Kreativität von Rot-Grün?

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, zur Organisation gehört auch das Thema Wachpolizei. Von Ihnen hatten wir zum einen ein großes Defizit bei der Bedienung der subjektiven Befindlichkeit unserer Mitbürge-

rinnen und Mitbürger geerbt. Die Angst war sehr hoch. Zum Zweiten haben wir auch eine sehr große Zahl von Überstunden geerbt.

Daraufhin haben die Union und die FDP in der Koalition zwei Dinge vorgeschlagen. Ich spreche für das, was die FDP vorgeschlagen hat, nämlich die Wachpolizei. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute knapp 400 Männer und Frauen als Angestellte in der Verantwortung, die die Tätigkeiten übernehmen, zu denen wir nicht akademisch ausgebildete Polizeibeamte der zweigeteilten Laufbahn benötigen. Sie führen diese Tätigkeiten gerne mit einer niedrigeren Ausbildungsschwelle und einer niedrigeren Besoldung durch. Heute würde sich niemand mehr in irgendeiner Weise negativ darüber äußern. Ich kann mich daran erinnern, dass Rot-Grün am Anfang von einem Abgang des Rechtsstaates gesprochen hat, und zwar schon bei der Frage der Wachpolizei. Ich will jetzt gar nicht das Thema, das die Union vorgeschlagen hat – das werden Sie vielleicht noch tun –, den freiwilligen Polizeidienst, ansprechen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ohne meine Intervention hätten sie BAT VII bekommen!)

Schon beim Thema Wachpolizei hat der damalige innenpolitische Sprecher Tarek Al-Wazir erklärt, dass das alles ganz falsch sei und man keine Polizisten zweiter Klasse haben dürfe. Heute ist das vollkommen unstrittig. Keiner wettet mehr dagegen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, man muss mit Kreativität an das Thema gehen und es dann mit Macht umsetzen.

Vierter Punkt: Landesamt für Verfassungsschutz. Volker Bouffier hat darauf hingewiesen; ich kann es bei einem Hinweis bewenden lassen: Es gab im Jahr 1997/98 – das ist noch keine zehn Jahre her – in der damaligen Koalition zwischen Roten und GRÜNEN einen Streit darüber, ob das Landesamt für Verfassungsschutz abgeschafft wird oder nicht. Das ist keine Geschichte aus irgendeiner grauen Vergangenheit. Die GRÜNEN haben vor zehn Jahren gefordert, dass dieses Amt abgeschafft wird, und heute wollen sie es überall einsetzen. Das ist vielleicht eine schizophrene Politik, die die GRÜNEN im Bereich der Bürgerrechte durchsetzen wollen.

Fünfter Punkt: die Veränderungen im Personal. Ich will mich mit keinem in diesem Raum darüber streiten, weil ich fast von Beginn an dabei war, wer die zweigeteilte Laufbahn eingeführt und beschlossen hat. Ich glaube, der Kompromiss liegt in der folgenden Behauptung: Eingeführt hat sie Dr. Herbert Günther, unstrittig in einer rot-grünen Koalition; zu Ende geführt hat sie Volker Bouffier, unstrittig in einer Koalition von CDU und FDP. Ich glaube, damit ist der Sachverhalt relativ einfach zusammengefasst. Deshalb verstehe ich all diese Streitigkeiten nicht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Menschen, die das hören, verstehen das sowieso nicht. Sie wissen, glaube ich, noch nicht einmal – das geht bis in Polizeibeamtenkreise hinein –, was das genau ist.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist eindeutig so, dass zu dem Zeitpunkt, als die Entscheidung hier im Hause zu treffen war, Manfred Kanther nicht Mit-

glied des Hessischen Landtags und nicht Mitglied der Hessischen Landesregierung war, sondern als Innenminister im Rahmen einer Beamtenrechtsreform eine Äußerung zum Thema zweigeteilte Laufbahn abgegeben hat. Ich fand die Äußerung damals falsch. Deshalb haben wir als FDP sie anders kommentiert. Es hilft Ihnen nicht weiter – Herr Frömmrich, es glaubt Ihnen übrigens auch keiner mehr, wenn Sie das immer wieder neu erzählen –, als letzten Mohikaner Manfred Kanther immer wieder hochzuhalten. Ich finde, er muss nach dem, was er uns – wie wir wissen – in den Jahren 1999 und 2000 angetan hat, gar nicht mehr hochgehalten werden.

Meine Damen und Herren, es war jedenfalls Volker Bouffier, der in diesem Haus mit den Stimmen von CDU und FDP ein Gesetz zum Abschluss der Einführung der zweigeteilten Laufbahn umgesetzt hat.

(Beifall bei der FDP)

Das waren fünf Beispiele, fünf Themenbereiche, an denen Sie erkennen können, dass in den Jahren 1999 bis 2003 all das aufgegriffen, angefasst und zu einem Ende geführt wurde, was in dem Bereich der inneren Sicherheit zu Ende geführt werden musste.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, jetzt kommt das, was ab dem Jahr 2003 passiert ist. Das kann ich in den mir noch zustehenden viereinhalb Minuten sehr kurz machen. Ich kann es deshalb relativ kurz machen, weil der Innenminister selbst in seiner Rede darauf nicht hingewiesen hat. Er hat nur ganz wenige Dinge, wie z. B. den Neubau, die Grundsteinlegung des DNA-Labors auf die Tagesordnung gesetzt und hier besprochen, andere nicht.

Punkt eins, ein großes Lob. Eine Vielzahl von Dingen, die wir in gemeinsamer Verantwortung angelegt und auf die Schiene gesetzt haben, führen Sie unzweifelhaft erfolgreich fort – von der Technik über Bauten bis hin zur Organisation. Das sind Dinge, die die FDP-Fraktion in diesem Hause mit begleitet. Sie merken das auch daran, dass wir über einen langen Zeitraum dem zuständigen Haushalt zugestimmt haben. Aber die technischen Fehler werden immer mehr. Es ist für mich fast schon rufschädigend, wenn mich der Kollege Frömmrich jetzt in jeder Debatte zitiert. Aber es ist natürlich freigestellt, mich dauernd zu zitieren.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist der Ruf erst einmal ruiniert!)

Es ist wahr, dass sich die Skandale und Skandälchen, die Ungereimtheiten, die Dinge, die nicht richtig laufen, in den letzten Jahren vermehrt haben. Das Thema Knöllchen, das Abrechnungsproblem beim PP in Frankfurt, ist angesprochen worden. Am ärgerlichsten fand ich das Verpfeifen der Razzia, die im Frankfurter Bahnhofsviertel hätte durchgeführt werden sollen. Das sind technische Fehler, die – jedenfalls in dieser Größe und Gebaltheit – nicht passieren dürfen und die neu aufgetreten sind.

Zweitens sind stilistische Fehler immer weiter im Anmarsch. Herr Innenminister, da will ich mich nicht derart aufgerüstet im Vokabular mit Ihnen auseinandersetzen, wie das meine beiden Vorredner, Herr Rudolph und Herr Frömmrich, getan haben. Ich will etwas anders formulieren, was Baunatal in unseren Augen ist. Baunatal ist in unseren Augen eine sehr unglückliche Organisation einer Demonstration der hessischen Polizei. Ich habe das auch dem Landesvorsitzenden der GdP gesagt. Ich halte es für gefährlich, wenn sich Polizeibeamte mit denjenigen ver-

bünden, gegen die sie Wochen vorher z. B. die Autobahn verteidigen mussten. Das halte ich und das halten wir alle nicht für klug. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite der Medaille ist die Antwort. Man kann nachher erklären, was man gesagt oder gemeint haben will oder nicht, aber das Wort „Krawallmacher“ gehört sich für einen Innenminister nicht. Es gehört sich einfach nicht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das haben der Kollege Posch und ich öffentlich erklärt. Ich finde, es gibt wenig daran zu diskutieren. Ob man sich entschuldigt oder nicht, das ist eine zweite Frage. Aber ich will es hier noch einmal vor dem Hessischen Landtag sagen: Das gehört sich nicht, egal was für Ungeschicklichkeiten der GdP in der Vorbereitung unterlaufen sind.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Hahn, ein Hinweis: Sie haben noch zehn Minuten Redezeit.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Vielen Dank. Dann bin ich ganz entspannt. Ich dachte, dass die Redezeit viel kürzer sei. Ich bemühe mich, sie nicht auszunutzen.

Wir haben neben den technischen und den stilistischen Fehlern als Drittes eine relative Unbelehrbarkeit in verfassungsrechtlichen Fragen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ärgert uns am meisten.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage sehr deutlich: Das wird sich im nächsten Jahr unverzüglich wieder ändern. Denn es kann nicht sein, dass wir im Lande Hessen eine Rechtsgrundlage für die Rasterfahndung haben, die ganz offensichtlich verfassungswidrig ist. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist relativ einfach, das zu ändern. Deshalb appelliere ich gerade an die Vertreter der Union, die meinem Redebeitrag so zahlreich zuhören – –

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Ich höre doch zu!)

– Ich finde das schon zahlreich.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind aber bescheiden geworden! – Michael Boddenberg (CDU): Ich bin extra wieder hereingekommen!)

– Wenn der Generalsekretär da ist, reicht das eigentlich für die gesamte Partei. So hatten wir das, glaube ich, einmal in China gesehen; da hat das so funktioniert.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Michael Boddenberg (CDU): Keine chinesischen Verhältnisse in Hessen! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die habt ihr in der CDU doch sowieso!)

Lassen Sie mich jetzt zur Verfassungswidrigkeit zurückkommen. Alle Ablenkung hilft nicht. Es ist so einfach, ein verfassungsgemäßes Gesetz zur Rasterfahndung vorzulegen. Die FDP hat es gemacht. Wir haben in der Anhörung nur Lob dafür bekommen.

(Beifall bei der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja!)

– Herr Kollege Al-Wazir, für das Thema Verfassungsgemäßheit haben wir nur Lob bekommen. Wenn Sie etwas anderes gehört haben, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie vorkämen. Ich habe es jedenfalls nicht zur Kenntnis nehmen können, weil es dort nicht gesagt worden ist.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vom Kollegen Al-Wazir vielleicht!)

– Wir hatten ja Qualifizierte anzuhören. – Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass der Datenschutzbeauftragte nicht nur in einer Presseerklärung, sondern auch in seinem Jahresbericht empfohlen hat, den Gesetzentwurf der FDP zu übernehmen, weil er das Problem der Verfassungswidrigkeit beim Thema Rasterfahndung auflösen würde.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, warum machen Sie das eigentlich nicht? Warum sind Sie ideologisch – ich will das nicht sagen, aber was ist es denn sonst – so verbohrt? Die Fachleute sagen Ihnen, es gehe so nicht. Es gibt ein Angebot, und Sie wollen es gleich niederstimmen. Das kann nicht richtig sein.

(Beifall bei der FDP)

Auch beim Thema Telefon- und Wohnraumüberwachung wissen alle Beteiligten, dass die Normen, wie sie im HSOG notiert sind, nicht eingehalten werden.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Das sehen wir aber anders! – Minister Volker Bouffier: Das sehe ich nicht so!)

– Frau Kollegin, ich bin gespannt, wie Sie das Thema Videoüberwachung lösen. Das ist nämlich am spannendsten von allem. Ich bin gespannt darauf, wie Sie es schaffen werden, einen verfassungsgemäßen Vorschlag der FDP angesichts des bisher bestehenden verfassungswidrigen Gesetzes in den Müll zu werfen.

(Beifall bei der FDP – Günter Rudolph (SPD): Einfach ignorieren!)

– Herr Rudolph, ich bin gespannt darauf. Sollten Sie es ignorieren, rufen wir dazwischen oder melden uns danach noch einmal. – Das Thema Telefon- und Wohnraumüberwachung ist ein wichtiger Bereich. Das Bundesverfassungsgericht hat – ich glaube, im Mai vergangenen Jahres – mit seinem Urteil insbesondere zu Niedersachsen, aber auch zu Bundesnormen deutlich gemacht, dass es einen Bereich gibt, in dem der Staat in keinster Weise mehr mit-hören darf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alle Beispiele, die der hessische Landespolizeipräsident und der Präsident des LKA bei der Anhörung zu unserem Gesetzentwurf – Herr Präsident, seien Sie begrüßt – genannt haben, sind in meinen Augen nicht mit der Sache vereinbar. Denn keines der drei Beispiele hat das Thema aufgegriffen, das das Bundesverfassungsgericht als den engsten Kern des Schutzes von Persönlichkeitsrechten festgeschrieben hat. Wenn ein Sexualstraftäter – das war eines der Beispiele – sich über seine Sexualpraktiken unterhält, so gehört dies nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht zum geschützten Bereich, sondern muss gerade zur Repression und Prävention weiterhin abgehört werden.

(Beifall bei der FDP)

Das galt auch für die beiden anderen Bereiche. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Union –

(Minister Volker Bouffier: Ganz was Neues!)

– Das ist überhaupt nicht neu, Herr Kollege.

(Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

– Entschuldigung, ich habe falsch zugehört. Man sollte nicht auf jeden Zwischenruf eingehen, das ist schon richtig.

Deshalb ist es richtig, abschließend zu der Verfassungsgemäßheit zu sagen: Da unterscheidet sich die jetzige absolute Mehrheit der Union von einer bürgerlichen mit der FDP, die auf die Interessen der Bürger genauso Rücksicht nimmt wie auf die Interessen der Sicherheit.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen eine ausgewogene Verbindung zwischen den Interessen der Sicherheit auf der einen Seite und den Interessen der Freiheit auf der anderen Seite herstellen. Wenn ein Datenschutzbeauftragter – und nicht nur er; ich nehme ihn nur als Beispiel –, wenn Herr Prof. Ronellenfisch sagt: „Bitte, dieser Vorschlag von der FDP zum Thema Rasterfahndung ist richtig, übernehmt ihn“, dann bin ich gespannt, wie die Union das ablehnt.

Ein letzter Punkt zu dem Thema – ich habe es bewusst an den Schluss meiner Kritik gestellt – ist der Umgang der Landesregierung mit dem Parlament bei der Beantwortung der einen oder anderen Anfrage des Parlaments. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist z. B. eine negative Glanzleistung der Landesregierung, wie sie mit der Initiative der FDP-Fraktion zum Thema Auslandseinsätze der Polizei umgegangen ist. Wir stellen konkrete Fragen. Wir weisen sowohl intern als auch öffentlich darauf hin, um was es uns geht. Wir weisen intern und öffentlich darauf hin, dass es richtig ist, dass Polizeibeamte der Bundesrepublik Deutschland und damit des Landes Hessen in Afghanistan unterwegs sind, dass sie aber nicht nur, wie im Kosovo, einen Einsatz mit zu betreuen haben, sondern dass sie von der Staatengemeinschaft die Verantwortung übertragen bekommen haben, eine neue Polizei in Afghanistan aufzubauen. Wir weisen darauf hin, dass wir nicht nur aus Hessen, sondern auch von woanders mitbekommen haben, dass es Abstimmungsprobleme zwischen den verschiedenen Landespolizeien gibt. Wir bitten um Vorschläge, wie der Innenminister, nachdem er in Afghanistan gewesen ist, diese Probleme lösen möchte, und bekommen dann in einem knappen Zweizeiler mitgeteilt, die Probleme seien erkannt, und allen gehe es gut. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese – ich sage das bewusst – nicht nur Ungeschicklichkeit der Landesregierung gegenüber dem Parlament akzeptieren wir als Liberale nicht. Auch die wird es im nächsten Jahr nicht mehr geben.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man meint, dass eine Frage nicht beantwortet werden kann, weil sie möglicherweise mit dem Thema Verschwiegenheit zu tun hat, dann gibt es geeignete Wege, die Obleute zu informieren. Man muss das nicht immer in einer öffentlichen Sitzung machen. Man muss es auch nicht in einer nicht öffentlichen Sitzung machen, wenn man meint, man habe irgendwelche Probleme, irgendetwas zu sagen. Dass man dann als Fragesteller aber noch vorgeworfen bekommt, man habe nicht richtig gefragt – das ist in der letzten Sitzung in der vergangenen Woche im Innenausschuss passiert –, das ist nicht mehr stillos, sondern das ist leider das, was wir immer mehr erkennen müssen – da gehört auch ein bisschen das Wort Krawallmacher dazu –: dass die Union vergessen hat, dass sie nur eine Macht auf Zeit

hat, dass diese Macht auf Zeit irgendwann wieder zu Ende ist und dass man sich im Umgang mit dem Parlament deshalb ordentlich benehmen soll.

(Beifall bei der FDP)

Zum Abschluss möchte ich sagen: vielen herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Polizei.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sie haben das genutzt, was Ihnen die Politik zur Verfügung gestellt hat – ich sage bewusst dazu: zur Verfügung stellen musste; es war die Pflicht des Hessischen Landtags, in den Entscheidungen, die ich eben aufgezählt habe, zur Verfügung zu stellen, sei es Geld für die Technik, für Gebäude, für Personal, seien es vernünftige Gesetze.

(Beifall bei der FDP)

Aber nur da der Einsatz der Polizisten so groß ist, wie er ist, können diese Zahlen vorgelegt werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir als FDP unterstützen auch weiterhin eine Innen- und eine Polizeipolitik, die auf der einen Seite der Freiheit des Einzelnen Rechnung trägt und auf der anderen Seite den Einzelnen auch vor Übergriffen auf seine Freiheit durch Dritte schützt. Das ist Ziel einer liberalen Polizeipolitik. Wir haben es von 1999 bis 2003 hervorragend gemacht. Die Fehler, die sich in den letzten Jahren eingeschlichen haben, müssen wieder weg. Die werden nächstes Jahr wieder weggehen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke sehr, Herr Hahn. – Frau Zeimetz-Lorz, Sie haben das Wort für die CDU-Fraktion.

Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Volker Bouffier Innenminister ist, ist Hessen von Jahr zu Jahr immer sicherer geworden.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wofür haben wir jetzt eigentlich zwei Stunden debattiert? – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt doch gar nicht!)

Hessen ist heute so sicher wie noch nie. Herr Kollege, seit unserem Regierungsantritt im Jahr 1999 ist die Aufklärungsquote Jahr für Jahr gestiegen. Im Jahre 2005 lag sie bereits bei 54,5 %. Die Zahl der Straftaten war um 4,4 % gesunken. Die zentralen Botschaften der Polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2006 lauten:

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn alles so prima ist, kann er ja jetzt abtreten!)

Mit 55,1 % erreicht die Aufklärungsquote in Hessen ein neues Rekordniveau. Die Zahl der Straftaten nimmt um weitere 3,3 % ab. Weil der Kollege Frömmrich so gerne den früheren innenpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion bei der Vorstellung früherer Kriminalstatistiken zitiert,

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

will ich Ihnen gerne berichten, wovon der innenpolitische Sprecher Volker Bouffier der CDU-Fraktion seinerzeit gesprochen hat. Ich nehme das Jahr 1992: Aufklärungsquote 39,0 %.

(Zurufe von der CDU: Ach! – Herrjemine! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war nach der Amtszeit Wallmann, wenn ich mich recht erinnere!)

Ich nehme das Jahr 1992 und nenne hier die Häufigkeitszahl. – Herr Kollege, ich werde Sie weiter aufklären, keine Sorge. Die Häufigkeitszahl ist in der Statistik die ehrlichste Zahl, weil sie sich auf die Straftaten pro 100.000 Einwohner bezieht. Ich will Ihnen sagen, wie das im Jahre des Herrn 1992 ausgesehen hat: 8.187.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war viel zu hoch! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Jahr nach der Regierung Wallmann war das!)

Nehmen wir das Jahr 2006. Aufklärungsquote – ich sagte es bereits –: 55,1 %, Häufigkeitszahl: 7.013 Straftaten pro 100.000 Einwohner. Herr Kollege Al-Wazir, das ist immer noch zu viel. Darauf können wir uns sofort verständigen. Aber ich darf feststellen: um eine dramatische Zahl niedriger als 1992. – Herr Kollege Al-Wazir, Sie können aus den Neunzigerjahren jedes Jahr nehmen, welches Sie wollen. Die Häufigkeitszahl der Straftaten pro 100.000 Einwohner ist nirgendwo so niedrig wie 2006. Das können Sie zur Kenntnis nehmen, Sie können es aber auch lassen.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nehmen wir 1999!)

Ich will noch eines anfügen. Nehmen wir beispielsweise die verdachtsunabhängigen Kontrollen. Sie rekurren immer darauf, dass da sozusagen die Täter gleich mitgeliefert werden. Dies gibt es aber erst seit 2001. Wir haben im Jahre 2006 allein bei den verdachtsunabhängigen Kontrollen 10.805 Straftaten registriert. Wenn Sie die von Ihrer Zahl noch abziehen, Herr Kollege Frömmrich, dann kommen Sie auf ein noch niedrigeres Niveau, weil es dies in den Neunzigerjahren schlicht nicht gab.

Nehmen wir ein weiteres Beispiel: häusliche Gewalt. Das ist heute schon mehrfach angesprochen worden. Herr Kollege Hahn, zum Thema häusliche Gewalt darf ich übrigens noch einmal in Erinnerung rufen: Sie haben Herrn Prof. Goll erwähnt. Ich darf darauf hinweisen, dass es im Jahre 2002 zu dieser Frage drei Gesetzentwürfe in diesem Hause gegeben hat. Daraufhin haben sich alle weiblichen Mitglieder der vier Fraktionen zusammengesetzt und versucht, zu einer einheitlichen Lösung kommen. Dies ist gelungen.

An der Stelle will ich eines erwähnen, weil ich davon sehr beeindruckt bin: die Arbeit der Polizei in diesem Bereich. Die Arbeit ist im gesamten Lande glänzend, sie ist hervorragend. Das ist auch einmal einer Erwähnung wert.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Nehmen wir jetzt die Fälle der häuslichen Gewalt. Die gab es früher auch. Sie sind aber nicht erfasst worden. Sie sind auch nur auf Antrag verfolgt worden. Heutzutage werden sie von Amts wegen verfolgt. Da haben wir im Jahre 2006 bedauerlicherweise – aber es ist leider so – 8.160 Straftaten. Wenn man die Vergleichszahlen heran-

zieht, müsste man diese bei der Gesamtzahl der Straftaten im Jahre 2006 in Abzug bringen. Dann ergibt sich auch ein ganz anderes Bild. Es ist auch ein ganz anderes Bild, welches damals der frühere, hervorragende innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion beschrieben hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will Sie nicht mit weiteren Zahlen erschlagen.

(Günter Rudolph (SPD): Nur zu!)

Deshalb will ich nur zwei Beispiele herausgreifen, die zeigen, was diese Zahlen für die Menschen in Hessen bedeuten. Ich nehme, obwohl das schon mehrfach geschehen ist – ich denke, es ist schon ein wesentlicher Punkt in der Kriminalstatistik –, das Beispiel Wohnungseinbruch. Hierbei handelt es sich nämlich um ein Delikt, das für die Betroffenen ganz besonders schwer zu verarbeiten ist. Stellen Sie sich vor, Sie kommen nach einem langen Arbeitstag nach Hause, und Ihre Wohnung gleicht einem Schlachtfeld. Einbrecher haben sich an Ihrem Eigentum bedient, Ihr Heim ist verwüstet, Fremde haben in Ihren ganz persönlichen Sachen gewühlt. Meine Damen und Herren, das erleiden Jahr für Jahr viele Menschen. Neben den materiellen Schaden tritt der Schaden an der Seele. Einbruchsoffer fühlen sich noch Monate nach dem Ereignis in ihren eigenen vier Wänden unsicher, so etwa meine Freundin Claudia, die vor wenigen Wochen Opfer eines Einbruchdiebstahls geworden ist.

Meine Damen und Herren, bei den Einbrüchen haben wir in den vergangenen Jahren Gott sei Dank einen kontinuierlichen Rückgang zu verzeichnen. Allein im vorvergangenen Jahr sind diese Straftaten um ein Viertel zurückgegangen. 2006 ist diese Zahl um weitere 12,7 % zurückgegangen. Das ist gut so, gut für die Menschen, die nicht Opfer geworden sind und gut für Hessen. Das ist kein Selbstläufer, wenn auch der Kollege Frömmrich immer gerne das Gegenteil behauptet.

Das passiert nicht einfach so, sondern es ist das Ergebnis einer guten Präventionsarbeit – Stichwort: Präventionsmobil –, denn das muss auch irgendwo herkommen. Mit den Beratungsstellen der Polizeipräsidien hat die Polizei Tausende von Bürgerinnen und Bürgern erreicht. Die Bürger lernen, ihr Heim zu schützen, beispielsweise durch den Einbau von besonderen Tür- oder Fenstersicherungen. Allein im vergangenen Jahr hat die hessische Polizei 37.000 solcher Beratungsgespräche geführt. Wir machen den Einbrechern das Leben schwer.

Die Statistik zeigt eines ganz deutlich: Wir haben von Jahr zu Jahr weniger Einbruchdiebstähle zu verzeichnen, und wir haben von Jahr zu Jahr mehr gescheiterte Versuche zu verzeichnen. Das waren im vergangenen Jahr immerhin 40 %. Weniger Einbrüche sind aber nicht nur das Ergebnis einer guten Präventionsarbeit der hessischen Polizei, sondern auch das Ergebnis einer wirksamen Kriminalitätsbekämpfung. Erfolgreiche Täter laufen nämlich in Hessen immer mehr Gefahr, gefasst und für ihr Tun zur Verantwortung gezogen zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Warum ist das so? – Weil wir in Hessen den Fahndungs- und Kontrolldruck mit mehr Streifendiensten, mit Fahndungs- und Kontrolltagen und mit verdachtsunabhängigen Kontrollen verstärkt haben. Und es hat sich ein Instrument, das SPD und GRÜNE immer heftig bekämpft haben, als besonders effektiv erwiesen, nämlich die Schleierfahndung, die die CDU und die FDP in Hessen durchgesetzt haben. Im Rahmen dieses Fahndungsinstru-

ments wurden allein über 10.000 Straftaten zur Anzeige gebracht. Damit wurde ein Dunkelfeld aufgehellt, das ohne die Schleierfahndung verborgen geblieben wäre. Das ist gut so. Es ist gut, dass Einbrecher nach einem Einbruch damit rechnen müssen, in eine Schleierfahndung zu geraten. Es ist noch besser, wenn sie dabei dingfest gemacht und im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Verkehr gezogen werden.

Mein zweites Beispiel ist für die tatsächliche Sicherheits-situation und auch für das Sicherheitsgefühl unserer Bürgerinnen und Bürger nicht minder wichtig; denn neben den Wohnungseinbrüchen haben wir auch einen beachtlichen Rückgang bei den Raubdelikten und der Straßenkriminalität zu verzeichnen.

Wer jemals Opfer eines brutalen Raubüberfalls gewesen ist, weiß sehr gut, dass die Opfer Angst haben, sich in der Öffentlichkeit zu bewegen. Dies gilt ganz besonders dann, wenn sie wissen, dass der Täter noch frei herumläuft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die neue Statistik beweist, dass unsere Sicherheitsarchitektur auch in dieser Hinsicht die richtigen Schwerpunkte setzt, insbesondere weil sie für mehr Polizeipräsenz sorgt. Ich nenne hierzu nur einige Stichworte, da der Innenminister schon einiges genannt hat: die Präsenzoffensive „Raus aus der Wache, ran an den Täter“, das Konzept „Schutzmann vor Ort“ und auch den freiwilligen Polizeidienst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte zur Illustration unserer erfolgreichen Sicherheitsstrategie noch zwei weitere Maßnahmen herausgreifen, die zu einem nicht unbeträchtlichen Teil für den Rückgang der Kriminalität verantwortlich sind.

Erstens. Die hessische Polizei bekämpft mit großem Engagement und zielgenau sogenannte Mehrfach- und Intensivtäter. Wir wissen alle, dass ein Zehntel der Tatverdächtigen für rund ein Drittel aller Straftaten verantwortlich ist. Zur Bekämpfung dieser Tätergruppe wurden in sämtlichen Präsidien besondere Dienststellen eingerichtet. Dort sind Beamte nicht mehr für bestimmte Deliktbereiche zuständig, sondern für bestimmte Tätergruppen, weil man weiß, dass Mehrfachtäter ganz verschiedene Straftaten begehen. Dadurch, dass mehrere Abteilungen für unterschiedliche Deliktarten und mehrere für ein und denselben Täter zuständig waren, hat es früher immer Reibungsverluste gegeben. Das haben wir gesehen, und wir haben es geändert, und zwar mit durchschlagendem Erfolg; denn jeder dingfest gemachte Mehrfach- und Intensivtäter bedeutet die Aufklärung zahlreicher Straftaten und die Verhinderung weiterer Kriminalität.

Die zweite Maßnahme betrifft die Identifikation von Straftätern. So nimmt Hessen etwa eine führende Rolle bei der erkennungsdienstlichen Behandlung ein. Im Zuge unserer Qualitätsoffensive wurde die Einführung digitaler Technik in diesem Bereich massiv vorangetrieben. Die Zahl der ED-Behandlungen ist im vergangenen Jahr um weitere 30 % gestiegen.

In diesem Zusammenhang will ich auch noch die „Fast ID“ nennen – ich bin zwar auch kein Fan des Englischen, aber ich kenne hierfür noch keine deutsche Übersetzung –, die der Innenminister vor wenigen Tagen vorgestellt und eingesetzt hat. Diese hat umgehend gegriffen, denn es wurden in Reinheim zwei Menschen festgenommen, die sich mit falschen Ausweispapieren ausgewiesen hatten. Ihre wahre Identität konnte binnen weniger Sekunden festgestellt werden, und es hat sich herausgestellt, dass sie schon mehrfach straffällig geworden waren. Diese Geräte

sind mittlerweile in sämtlichen Polizeidienststellen vorhanden, und sie erleichtern nicht nur die Arbeit, sondern sie beschleunigen sie auch. Daher denke ich, dass wir in Hessen auf einem guten Wege und – wie in so vielen Fragen – bundesweit ganz weit vorn sind.

(Beifall bei der CDU)

Auch wenn es schon geschehen ist, möchte ich in diesem Zusammenhang gerne noch die verstärkte Nutzung von DNA-Untersuchungen erwähnen. Die DNA-Untersuchung ist in der Kriminalistik das Erfolgsmodell. Sie ist ein ausgezeichnetes Mittel zur Aufklärung von Straftaten. Deshalb war es wichtig, das zuständige Polizeipersonal des Landeskriminalamtes zu verdoppeln. Jetzt müssten wir eigentlich nur noch den Bundesgesetzgeber überzeugen. Wir brauchen im Bundesgesetz ganz dringend die Gleichstellung des herkömmlichen und des genetischen Fingerabdrucks. Damit könnten wir Hessen noch sicherer machen.

(Beifall bei der CDU)

Mithilfe der DNA-Analyse konnten außerdem zahlreiche und zum Teil bereits Jahrzehnte zurückliegende Kapitalverbrechen aufgeklärt werden. So konnten in Hessen bereits die Täter von 59 Straftaten – Mord- und Totschlagsdelikte – ausfindig gemacht werden. In 84 Fällen konnten Sexualstraftäter durch DNA-Spuren ermittelt werden. Etwa die Frankfurter Staatsanwaltschaft konnte 24 Jahre nach dem gewaltsamen Tod einer Berufsschülerin Haftbefehl gegen einen 48-jährigen Verdächtigen erwirken. Er soll das 16-jährige Mädchen von hinten überfallen, ihr ein Messer in die Brust gestoßen und die Sterbende oder Tote missbraucht haben. Damit solche Verbrecher ihrer gerechten Strafe nicht entgehen, auch deshalb strengen wir uns in Hessen so sehr an, unserer Polizei die Mittel an die Hand zu geben, derartige Taten effektiv zu verfolgen.

(Beifall bei der CDU)

Dem 16-jährigen Mädchen wird das vielleicht nicht mehr helfen, aber es hilft sicherlich den zurückgebliebenen Angehörigen, die Straftat besser zu verarbeiten – auch wenn der Täter erst nach 24 Jahren ermittelt werden konnte.

Das sind nur einige Beispiele von Instrumenten, die aus unserer Sicht für die Polizei so wichtig sind, und deshalb gehe ich auch gerne – Herr Kollege Hahn – an dieser Stelle noch auf Ihren Gesetzentwurf ein, weil er drei Instrumente regelt, die aus unserer Sicht für die Polizei mindestens ebenso wichtig sind wie die, die ich vorhin genannt habe.

Sie wollen geänderte Regelungen für die Wohnraumüberwachung, die Telefonüberwachung, und Sie wollen eine Änderung im Bereich der Rasterfahndung. Wir haben das Thema schon intensiv im Rahmen der ersten Lesung diskutiert. Ich hatte damals bereits darauf hingewiesen, und dabei bleibt es nach unserer Auffassung, dass die Wohnraumüberwachung und die Telefonüberwachung sowohl den Buchstaben des Bundesverfassungsgerichts als auch den Buchstaben des Grundgesetzes entsprechen, weil wir damals im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens sehr wohl die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts berücksichtigt, geprüft und ausgewertet haben. Insofern sind wir nach wie vor davon überzeugt, dass die Regelung, so wie wir sie getroffen haben, verfassungskonform ist.

Ich muss schon sagen, dass ich die Anhörung zu Ihrem Gesetzentwurf natürlich mit Interesse verfolgt habe – wir saßen auch nebeneinander, Herr Hahn – und dass ich noch immer die Worte des Hessischen Datenschutzbeauf-

tragten im Ohr habe, da er immer mit sehr schönen und plastischen Beispielen arbeitet. Ich beziehe mich auf das Abschalten, so wie es das Bundesverfassungsgericht vorgeschrieben hat, und auf sein Beispiel – ich sage das in Gänsefüßchen – mit der berühmten „Granate im Bett“ am Telefon. Das heißt, jemand, wer auch immer, sagt der Freundin am Telefon etwas bzw. macht ihr eine Liebeserklärung – oder aber er kündigt ihr Sinn gebend irgendeinen Anschlag an.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen – das ist für uns der massive Unterschied zu den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts –: Wir reden von Telefonüberwachung, und wir reden von Wohnraumüberwachung ausschließlich im präventiven und nicht im repressiven Bereich. Wir vertreten dann nach wie vor die Auffassung, dass es hier einen Unterschied in der Auslegung und Abwägung geben muss.

Der einzige Punkt ist die Rasterfahndung. Das haben wir bereits in der ersten Lesung ausgeführt, und ich kann noch einmal darauf hinweisen, dass wir auch hier Änderungsbedarf sehen. Wir sehen allerdings auch da die Chance, uns zu retten, denn wir sehen diesen dringenden Handlungsbedarf – wie Sie das tun – nicht, weil wir uns mit der verfassungskonformen Auslegung weiterhelfen. Wir halten in diesem Zusammenhang im Übrigen eine bundeseinheitliche Regelung für geboten; denn dass sich die Länder mit dem Bund einigen, ist aus unserer Sicht zwingend. Insofern liegt hier noch kein Vorschlag vor. Es gibt aber auch noch keine entsprechende Regelung in einem Landesgesetz. Insofern sehen wir den Dringlichkeitsbedarf nicht wie Sie, Herr Kollege Hahn, und deshalb werden wir auch Ihrem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Der Rückgang der Zahl der Straftaten und die glänzende Aufklärungsquote sind das Ergebnis erstklassiger Polizeiarbeit. Dafür möchte ich der hessischen Polizei herzlich danken.

(Beifall bei der CDU)

Wir, die CDU-Fraktion, sind stolz auf diese Polizei. Sie hat die zusätzlichen Belastungen, die die Fußballweltmeisterschaft mit sich gebracht hat, in hervorragender Weise gemeistert. Die hessische Polizei hat einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen dieses herrlichen Fußballfestes geleistet, und sie hat dazu beigetragen – das kann man gar nicht hoch genug einschätzen –, dass wir als Gastgeberland einen Rieseneindruck bei unseren vielen Gästen hinterlassen konnten. Ich gestehe offen, ich hatte ein bisschen befürchtet, dass die polizeiliche Statistik wegen der Fußballweltmeisterschaft nicht ganz so gut ausfallen würde. Diese Sorge war völlig unbegründet. Im Gegenteil, während der WM sind die Straftaten sogar noch ganz erheblich zurückgegangen. Nicht nur deshalb halte ich es für richtig und angemessen, dass im vergangenen Jahr für die Abgeltung der bei der WM angelaufenen Überstunden 8 Millionen € bereitgestellt worden sind. Deshalb halte ich es auch für richtig und angemessen, dass für eine verbesserte Verpflegung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesorgt worden ist. Da ist noch eine ordentliche Schippe draufgelegt worden, und das ist gut angelegtes Geld.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb kann ich auch das ständige Genöle von SPD und GRÜNEN nicht mehr hören, dass die Stimmung bei der Polizei so schlecht sei.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Genöle! – Norbert Schmitt (SPD), an die SPD-Fraktion gewandt: Ihr Krawallmacher!)

Natürlich freut sich niemand über eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine Kürzung von Weihnachts- und Urlaubsgeld. Das kann niemand erwarten, und das erwartet auch niemand. Aber ich bleibe dabei: Die hessische Polizei ist und bleibt die am besten bezahlte, die am besten ausgestattete und die am besten ausgebildete Polizei bundesweit. Im Übrigen betreffen die notwendigen Maßnahmen der „Operation sichere Zukunft“ nicht allein die Polizistinnen und Polizisten, sondern alle hessischen Beamtinnen und Beamten. Auch darauf sei zum x-ten Mal hingewiesen: Die anderen Bundesländer sowie der Bund haben ähnliche Maßnahmen ergriffen. Keiner hat es getan – das unterstelle ich einmal –, um die Beamtinnen und Beamten zu ärgern. Das wäre völlig widersinnig.

(Günter Rudolph (SPD): 42 Stunden haben nicht so viele gemacht! – Gegenruf des Michael Boddenberg (CDU): Auch Sie werden sich eines Tages an Mehrarbeit gewöhnen, Herr Rudolph!)

Herr Kollege Rudolph, insofern reden SPD und GRÜNE irgendwie mit gespaltener Zunge. Vormittags erklären Ihre Haushaltspolitiker, die Haushaltslage sei katastrophal, und es müsse dringend gespart werden. Am Nachmittag kommen Ihre Innenpolitiker daher und erklären, wo überall nicht gespart werden dürfe. Mit Verlaub, das Ganze ist irgendwie schizophoren.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Wir haben doch heute Morgen gar nicht gesprochen!)

Aber so erklären sich natürlich auch Geschehnisse wie die Demonstration in Baunatal. Niemand hier im Haus will irgendjemandem sein gutes Recht, zu demonstrieren, streitig machen. Aber wenn GdP, GEW und Studentenorganisationen gemeinsam aufrufen und trotz eines gewaltigen Mobilisierungsaufwands am Ende ganze 300 Menschen auf die Straße bringen, dann ist das wirklich keine eindrucksvolle Demonstration.

(Beifall bei der CDU – Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum sind das dann Krawallmacher? – Günter Rudolph (SPD): Davon träumen Sie, aber das ist falsch!)

Vor allem aber bringt sie mit Sicherheit nicht das Stimmungsbild der gesamten hessischen Polizei zum Ausdruck. Das muss man auch als Innenminister noch sagen dürfen.

Im Übrigen: Auch ich war nicht dabei, Herr Kollege Frömmrich, wie Sie offensichtlich auch nicht. Aber ich habe sehr aufmerksam die Presse gelesen. Ich habe mit großem Interesse in der Presse gelesen, dass eine Reihe von Mitgliedern der GdP wegen dieser Demonstration und allem Drumherum ausgetreten ist. Ich habe aber auch gelesen, dass die Polizeigewerkschaft des Deutschen Beamtenbundes sich ausdrücklich von dieser Veranstaltung distanziert hat. Insofern liege ich nicht so ganz neben der Spur, wenn ich meine, dass nicht das Stimmungsbild der gesamten hessischen Polizei dort zum Ausdruck gekommen ist.

(Günter Rudolph (SPD): Nein, des Großteils!)

Das jetzt zum Thema in diesem Haus zu machen ist allerdings ein Armutszeugnis für die Arbeit der Opposition und zeigt nur ihre Verzweiflung angesichts der Tatsache, dass gegen die erfolgreiche Arbeit dieser Landesregie-

rung in sachlicher Hinsicht nichts einzuwenden ist, was uns die Polizeiliche Kriminalstatistik für den Bereich der Innenpolitik gerade so plastisch vor Augen geführt hat.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im eigenen Lager hört Ihnen auch keiner mehr zu!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch kurz auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion betreffend Stellenausstattung der Polizeipräsidien in Hessen eingehen. Es war irgendwie vorauszusehen, dass SPD und GRÜNE zum, ich weiß nicht, wievielten Mal behaupten würden, diese Landesregierung hätte Vollzugsstellen abgebaut.

(Reinhard Kahl (SPD): Ja, es ist so!)

Sie haben es wie immer getan. Dagegen sprechen allein schon die Zahlen der Polizeistatistik, die der Innenminister vorgelegt hat. Nichtsdestotrotz wird weiter mit unwarhen Behauptungen gearbeitet.

(Norbert Schmitt (SPD): Na, na, na! – Günter Rudolph (SPD): So etwas würden wir selten bis nie tun!)

Deshalb kann ich es Ihnen nicht ersparen, Sie zum x-ten Mal auf die reale Stellensituation bei der hessischen Polizei hinzuweisen.

(Günter Rudolph (SPD): Die ist schlecht genug!)

Herr Kollege Rudolph, der erste Unterschied, den man ganz dringend deutlich machen muss: Sie reden von Planstellen, wir reden von Köpfen. Das ist schon ein gigantischer Unterschied. Denn zu Zeiten von Rot-Grün gab es zwar viele Stellen, aber die haben niemandem etwas genutzt, weil sie größtenteils unbesetzt waren.

(Beifall bei der CDU – Axel Wintermeyer (CDU): Das ist genau der Punkt, das waren Potemkinsche Dörfer! – Günter Rudolph (SPD): Das versuchen Sie seit fünf Jahren, das glaubt Ihnen keiner mehr!)

Diese Leerstellen waren auch nicht mit entsprechenden Finanzmitteln hinterlegt. Oder, zweite Variante unter Rot-Grün: Die Planstellen waren zwar besetzt, nur nicht mit Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamten. – Das haben wir beendet. Wir können heute sagen, dass erstmals in der Geschichte des Landes Hessen alle Stellen im Stellenplan besetzt sind. Das gab es in Hessen noch nie.

(Beifall bei der CDU)

Mit unserer gemeinsam mit der FDP gestarteten Ausbildungsoffensive – der Minister hat bereits darauf hingewiesen – konnten wir allein im vergangenen Jahr einen Zuwachs von 500 Beamtinnen und Beamten erreichen. Hinzu kommen noch mehrere Hundert Polizistinnen und Polizisten, die in den vergangenen Jahren zwar bei ihren Dienststellen geführt worden sind, wegen der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn und der entsprechenden Lehrgänge aber nicht in den Dienststellen zur Verfügung standen, weil sie in Fortbildung waren. Das haben wir beendet, die zweigeteilte Laufbahn ist zu 100 % umgesetzt, und alle Beamtinnen und Beamten, die früher noch in Lehrgängen waren, stehen ihren Dienststellen wieder zur Verfügung.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist die Konsequenz, wenn man die zweigeteilte Laufbahn umsetzt! Das ist nicht zu kritisieren!)

Dabei will ich gar nicht von der Kapazitätserhöhung von immerhin 1.100 Vollzeitäquivalenten wegen der Arbeitszeitverlängerung sprechen; das ist auch schon angesprochen worden.

(Günter Rudolph (SPD): Süß formuliert, trotzdem erhebliche Mehrbelastung für Hessens Beamte!)

– Herr Kollege Rudolph, es ist Fakt.

(Günter Rudolph (SPD): Die Mehrbelastung ist Fakt, das stimmt!)

Ich darf nochmals festhalten: Es sind heute mehr Polizistinnen und Polizisten vor Ort präsent, als dies zu Zeiten von Rot-Grün der Fall war.

(Beifall bei der CDU)

Hessen wird Sicherheitsland Nummer eins. Die hessische Polizei leistet tolle Arbeit. Die Hessische Landesregierung leistet tolle Arbeit,

(Hildegard Pfaff (SPD): Keiner klatscht, so was!)

und dafür hat sie die uneingeschränkte Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das überrascht jetzt sehr!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Damen und Herren, Herr Al-Wazir hat sich zu Wort gemeldet. Herr Al-Wazir, Sie haben noch zwei Minuten Redezeit zur Verfügung.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Zeimetz-Lorz, Sie haben ganz am Anfang gesagt, Sie hätten die niedrigste Häufigkeitszahl, die es je gegeben hätte. Ich habe gerufen: „Die Wette nehme ich an“. Wir haben gerechnet, und wir sind zu folgendem

– –
(Zuruf von der CDU: Saalwette! – Michael Boddenberg (CDU): Sie haben gerechnet! Hoffentlich haben Sie richtig gerechnet! – Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Wir nehmen zur Kenntnis, dass Sie gerechnet haben! – Axel Wintermeyer (CDU): Sie haben sich heute schon einmal verrechnet!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Al-Wazir, Sie haben das Wort.

(Florian Rentsch (FDP): Nur noch eine Minute 20 Sekunden!)

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben folgende Situation. Wir hatten im Jahr 1999 427.805 Straftaten. Wir haben im Jahr 2006 427.238 Straftaten. Wir haben allerdings, und das ist der Punkt, im Jahr 2006 noch 40.000 Einwohnerinnen und Einwohner mehr, als wir am 31.12.1999 hatten. Sie wissen, dass die Einwohnerzahl sinkt und dass wir in zwei Jahren wahrscheinlich auf dem Stand von 1999 angekommen sein werden. Insofern, liebe Kollegin Zeimetz-Lorz, haben Sie ausdrücklich recht.

(Michael Boddenberg (CDU): Und Sie haben das richtig gerechnet, alle Achtung!)

Wir hatten im Jahr 1999 eine Häufigkeitszahl von 7.069 und im Jahr 2006 eine Häufigkeitszahl von 7.013. Wenn ich Ihnen allerdings sagen kann, dass Sie in diesem Punkt recht haben, dann müssen Sie aber doch zugeben, dass wir 2006 in der Gesamtzahl der Straftaten wieder genau da angekommen sind, wo wir 1999 schon einmal waren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das könnte doch eine Lehre aus dieser Debatte sein. Sparen wir uns doch die Selbstbeweihräucherung,

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Wenn es Sie glücklich macht!)

sondern halten wir uns nur an die ganz klaren Fakten. Da müssen wir alle miteinander feststellen: Es gibt noch viel zu tun. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Al-Wazir. – Weitere Wortmeldungen? Herr Staatsminister Bouffier, Sie hatten sich eben noch einmal gemeldet.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein, nein!)

– Erledigt. – Dann stelle ich fest, dass die Regierungserklärung – mit der Aussprache zu den anderen Tagesordnungspunkten – gegeben und besprochen wurde.

Jedenfalls darf ich in einem Punkt Konsens feststellen: Alle Sprecher haben unseren Polizistinnen und Polizisten einen herzlichen Dank für ihre Arbeit ausgesprochen.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Nedela, nehmen Sie bitte den Dank des ganzen Hauses an die Beamtinnen und Beamten mit.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jedem persönlich!)

Die Regierungserklärung wurde gehalten. Die Aussprache hat stattgefunden. Das Gleiche gilt für Tagesordnungspunkt 29, die Große Anfrage der Abg. Faeser, Hartmann, Hofmeyer, Rudolph, Waschke (SPD) und Fraktion betreffend Stellenausstattung der Polizeipräsidien in Hessen.

Ebenfalls aufgerufen haben wir Tagesordnungspunkt 47, Antrag der Fraktion der SPD betreffend Beleidigung von hessischen Polizeibeamten und Gewerkschaftlern durch den Hessischen Minister des Innern und für Sport, Volker Bouffier. Dieser Antrag soll an den Innenausschuss überwiesen werden.

(Axel Wintermeyer (CDU): Gleich abstimmen!)

– Abstimmen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. – Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Fraktion der SPD und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Fraktion der CDU. Enthaltungen? – FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 61 auf: Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Zehntes Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG), Drucks. 16/6975 zu Drucks. 16/5773.

Die Beschlussempfehlung lautet, dass der Gesetzentwurf in zweiter Lesung abzulehnen sei.

(Nicola Beer (FDP): Über den Gesetzentwurf abstimmen!)

– Wir haben beides bereits gemacht. Wir haben auch schon über die Beschlussempfehlung abgestimmt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann haben wir es falsch gemacht!)

Ich lasse über den Gesetzentwurf abstimmen. Wer dem Gesetzentwurf in zweiter Lesung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der SPD und die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber aus anderen Gründen als die CDU! – Allgemeine Heiterkeit)

– Das steht hier nicht zur Debatte. – Mit Nein haben also die CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestimmt. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 60** auf:

Nachwahl eines weiteren stellvertretenden Mitglieds des Hauptausschusses

hierzu:

Wahlvorschlag der Fraktion der FDP für die Nachwahl eines weiteren stellvertretenden Mitglieds – Drucks. 16/6992 –

Der Hessische Landtag hat in seiner konstituierenden Sitzung am 5. April 2003 nach § 6 Abs. 2 der Geschäftsordnung

(Unruhe)

– ich bitte noch um wenige Minuten Aufmerksamkeit – die 15 stellvertretenden und die 15 weiteren stellvertretenden Mitglieder des Hauptausschusses gewählt.

Mit Schreiben vom 5. März 2007 teilte der Abg. Michael Denzin mit, dass er sein Amt als weiteres stellvertretendes Mitglied im Hauptausschuss niederlegt. In dem Ihnen vorliegenden Vorschlag, Drucks. 16/6992, empfiehlt die Fraktion der FDP die Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) für die Nachwahl zum weiteren stellvertretenden Mitglied. – Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Es gibt keinen Widerspruch.

Ich lasse über den Vorschlag der Fraktion der FDP abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist Frau Kollegin Ruth Wagner einstimmig zum weiteren stellvertretenden Mitglied des Hauptausschusses gewählt worden. Herzlichen Glückwunsch, Frau Wagner.

Die Geschäftsführer haben mich darüber informiert, dass ich noch zwei Tagesordnungspunkte aufrufen soll. Es handelt sich um Beschlussempfehlungen ohne Aussprache.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 54** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Teilzeitstudium an hessischen Hochschulen – Drucks. 16/6924 zu Drucks. 16/6813 –

Berichterstatlerin ist Frau Kollegin Beer. – Wir verzichten auf die Berichterstattung.

Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dagegen gestimmt haben die Fraktion der SPD, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der FDP. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 62**:

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs betreffend Rechnung über den Haushalt des Hessischen Rechnungshofs – Epl. 11 – für das Haushaltsjahr 2005 – Drucks. 16/6974 zu Drucks. 16/6732 –

Berichterstatter ist Herr Abg. May. – Wir verzichten auf die Berichterstattung.

Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Damit sind wir für heute am Ende der Tagesordnung angelangt. Ich darf Ihnen einen vergnüglichen Abend wünschen und sage Ihnen Auf Wiedersehen bis morgen früh um 9 Uhr.

(Schluss: 17.53 Uhr)